Nummer 10 | Stuttgart, 10. März 1906 | 24. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltenen Kolonelzeile 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 285300 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ein Urteil über die Konjunktur in der zweiten Februarhälfte zu fällen, ist nicht leicht. Ein Warenmarkt, der mit einem Diplomatentisch in einem spanischen Neste zusammenhängt, ist ein noch weniger kontrollierbares Ding als es Warenmärkte gewöhnlich zu sein pflegen. Berücksichtigt man noch, daß die Berichte über die Lage in England und Amerika diesmal recht unbestimmt, zum Teil auch pessimistisch übertrieben lauteten, daß diese beiden Wochen die letzten des alten Handelsvertrags waren, also auf vielen Gebieten zu äußerster Anspannung veranlaßten, so wird man begreifen, daß die ehrenwerten Kapitalisten und die nicht minder ehrenwerten Börsenspekulanten sich nicht auskannten und nicht wußten, in welche Richtung das Segel zu stellen ist. So konnte die am Donnerstag verfaßte Sonntagsbörsenschau der Frankfurter Zeitung über Festigkeit der Berliner Börse schreiben, während der am Sonnabend geschriebene Bericht der Vossischen Zeitung von einer „verzagten, unfreundlichen Stimmung" spricht. Der Wechsel war vom Freitag zum Sonnabend eingetreten, am Montag aber war die Börse schon wieder „ruhig". So wiederholt sich Tag für Tag, Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzent dieses alberne Spiel der Kräfte des Kapitalismus, dessen Gegenstand und Opfer in letzter Linie die arbeitenden Menschen sind.

Sieht man von den unsicheren Berichten aus England und Amerika ab, so kann man überall nur das allerbeste hören. Wie wir schon neulich bemerkten, scheint es, daß die günstige Konjunktur in Deutschland uns über die erste Zeit der neuen Handelsverträge ohne größere Erschütterungen hinüberführen wird. Andernfalls müßten sie schon jetzt zu spüren sein, denn in der zweiten Hälfte des Februar müßten doch schon die Lieferungen, die vor dem 1. März im Ausland verzollt werden sollten, fertiggestellt sein. Ganz unbemerkt kann die Hemmung des Exports aber trotz alledem unmöglich bleiben. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft zum Beispiel hat an ihre österreichische Filiale Elektromotoren Berliner Massenfabrikation dauernd geliefert und diesen Export vor dem 1. März forciert. Wir können uns nicht vorstellen, daß das plötzliche Versagen dieses Abnehmers unbemerkt bleiben könnte, selbst bei einem Unternehmen von der Größe der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Wie erst bei den kleinen Unternehmungen, zum Beispiel der bergisch-märkischen Kleineisenindustrie? Auf die Arbeitsmarktberichte über Februar und März kann man wahrhaftig gespannt sein.

Über die Lage der Roheisenwerke weiß der letzte Marktbericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung interessantes zu erzählen. Sie sind so stark mit Dispositionen versehen, daß der augenblickliche Bedarf wenigstens in Gießereiroheisen nur ungenügend befriedigt werden kann, und es kommt hie und da vor, daß Gießereien stilliegen müssen wegen Ausbleiben von Roheisen. Das Roheisensyndikat in Düsseldorf ist für das erste Semester praktisch ausverkauft, und nur durch Verschiebung werden einige kleinere Pöstchen frei. Die meisten der begehrteren Marken sind auch schon für das ganze Jahr ausverkauft und so hat sich auch die dringende Nachfrage etwas gelegt, die meisten Gießereien haben sich eben schon für 1906 gedeckt. In Ferromangan können die übernommenen Verpflichtungen wegen der fehlenden Erze aus dem Kaukasus immer noch nicht in hochprozentiger Ware erfüllt werden.

Der Oberschlesische Stahlwerkverband hat die Preise erhöht und bemerkt hierzu unter anderem: „Da die Werke ausnahmslos bis zur vollen Ausnutzung ihrer Anlagen besetzt sind, so daß die Lieferfristen im Durchschnitt sich auf 8 bis 10 Wochen belaufen, die weiterverarbeitenden Industrien ebenfalls reichlich beschäftigt sind, die Lager der Händler aber noch keineswegs als überfüllt bezeichnet werden können, darf angenommen werden, daß die neuesten Notierungen aufrecht zu erhalten sein und im weiteren Verlauf zum Abschluß größerer Geschäfte für die Abnahme im zweiten und dritten Quartal dieses Jahres führen werden, zumal wenn sich die Annahme erfüllt, daß mit Beginn des Frühjahres die Bautätigkeit einen befriedigenden Umfang annehmen wird." Man sieht, auf allen Gebieten hängt den Eisenwerken der Himmel voller Geigen. Auch über den Export hört man noch immer das allerbeste, nur soll, wie wir schon kürzlich berichteten, der Export von Schiffbaustahl sehr nachgelassen haben.

Eine sehr interessante Gründung ist in Emden in Vorbereitung. Es handelt sich um ein Unternehmen der reinen Walzwerke, die sich durch Errichtung eines gemeinsamen Hochofenwerkes, später auch eines Stahlwerkes in Emden von den gemischten Werken unabhängig machen wollen — indem sie korporativ „gemischt" werden. Diese Anlage — ihr Name soll patriotischerweise „Hohenzollern-Hochofenwerk" werden — wäre nun die dritte, die in Deutschland an der See errichtet und auf den Bezug ausländischen Rohmaterials gegründet wird. Da aber das zuerst gegründete Werk Kraft bei Stettin dem Düsseldorfer Roheisensyndikat bereits in die Laube gegangen ist, muß man befürchten, daß die neuere Gründung Lübeck und die neueste Emden diesem Beispiel mit der Zeit folgen werden. Es bleibt aber in allen Fällen eine höchst beachtenswerte Erscheinung, wie die deutsche Eisenindustrie allmählich an die See drängt, wenn auch die drei Werke der Quantität nach noch keine entscheidende Rolle spielen können.

Die Veröffentlichung von Geschäftsberichten und Bilanzen für das Jahr 1905 ist schon in vollem Gange. Zunächst sei die Halbjahrsbilanz der Union Aktiengesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie erwähnt. Sie ergibt einen Betriebsgewinn von 2515008 Mk. (im gleichen Zeitraum des Vorjahrs 2171854 Mk.), der sich nach Absetzung der Zinsen mit 599546 Mk. (555588 Mk.) und der allgemeinen Unkosten mit 176430 Mk. (196314 Mk.) auf 1739031 Mk. (1419951 Mk.) ermäßigt. Hierzu tritt noch der Gewinnvortrag aus dem vorigen Geschäftsjahr mit 73821 Mk. (431335 Mk.), so daß sich der Rohgewinn auf 1812852 Mk. (1851286 Mk.) beläuft. An unerledigten Aufträgen lagen am 31. Dezember 1905 vor: 147534 Tonnen im Verkaufswert von 17282394 Mk., gegen 104348 Tonnen im Werte von 12995188 Mk. am 31. Dezember 1904. Sodann wurde beschlossen, zur Beschaffung der erforderlichen Mittel für Neuanlagen, — es handelt sich um die Errichtung eines neuen Hochofens, die Aufstellung von zwei neuen Gebläsemaschinen, die Anlage neuer Walzenstraßen und einer zweiten elektrischen Zentrale für Gasdynamomaschinen nebst Gasreinigung, Kühlanlage u. s. w., sowie um den Ausbau der Erzgruben der Union, — einer demnächst einzuberufenden Generalversammlung die Ausgabe von 6000000 Mk. neuen Vorzugsaktien Lit. D. vorzuschlagen.

Welch' ungeheure Mittel die Berg- und Hüttenwerke aufwenden, um die Produktion zu verbilligen, und welch großen Einfluß dies auf die Maschinen- und die elektrische Industrie haben muß, ist an diesem praktischen Fall sehr deutlich zu sehen. Hat doch die „Union" in den letzten drei Jahren nicht nur mehr als drei Millionen Dividenden verteilt, sondern noch 8700000 Mk. in Barem für Neuanlagen, zur Hälfte für den Bergwerks-, zur Hälfte für den Hüttenbetrieb aufgewendet und diese Summe fast völlig aus dem Betriebsgewinn genommen! Es ist eben auch klar, daß heute das in Maschinen 2c. angelegte Kapital in Deutschland fast ebenso schnell zirkuliert als in Amerika, so daß fortwährende Erneuerungsarbeiten stattfinden müssen.

Auch die Laurahütte veröffentlicht ihren Halbjahrsabschluß. Der Bruttogewinn beträgt nach Abzug der Zentralverwaltungskosten und Obligationszinsen 3589599 Mk., das ist gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahrs ein Plus von 208560 Mk. und er verteilt sich auf das erste Vierteljahr mit 1767560 (+ 91502) Mk. und auf das zweite Vierteljahr mit 1822079 (+ 117056) Mk. Hätte sich nicht das Erträgnis der russischen Werke um 333000 Mk. verschlechtert, so wäre die Profitsteigerung viel größer gewesen, denn in Schlesien stieg die Produktionsmenge und noch mehr der Preis.

Viel beträchtlicher als bei den beiden eben genannten Gesellschaften ist die Steigerung des Bruttoüberschusses beim Hörder Bergwerks- und Hüttenverein. Er beträgt für das letzte Halbjahr 3617489 Mk. und nach Abzug der Zinsen und Bankprovisionen 3307173 Mk. gegen 2476521 Mk. im ersten Halbjahr 1903/1904.

Bei gestiegenen Preisen ihrer Erzeugnisse, hauptsächlich Rohzink, Blei und Silber, hat die Rheinisch-nassauische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft ganz vorzüglich abgeschnitten, obwohl die Produktionsmengen gesunken sind. Das Geschäftsjahr 1905 ergab einen Überschuß von 2911755 Mk. (im Vorjahr 2574726 Mk.), und nach 477962 Mk. (402670 Mk.) Abschreibungen einen Reingewinn von 2433793 Mk. (2172056 Mk.). Dieser soll folgende Verwendung finden: 1800000 Mk. = 24 Prozent (1650000 Mk. = 22 Prozent) Dividende auf 7½ Mk. Aktienkapital, 166416 Mk. (107184 Mk.) als Tantiemen und Überweisungen an den Beamten- und (!) Arbeiterunterstützungsfonds, 51000 Mk. (0) als Dotierung eines Versuchskontos und 416378 Mk. (374872 Mk.) als Vortrag auf neue Rechnung.

Die Verwaltung der Eisengießerei-Aktiengesellschaft vormals Keyling & Thomas in Berlin berichtet: Der Aufschwung, den die gesamte deutsche Eisenindustrie im abgelaufenen Jahre genommen, hat auch auf den Betrieb der Gesellschaft günstig eingewirkt. Der wesentlich größere Umsatz und das unausgesetzte Bestreben, die Fabrikation durch verbesserte Einrichtungen billiger zu gestalten, haben ein günstiges Resultat zu Wege gebracht. Nach Abschreibungen von 167054 Mk. erzielte die Gesellschaft einen Reingewinn von 216663 Mk., aus dem 7½ Prozent Dividende gleich 168750 Mk. (6½ Prozent) verteilt werden sollen. Im neuen Jahre ist die Gesellschaft nach dem Geschäftsbericht wieder gut beschäftigt, und die reichlich vorliegenden Aufträge lassen, sofern nicht besonders ungünstige Umstände eintreten, für dieses Jahr ebenfalls ein befriedigendes Resultat erhoffen.

Die Bilanz der Maschinenfabrik Gritzner, Aktiengesellschaft in Durlach, weist ohne Berücksichtigung des Vortrags einen Reingewinn von 706002 Mk. gegen 628823 Mk. im Vorjahr aus. Der Aufsichtsrat beschloß, wie bereits mitgeteilt, 14 Prozent Dividende zu verteilen, 100000 Mk. extra abzuschreiben, 20000 Mk. auf Unterstützungs- und Wohlfahrtskonto zu überweisen und 66340 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Werkstätten der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft waren, dem Geschäftsbericht zufolge, während des ganzen Jahres mit Aufträgen voll besetzt. Der Bruttogewinn des Geschäftsjahres 1905 inklusive Vortrag aus 1904 beträgt 417911 Mk. und läßt nach Vornahme ordentlicher und außerordentlicher Abschreibungen und Reservestellungen, ebenso nach Zahlung der statutenmäßigen Tantiemen wiederum die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent zu.

Bei Wegelin & Hübner, Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft in Halle a. S., die eine ganze Anzahl Hallescher Maschinen- und Armaturenfabriken in sich vereinigt, waren im verflossenen Jahre die sämtlichen Betriebe mit Ausnahme der ersten Monate mit Lieferungsaufträgen so reichlich versehen, daß diese nur unter Zuhilfenahme von Überstundenarbeit bewältigt werden konnten, infolgedessen ist der vorjährige Umsatz nicht unerheblich überschritten worden. Die Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft Stralsund-Barth, wird wiederum 39800 Mk. = 4 Prozent Dividende an die Wegelin & Hübner Maschinenfabrik abführen. Das Erträgnis dieser Gesellschaft hat im Berichtsjahr eine weitere Erhöhung gegen das Vorjahr erfahren. Nach Abschreibungen in Höhe von 91860 Mk. (101642 Mk.) und Deckung der Unkosten verbleibt inklusive Vortrag ein verfügbarer Gewinn von 364207 Mk. (359166 Mk.), woraus eine Dividende von 8 Prozent (wie in den beiden Vorjahren) ausgeschüttet wird.

Die Fahrradindustrie bleibt bei ihren hohen Dividenden. Die Adler-Fahrradwerke in Frankfurt a. M. verteilen wieder 20 Prozent Dividende und bei den Neckarsulmer Fahrradwerken, Aktiengesellschaft, beträgt der Gewinn 453000 Mk. Hiervon werden dem Delkrederekonto und dem Dispositionsfonds 30000 Mk. überwiesen und 85602,41 Mk. zu außerordentlichen Abschreibungen auf Immobilien-, Maschinen-, Inventar- und Werkzeugkonto verwendet. Für Gratifikationen an Beamte werden 13000 Mk. bewilligt, dem Beamten- und Arbeiterpensionskassenfonds 15000 Mk. zugewiesen und 14 Prozent Dividende an die Aktionäre verteilt. Restliche 68718,40 Mk. kommen als Gewinnvortrag auf neue Rechnung.

Der Reingewinn der Metallwarenfabrik Gebr. Krüger, Aktiengesellschaft in Köpenik-Berlin, beträgt nach 29416 Mk. Abschreibungen 156143 Mk. (im Vorjahr 126671 Mk.). Aus dem Reingewinn sollen 25000 Mk. einem neu zu bildenden Spezial-Reservefonds überwiesen werden und 9 Prozent Dividende, wie im Vorjahr, zur Verteilung kommen. Der Geschäftsgang ist nach Mitteilung des Vorstandes andauernd ein sehr flotter, so daß eine wesentliche Erweiterung der Metallgießerei sich als notwendig erweist. Auch die Metallwarenfabrik A. Körner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren sämtliche Stammanteile sich im Besitz der Aktiengesellschaft befinden, hat im verflossenen Geschäftsjahr recht zufriedenstellend gearbeitet, und im neuen Geschäftsjahr ist der Absatz der Fabrikate im Steigen begriffen. Die Firma Krüger erhöht ihr Aktienkapital.

Die Ausbeuter in der Großeisenindustrie auf der Anklagebank.

Am 6. Februar führte Genosse Hue im Reichstag einige Momentbilder aus dem Leben und Leiden der Hüttenarbeiter vor. Regierungsvertreter und Abgeordnete machten so erstaunte Gesichter als würde aus einem Fabelland berichtet. Selbstverständlich schickten die Vertreter des Großkapitals, vor allem der Generalsekretär der rheinisch-westfälischen Scharfmacher, Herr Dr. Beumer, sich sofort zu einer Erwiderung an. Unter seinen nicht allzu zahlreichen Reden hat er auch eine, worin die Lage der Arbeiter besonders rosig geschildert wird. Schnell begann er diese Rede zu memorieren und bis er zum Worte kam, konnte er sich auch noch einige Telegramme von Hüttenbaronen beschaffen, die er zur Staffage seiner Rede brauchte. Die Rede mit dem nötigen Aufputz hat Beumer dann erst acht Tage später gehalten. Sein Beweismaterial bestand eben in einigen Telegrammen, worin die Leiter von Großeisenwerken bestätigen, daß in der Tat die Lage der Arbeiter sehr günstig ist. Er hütete sich aber sehr, eine Beweisführung in größerem Stile zu versuchen. Mit einer solchen hätte er auch Schiffbruch gelitten. Denn was Hue über die zahlreichen Überschichten gesagt hatte, ist dem Reichstag schon oft in dürren Zahlen mitgeteilt worden. Die Zahlen sind eben nicht von hetzenden Agitatoren, sondern von den Unternehmern als Auszüge aus ihren Büchern geliefert und den Vorwurf der Bücherfälschung wird Dr. Beumer seinen Brotherren nicht machen. Die Zahlen stehen in den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften. In diesen stehen zwei Spalten mit Angaben über die Zahl der Arbeiter, und zwar durchschnittlich beschäftigte Arbeiter und Vollarbeiter. Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter wird ermittelt durch Zählung der Namen in den Lohnlisten und die Zahl der Vollarbeiter durch Zählung der Arbeitsschichten. Je 300 geleistete Arbeitstage sind gleich einem Vollarbeiter. Da nun selten ein Arbeiter 300 Tage im Jahre arbeitet, weil Perioden der Krankheit, der Arbeitslosigkeit u. s. w. eintreten, so ist die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter fast bei allen Berufsgenossenschaften höher als die Zahl der Vollarbeiter. Bei sämtlichen gewerblichen Berufsgenossenschaften ist für 1904 die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter auf 7849120 und die Zahl der Vollarbeiter auf 6868496 angegeben. 100 Vollarbeiter sind also gleich 114,3 durchschnittlich beschäftigten Arbeitern. Nur eine Berufsgenossenschaft macht eine Ausnahme. Bei dieser ist die Zahl der Vollarbeiter höher als die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter. Ein Beweis, daß hier die Arbeiter mehr als 300 Arbeitstage im Jahre haben. Diese Erscheinung ist aber nicht neu, sondern sie ist so alt wie die Unfallversicherung und kehrt regelmäßig in jedem Jahre wieder. Diese Berufsgenossenschaft ist die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft. Es ist die einzige Berufsgenossenschaft, in der nur Großeisenwerke versichert sind. Die Arbeiter der Hütten- und Walzwerke von der Saar, in Schlesien und anderen Teilen Deutschlands sind mit anderen Eisen- und Stahlarbeitern zusammen in den Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften versichert und hier wird das Verhältnis verwischt. Da, wo nur Hütten- und Walzwerkarbeiter versichert sind, erheben die trockenen Zahlen eine niederschmetternde Anklage. 1904 waren in der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft durchschnittlich 136961 Arbeiter beschäftigt, aber 139732 Vollarbeiter versichert. Oder, mit anderen Worten ausgedrückt, 136961 Arbeiter leisteten 41916600 Arbeitstage. Verteilt man die Arbeitstage auf die Zahl der Arbeiter, dann kommen schon auf jeden Arbeiter 306,07 Arbeitstage. Also, wenn alle Arbeiter das ganze Jahr gesund gewesen wären, kämen schon auf jeden Arbeiter 6,07 Überschichten. Aber bei Krupp in Essen kommen, nach dem Bericht der Krankenkasse, auf 100 Arbeiter 70,71 Krankheitsfälle, von denen jeder 15,71 Tage dauert. Dr. Beumer behauptet zwar, daß hier Simulation vorherrscht, weil das Krankengeld so hoch ist. Aber die hohe Krankenziffer wird nicht nur bei Krupp sein, und auch nicht in dem hohen Krankengeld und ebenfalls nicht in der großen Zahl alter Arbeiter ihren Grund haben. Denn die Berufsgenossenschaft berichtet, daß 26238 Unfälle im Jahre 1904 zur Anzeige kamen, wovon 2129 eine längere als 13wöchige Erwerbsbeschränkung zur Folge hatten. Also von je 100 Arbeitern hatten 19,15 einen Unfall. Da die weitaus Un-

fälle Quetschungen und Verbrennungen waren, so fallen schon durch diese Unfälle eine erhebliche Zahl von Arbeitsschichten aus, die dann von den gesunden Arbeitern als Überschichten gearbeitet sein müssen. Außerdem treten Betriebsstörungen ein. Läßt man auch die durch Betriebsstörungen, militärische Übungen, feiern einzelner Arbeiter u. s. w. weggefallenen Arbeitsschichten, die nun von anderen Arbeitern als Überschichten gearbeitet wurden, ganz außer Betracht und setzt nur die bei Krupp ermittelte Krankenziffer als Durchschnittskrankenziffer ein, dann sind durch Krankheit und Unfälle 1460393 Arbeitsschichten ausgefallen. Bei regelmäßiger Beschäftigung ohne Überschichten hätten also die 136961 Arbeiter 41088300 weniger 1460393, also 39627907 Schichten leisten müssen. Tatsächlich wurden aber 41919600 Schichten, also in Wirklichkeit 2291703 Überschichten gearbeitet. Es kommen demnach auf jeden gesunden Arbeiter schon **324** Schichten. Zu dieser fast unglaublichen Zahl kommt man schon, wenn man die Krankentage in Rechnung setzt und dann die geleisteten Arbeitsschichten ganz gleichmäßig verteilt. Da es nun einzelne Werke gibt, wo ganz reguläre Arbeitszeit eingehalten wird, und es auf jedem Werke Arbeiterkategorien gibt, die wohl als durchschnittlich beschäftigte Arbeiter mitgezählt, aber bei der Überzeitarbeit nicht mit beteiligt sind, so kann man schon aus den dürren Zahlen ermessen, welch schauderhafte Zustände für große Teile dieser Arbeiter bestehen.

Der Reichstag hat dann am 13. Februar eine Resolution angenommen, worin die Regierung aufgefordert wird, Untersuchungen über die Lage der Arbeiter in der Großeisenindustrie einzuleiten, um die Dauer der täglichen Arbeitszeit und die Zahl der Überschichten und Überstunden festzustellen; ferner die Einwirkung der Überarbeit und Nachtarbeit auf Unfall- und Krankheitsgefahr; über die Durchführung und Wirkung der bis jetzt erlassenen Schutzbestimmungen für die Arbeiter u. s. w.

Wenn diese Untersuchung durchgeführt ist und alle Mißstände ans Licht gezogen werden, dann fragt es sich: was wird nun die Regierung tun? **Hier kann man nicht sagen, daß die Industrie Arbeiterschutz nicht ertragen kann.** Die hier in Frage kommenden Werke sind in verschiedenen Syndikaten organisiert. Sie nützen die Macht des Großkapitals rücksichtslos aus. Sie erhalten auch Hilfe durch die Gesetzgebung. Mehr noch als die Agrarier den Getreidezoll nützen die Syndikate der Großeisenindustrie die Eisenzölle aus. Da wir über diese Werke eine brauchbare Statistik haben, kann man sehen, wie die Kapitalisten die letzten Jahre ausgenützt haben. In den Hochofenwerken ist in dem letzten Jahrzehnt die Zahl der Arbeiter von 24110 auf 35361 und der Durchschnittslohn nach den Angaben der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft von 1064 Mk. auf 1300 Mk. gestiegen. Demnach stieg die ganze Lohnsumme um 79 Prozent, der Wert der Produktion aber von 231 Millionen auf 525 Millionen Mark, also um 126 Prozent. In den Flußeisenwerken stieg die Zahl der Arbeiter in den Jahren 1894 bis 1903 von 69372 auf 132413 Köpfen. Rechnet man hier auch mit der Lohnsteigerung von 1064 Mk. auf 1300 Mk., dann stieg die Lohnsumme um 133 Prozent, der Wert des Produktes aber von 313 Millionen Mark auf 935 Millionen Mark, also um 196 Prozent. Finanziell können die Werke also verstärkten Arbeiterschutz leicht tragen. Aber er ist auch im öffentlichen Interesse geboten. Nicht allein, daß der Staat verpflichtet ist, Leben und Gesundheit der Staatsbürger zu schützen, sondern es kommen hier noch andere Gesichtspunkte in Betracht. Durch Gründung des Stahlwerkverbandes ist eine Organisation geschaffen, die unter Umständen **Provokation von Streiks mit als Mittel zur Preistreiberei** in Rechnung setzen kann. Mehr als 200000 Arbeiter sind in den dem Stahlwerksverband angeschlossenen Werken beschäftigt. Nur einige Wochen Streik in diesen Werken, und die Lage des Eisenmarktes würde sich so gestalten, wie die Syndikatsleitung sie gebraucht, wenn sie eine beabsichtigte Preistreiberei mit anderen Mitteln nicht durchsetzen kann. Um aber eine solche Zahl von Arbeitern in einen Streik zu treiben, müssen die Massen lange und schlimm mißhandelt werden.

Folgt die Regierung den von unseren Genossen gegebenen Anregungen, untersucht sie die Lage der Arbeiter und beseitigt die ermittelten Mißstände durch die Gesetzgebung, dann wird sich auf diesem Gebiet nicht das Schauspiel wiederholen, was wir bei den Bergleuten schon mehrfach erlebt haben. Plötzlich ist ein Streik da. Dann wird mit der Untersuchung begonnen, um festzustellen, was denn eigentlich die Ursachen des Streiks waren. Viele große Opfer erfordernde Kämpfe könnten vermieden werden, wenn unbekümmert um das Geschrei der Unternehmer ernsthafter Arbeiterschutz getrieben würde.

H-r.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands.

= Es ist eine alte und tausendmal berechtigte Klage der Träger der modernen Arbeiterbewegung darüber, daß ihre Gegner sich nicht eindringend und nicht objektiv mit ihr beschäftigen, sondern mit Vorurteilen und vorgefaßten Meinungen an sie herantreten und in der Regel auch nur zu dem Zwecke, Mängel und Fehler aufzuspüren, um sie sodann als Waffen zu ihrer Bekämpfung zu gebrauchen. Wie selten ist das ehrliche Bestreben zu beobachten, in die moderne Arbeiterbewegung einzudringen, ihr Wesen begreifen und verstehen zu lernen und sie gerecht beurteilen zu können. Dagegen stößt man jeden Tag auf die unglaublichste Verlogenheit und Böswilligkeit der Gegner, die planmäßig und zielbewußt ein Zerrbild von der Arbeiterbewegung geben, all ihr Tun und Lassen in falschem Lichte darstellen, die Tatsachen verdrehen und in ihr Gegenteil umkehren, ihr die unmöglichsten Beweggründe und Zielpunkte unterschieben und dann auf diesen selbstkonstruierten ungeheuerlichen Popanz wütend losschlagen, die Organe der Staatsgewalt dagegen aufhetzen, neue Ausnahmegesetze fordern und nebenbei die besitzenden Klassen, insonderheit die Unternehmer zur rücksichtslosesten und brutalsten Selbsthilfe gegen die Arbeiter scharf machen. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, fast die gesamte übrige Unternehmerpresse und ein großer Teil der bürgerlichen politischen Presse führen in dieser völlig unwahren und alles vergiftenden Art den Kampf gegen die von ihnen tödlich gehaßte Arbeiterbewegung.

Diesem verächtlichen und gefährlichen Gebahren gegenüber dürfen wir, ohne uns dem Vorwurf der Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit auszusetzen, von uns im besten Sinne sagen: „Wir Wilden sind doch bessere Menschen!" In der harten Schule des Lebens erzogen, suchen wir immer den Dingen auf den Grund zu gehen, die Tatsachen zu ermitteln und uns an sie zu halten. Dadurch werden wir einmal dem Gegner gerecht und sodann bleiben wir vor groben Irrtümern, falschen Auffassungen, vor Trugschlüssen und Selbsttäuschungen bewahrt.

Mit diesen Andeutungen möchten wir auch herantreten an die **Besprechung der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands**, die im vorigen Jahre aus der Feder des Dr. O. Müller (Verlag der Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe) erschienen ist und die die Entstehung derselben zu erklären und begreiflich zu machen sucht. Einleitend wird eine Übersicht über die ersten Bestrebungen der deutschen Arbeiter nach wirtschaftlicher Besserstellung gegeben und als Ausgangspunkt dafür auf das Jahr 1848 zurückgegriffen. „Es war die Entwicklung der **modernen Industrie**, welche den Stand der besitzlosen Lohnarbeiter schuf und in dem gleichen Maße ihrer wachsenden Entfaltung dem Arbeiter die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zur gemeinsamen Abwehr der ihn betreffenden sozialen Mißverhältnisse vor Augen führte. Die unbeschränkte Konkurrenz im wirtschaftlichen Leben, wie sie die Lehre der klassischen Nationalökonomie forderte, hatte nichts weniger als Ordnung, Harmonie, Fortschritt zum Guten, Bessern, ja, zum Besten gebracht, das alles aus der freien Entwicklung der einzelnen Kräfte hervorgehen sollte. Die ‚Freiheit' war nur dem wirtschaftlich Stärkeren zum Segen, dem Schwächeren aber zur Ursache wirtschaftlicher Bedrückung und Ausbeutung geworden." Im Gegensatz zur englischen Arbeiterschaft, die in ähnlichen Verhältnissen das Mittel der Rettung in ihrem wirtschaftlichen Zusammenschluß erblickte, war man in Deutschland nach den Bewegungen der Freiheitskriege und der 1848er Jahre noch zu sehr daran gewöhnt, auf dem Wege der politischen Erhebung jedwede Rettung zu suchen. Für die Arbeiter lag dieser Weg um so näher, als sie der politischen Gleichberechtigung noch entbehrten und erst mit der Gründung des Norddeutschen Bundes (1867) in den Besitz des Wahlrechtes zum Reichstag gelangten. Dieser Geistesrichtung der deutschen Arbeiter waren, meint der Verfasser nicht unzutreffend, Lassalles Ideen vortrefflich angepaßt. Die Arbeiter sollten nach Erlangung des Wahlrechtes die politische Herrschaft erringen, den Staat demokratisch umgestalten und nötigen, zur Gründung von Produktivgenossenschaften den Arbeitern den erforderlichen Kredit zu gewähren. Derartige Genossenschaften sollten dem ehernen Lohngesetz seine sonst unfehlbar eintretenden Wirkungen benehmen, indem die Arbeiter zu selbständigen Unternehmern gemacht und in den Besitz des vollen Arbeitsertrags, ungeschmälert durch den Unternehmergewinn, gesetzt würden.

In kurzer Darstellung wird die Gründung der Gewerkschaften durch Schweitzer und Fritzsche und der Gewerkvereine durch Dr. Max Hirsch im Jahre 1868 vorgeführt, weiter dann die Entstehung und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie berührt. „So hatten sich die Bestrebungen der deutschen Arbeiter anfänglich mehr innerhalb des Rahmens einer politischen Bewegung betätigt: erst später hatte sich eine gewerkschaftliche aus der letzteren abgelöst, die aber schließlich wiederum in den Dienst der politischen herabgezogen worden war. In erster Linie sind es die sozialistischen Bestrebungen, die diesen Entwicklungsgang aufweisen, jedoch haben auch jene der liberalen Fortschrittspartei an ihm teilgenommen."

Diese Gestaltung der Dinge hätte nun nach Dr. Müller die **christliche Arbeiterbewegung** notwendig gemacht. Er sagt darüber: „Aber sowohl die eigentlich **gewerkschaftlichen** Bestrebungen als auch jene, wirtschaftliche Erfolge mit **politischen** Mitteln zu erringen, ergaben für einen großen Teil der Arbeiter aus Gründen religiöser Gesinnung schwerwiegende Bedenken, den jeweiligen Vereinigungen (diese sonderbaren Gebilde existierten ja in Wirklichkeit nicht, sie sind nur Phantasiegebilde Dr. Müllers) sich anzuschließen. **Insbesondere glaubten die Vertreter der katholischen Kirche,** die Bestrebungen Lassalles und noch mehr die des marxistischen Sozialismus im Interesse der religiösen Rechtgläubigkeit der katholischen Arbeiter unbedingt abweisen zu müssen. Schon die Ziele der Sozialdemokratie, die die Kirche als religiöse Anstalt aus der Zukunftsgesellschaft ausgeschieden wissen wollte (was ein Irrtum ist, denn nicht die Beseitigung der ‚Kirche' strebt die Sozialdemokratie an, sondern nur ihre Trennung vom Staate und ihre Qualifizierung als eine private Angelegenheit und Einrichtung, was sie auch in der Tat in den Vereinigten Staaten ist und gegenwärtig in Frankreich wird), mußten von ihnen abgelehnt werden. Noch mehr aber machte die Abneigung der zum größten Teile materialistisch denkenden und fühlenden sozialistischen Arbeiter gegen das Christentum und ihre verletzenden Angriffe auf dasselbe ein Zusammengehen mit den christlichen Kameraden in politischen oder wirtschaftlichen Vereinigungen unmöglich. In ähnlichem, wenn auch nicht bei weitem in demselben Maße fanden die Genossenschaften und Bildungsvereine der Fortschrittspartei wegen des in ihnen herrschenden freisinnigen Geistes lebhaften Widerspruch. Mit einer dieser Parteien standen aber die Gewerkschaften und Gewerkvereine in innigem Zusammenhang und nahmen an deren Geistesrichtung teil. Sie mußten daher eine gleiche Verurteilung erfahren."

„Im wesentlichen," wird weiter ausgeführt, „war es nur die **Verschiedenheit der Weltanschauung**, die die deutsche Arbeiterschaft in zwei Lager trennte, in das der christlichen Arbeiter auf der einen und in jenes der sozialistischen beziehungsweise fortschrittlich-freisinnigen auf der anderen Seite. Allerdings wurden die kommunistischen und antimonarchischen Ziele der Sozialdemokratie auch aus vaterländischen Beweggründen und weil sie nicht realisierbar, von der christlichen Arbeiterschaft verneint und aus gleichen Gründen auch der Beitritt zu ihren Gewerkschaften; aber die **religiöse** Meinungsverschiedenheit stand doch entschieden im Vordergrund. Wäre letztere nicht in Frage gekommen, so wäre der Gegensatz, zumal auf gewerkschaftlichem Gebiet, wo die auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Ziele der Sozialdemokratie und ebenso die Parteitätigkeit des fortschrittlichen Liberalismus nicht in gleichem Maße wie in ihren politischen Vereinigungen hervortraten, bei weitem kein so scharfer gewesen. Denn hinsichtlich der bestehenden Gesellschaftsordnung war in der Beurteilung wie im Streben nach einer durchgreifenden Änderung die christliche Arbeiterschaft mit der übrigen einig. Von den christlichen Arbeitern und ihren Führern wurden in oft nicht minder scharfen Ausdrücken, wie sie auf Seite der sozialistischen Branche waren, die Bedrückung und Verelendung der Arbeiter durch den Kapitalismus beklagt und die wirtschaftliche Vereinigung der arbeitenden Stände als ein Mittel ihrer sozialen Rettung gefeiert. **Die Vertreter der christlichen, insbesondere der katholischen Kirche bemühten sich daher, die christlichen Arbeiter den damaligen Vereinigungen der übrigen Arbeiterschaft, mochten sie nun politischer oder gewerkschaftlicher Art sein, fernzuhalten. Sie forderten als erste Bedingung jeder wirtschaftlichen Reform die Anerkennung der Lehren des Christentums auch für das wirtschaftliche Leben.** Jede Ordnung desselben, von seiten des Staates wie der bürgerlichen Gesellschaft selbst, müsse den Glauben an das Christentum mit seinem jenseitigen Endziel als Voraussetzung haben und die Beobachtung seiner Gesetze insbesondere der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe zur Erfüllung bringen, andernfalls sei eine Heilung der sozialen Zustände ausgeschlossen, da ihr die wahre Grundlage fehle. Darum müsse das Ziel einer gesunden Wirtschaftsreform vorderhand darin bestehen: mit dem Geiste positiven Christentums wiederum alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens zu durchdringen."

Diese Darlegungen sind ebenso interessant wie zutreffend, aber allerdings nicht neu. Sie bestätigen offen und rückhaltlos die Tatsache, daß die herrschende, offizielle christliche Kirche vom kapitalistischen Geiste erfüllt, daß ihr Christentum und Kapitalismus oder doch das Privateigentum an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln aller Art identisch ist. Das bekannte Rundschreiben des Papstes Leo XIII. über die soziale Frage, das auch in dem vorliegenden Buche eingehend berücksichtigt wird, geht ebenfalls von diesem Privateigentum aus. Von diesem Standpunkt aus muß allerdings konsequenterweise jedes Streben nach Vergesellschaftung jener Güter bekämpft werden. Aber der Standpunkt wird nicht konsequent verfolgt. Staat und Gemeinde besitzen auch heute Eigentum verschiedener Art, Grund und Boden, Gebäulichkeiten, Betriebe für gewerbliche, industrielle und landwirtschaftliche Produktion, für den Verkehr und Handel, für Bildungs- und Verwaltungszwecke u. s. w. Staat und Gemeinde zusammen sind die größten Grund- und Häuserbesitzer, die größten Unternehmer und wenn auch die Verwaltung in kapitalistischem Geiste geführt wird, die Grundlage ist doch die des Gemeineigentums, es ist der Gemeinde- und Staatssozialismus, um den es sich dabei handelt und sein Geist kann von heute auf morgen an Stelle des kapitalistischen in die Verwaltung eingeführt werden. Das offizielle Christentum hat dagegen nicht nur nicht opponiert, im Gegenteil sind seine Träger, die Regierungen und mit ihnen die bürgerlichen Parteien einschließlich der katholisch-frommen Zentrumspartei, die zusammen ja alle Gewalt in Händen haben, die Schöpfer dieses Sozialismus. Nicht minder wich von dem Grundsatz des Privateigentums die katholische Kirche auf ihrem engeren, eigensten Gebiet mit dem heute noch bestehenden klösterlichen Kommunismus, der über Gemeinbesitz von Milliarden im Werte verfügt, ab.

Aber nicht die Arbeiter waren es, die das Bedürfnis nach einer besonderen „christlichen Arbeiterbewegung" empfanden, sondern, wie Dr. Müller selbst sagt, die Vertreter der katholischen Kirche, die den Apfel der Zwietracht in die Arbeiterklasse hineintrugen; angeblich im Interesse ihrer religiösen Rechtgläubigkeit. Da ist zunächst zu konstatieren, daß bis auf wenige Ausnahmen die ganze deutsche Arbeiterschaft — die Unfallversicherung umfaßt über 18 Millionen versicherte Personen — der christlichen Kirche angehört und es die reinste Willkür ist, nur von den Arbeitern als „christlichen Arbeitern" die sich direkt dem Kommando der Geistlichen in den Gesellenvereinen, Männer- und Jünglingsvereinen, den „christlichen Gewerkschaften" rc. unterwerfen, zu reden. Würde das gleiche Verfahren auf das Unternehmertum angewandt, so gäbe es verdammt wenige „christliche Unternehmer", denn die Unternehmer lassen sich nirgends in die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen von Geistlichen drein reden, sondern besorgen sie ausschließlich selbst. Aber nun weiter. Wenn in der modernen Arbeiterbewegung die religiöse Rechtgläubigkeit der katholischen Arbeiter gefährdet sein soll, warum soll diese Gefahr nicht auch überall da bestehen, wo diese mit Angehörigen der modernen Arbeiterbewegung zusammenarbeiten, mit ihnen zusammen bei der Arbeit in Fabriken, Werkstätten, Bergwerken, auf Bauten, in der Landwirtschaft, im Handel und Verkehr u. s. w. den größten Teil ihres Lebens verbringen, während doch die Arbeiterbewegung nur einen winzig kleinen Teil davon beansprucht? Dazu kommt dann noch, daß die moderne Arbeiterbewegung den religiösen Glauben ihrer Angehörigen nicht im mindesten antastet, sich darum nicht kümmert, ihn als die Privatangelegenheit jedes einzelnen betrachtet und jeden nach seiner Fasson selig werden läßt. Unter diesen Umständen muß man zum Schlusse kommen, daß es nicht die Furcht vor der Gefährdung der religiösen Rechtgläubigkeit der Arbeiter war, die die Vertreter der katholischen Kirche zur Gründung einer christlichen Sonderbewegung für die Arbeiter veranlaßte, sondern **die Furcht vor der Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung**, in deren Dienst das offizielle Christentum sich gestellt hat und für deren Aufrechterhaltung auch alle Politik nur als Mittel dient. So kommt denn auch Dr. Müller selbst dazu, **die Verschiedenheit der Weltanschauung** als die **wesentliche** Ursache der Trennung der deutschen Arbeiter in zwei Lager zu bezeichnen und damit die kapitalistische Politik zu bestätigen, die von den Vertretern der katholischen Kirche mit der christlichen Arbeiterbewegung befolgt wird.

(Schluß folgt.)

Die Metallarbeiterorganisationen in Österreich.

Nicht die Geschichte der österreichischen Metallarbeiterbewegung soll in den folgenden Sätzen entworfen werden, sondern nur **ein Stück** ihrer Geschichte. Hier soll den deutschen Metallarbeitern nur ein Bild über die Bewegung ihrer österreichischen Kollegen geboten werden, um in der Lage zu sein, sich ein Urteil über die Fortschritte der Metallarbeiterorganisationen in Österreich machen zu können. Der Maßstab deutscher oder englischer Verhältnisse wird bei den folgenden Zahlen nicht angelegt werden dürfen. Nichtsdestoweniger repräsentiert die Organisation der österreichischen Metallarbeiter heute schon eine Macht, die Beachtung verdient und sie auch findet. Aus kleinen unscheinbaren Anfängen, bedeutungslosen, übrigens durch die Brutalität der Machthaber zerstörten Verbindungen, hat sich eine Bewegung der Metallarbeiter entwickelt, die groß und stark genug ist, selbst recht vehemente Angriffe zu parieren. Langsamer und unter viel schwierigeren Voraussetzungen als in irgend einem anderen Lande entwickelte sie sich und schier unüberwindbare Hindernisse hatten die Organisationen auf ihrem Entwicklungsgang zu meistern. Sind sie auch noch lange nicht ganz überwunden, so kann doch ruhig gesagt werden, so arg wie es einst gewesen, kann und wird es nicht mehr werden. Der eiserne Fleiß und die unbeugsame Energie der organisierten Metallarbeiter haben ein schönes Stück Arbeit zustande gebracht; ihre Organisation kann sich ruhig neben den großen Bruderverbänden des Auslandes sehen lassen.

Österreich ist ein industriell noch sehr rückständiges Land. Hier überwiegt die Agrikultur. Nur wenige große Industriegebiete gibt es. Die industrielle Arbeiterschaft bildet nur einen Bruchteil der Bevölkerung. Von der 25000000 zählenden Bevölkerung entfallen nach der letzten Volkszählung nur 2496000 auf die industrielle Arbeiterschaft. **In der gesamten Metallindustrie waren 315041 Personen beschäftigt.** Hiervon waren am Schlusse des Jahres 1905 56703 (18 Prozent) organisiert. Der Prozentsatz der organisierten Metallarbeiterschaft zu Ende des Jahres 1904 betrug 10,64. Die Steigerung war also eine sehr erfreuliche.

Die Organisation der Metallarbeiter Österreichs ist keine einheitliche. Die fortwährenden Bemühungen, eine einheitliche, alle Berufsgruppen der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiterschaft umfassende Zentralorganisation zu schaffen, haben ihre Verwirklichung noch nicht gefunden, wenn auch hierin ein sehr großer Fortschritt erreicht wurde. Neben der bedeutungsvollsten und leistungsfähigsten Organisation, dem Verband der Metallarbeiter, existieren noch die Vereinigungen der **Gießereiarbeiter, der Bronzearbeiter, der Juweliere, Gold- und Silberschmiede, der Schmiede, Kupferschmiede, Sensenarbeiter, Metalldrücker, Modelltischler, Heizer und Maschinisten.** Außerdem bestehen noch im Küstenland Vereinigungen der **Kesselschmiede und Mechaniker.**

Der Mitgliederstand dieser Vereinigungen betrug zum Schlusse des Jahres 1905:

Verband der Metallarbeiter	42000
Zentralverein der Gießer	8046
Fachverein der Bronzearbeiter	1708
Fachverein der Juweliere, Gold- und Silberschmiede	956
Verein der Schmiede	1083
Verein der Kupferschmiede	450
Fachverein der Sensenarbeiter	420
Fachverein der Metalldrücker	200
Verein der Modellschreiner	448
Verein der Heizer und Maschinisten	1102
Kesselschmiede und Mechaniker in Triest	340
Insgesamt	56703

Der Metallarbeiter-Verband, der Verein der Gießer, der Verein der Schmiede, der Verein der Kupferschmiede, der Verein der Modellschreiner und der Verein der Heizer und Maschinisten erstrecken ihre Tätigkeit auf das ganze Gebiet aller im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder. Dies ist der offizielle Name des namenlosen Österreich. Die übrigen Organisationen sind Lokalvereine. Die meisten der genannten Vereine stehen mit dem Verband der Metallarbeiter in einem Verbandsverhältnis, durch das die Reiseunterstützung und die Erteilung des Rechtschutzes geregelt ist. Seit dem Organisationskonflikt mit den Gießern steht diese Vereinigung außerhalb des Verbandes und hat es der Vorstand des Verbandes mit Recht abgelehnt, ein neuerliches Vertragsverhältnis abzuschließen. Es ist nur eine Frage der kürzesten Zeit, daß die Kupferschmiede- und Bronzearbeiterorganisation als selbständige Vereinigungen zu bestehen aufhören und sich mit dem Metallarbeiter-Verband verschmelzen. Diesbezügliche Verhandlungen sind im Zuge und ist die Bereitwilligkeit aller in Betracht kommender Organisationen, die Verschmelzung zu ermöglichen, eine sehr große. Es wäre nur zu wünschen, daß die Verschmelzung erfolge. Wird es doch immer sinnfälliger und klarer, daß kleine Vereinigungen den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft mit weniger Aussicht auf Erfolg führen können als große und starke Verbindungen der Arbeiterschaft.

Die erfreuliche Entwicklung des Verbandes der Metallarbeiter macht es begreiflich, daß wir uns in diesen Zeilen an erster Stelle und ausführlicher mit dieser Organisation befassen. Die nachstehende Tabelle ermöglicht eine Übersicht über seine Entwicklung seit dem Jahre 1896, wobei jedoch hervorgehoben werden muß, daß die Ziffern für das Jahr 1905 bloß auf Schätzungen beruhen.

	Mitglieder	Einnahmen Kr.	Ausgaben Kr.	Unterstützungen Kr.	Vermögen Kr.
1896	8205	36040	23235	6885	12805
1897	12553	156009	97931	24048	70882
1898	13235	174865	156546	35900	89202
1899	12091	172483	143470	35472	118216
1900	11023	158947	161995	54775	115168
1901	13977	169265	180369	64562	104064
1902	13083	204843	219985	81901	88923
1903	15097	273737	244237	105797	118423
1904	20746	399946	329182	134720	189188
1905	42000	650000	460000	203000	380000

Das abgelaufene Jahr war für den Verband der Metallarbeiter das günstigste seit seinem Bestand. Der Mitgliederstand hat sich gegen das Jahr 1904 mehr als verdoppelt, gegen 1903 fast verdreifacht. Auf die einzelnen Kronländer verteilt, ergibt sich ein Zuwachs von Mitgliedern für Niederösterreich 8800 (davon Wien 6500), Böhmen 6000, Mähren 5000, Steiermark 1400, Galizien 400, Schlesien 300. Der Mitgliederstand in den einzelnen Kronländern ist: Niederösterreich 20105 (davon Wien 15 700), Oberösterreich 384, Salzburg 161, Tirol und Vorarlberg 420, Steiermark 3311, Kärnten 170, Küstenland 71, Mähren 6985, Böhmen 9065, Schlesien 653, Galizien 789, Summa 42 214.

Ortsgruppen und Zahlstellen zählte der Verband 261 gegen 239 im Jahre 1904 und 191 im Jahre 1903. Davon entfallen auf Niederösterreich 78 (hiervon auf Wien 48), Oberösterreich 5, Salzburg 4, Tirol und Vorarlberg 8, Steiermark 29, Kärnten 3, Küstenland 3, Mähren 31, Böhmen 70, Schlesien 13 und Galizien 17.

Die Bruttoeinnahmen im Jahre 1905 betrugen 650000 Kr., die Ausgaben 460000 Kr., es verblieb somit eine Mehreinnahme von 190000 Kr.

Die Aktiven des Verbandes betragen 390000 Kr., die Passiven 10000 Kr., es bleibt ein Reinvermögen von 380000 Kr., bestehend aus Bargeld und Sparkasseneinlagen der Zentrale 157000 Kr., Bargeld in den Ortsgruppen 35000 Kr., Buchforderungen 50000 Kr., Wert der Bibliotheken 35000 Kr., Wert der Mobilien 10000 Kr., Wert des Hauses 103000 Kr.

Die Ausgaben des Verbandes verteilen sich in folgender Weise: Arbeitslosenunterstützung 160000 Kr., Reiseunterstützung und Beherbergung 20000 Kr., Notfallunterstützung 20000 Kr., Beerdigungskosten 3000 Kr., Rechtschutz 12000 Kr., Unterrichte und Vorträge 18000 Kr., Zeitungsabonnements 90000 Kr., Agitationskosten 20000 Kr., Gehälter 24000 Kr., Kassierprovisionen 20000 Kr., Buchdruckerarbeiten 16000 Kr., Verwaltungskosten in den Ortsgruppen 20000 Kr., Miete, Beleuchtung 2c. 3000 Kr., Hilfsarbeiten, Porto, Kanzleispesen 2c. 17000 Kr., Gewerkschaftskommission 9500 Kr., sonstige Ausgaben 7500 Kr.

Sekretariate mit eigenen Bureaus hat der Verband der Metallarbeiter in Wien mit 11 Beamten einschließlich des Redakteurs des Fachblattes Österreichischer Metallarbeiter, in Witkowitz mit einem Beamten, in Brünn mit einem Beamten, in Prag mit 4 Beamten einschließlich des Redakteurs des tschechischen Verbandsorgans Kovodelnik und in Graz mit einem Beamten.

Die vom Verband herausgegebenen Verbandsorgane haben im abgelaufenen Jahre zusammen eine Auflage von 53800 Exemplaren erreicht. Davon entfallen auf den Österreichischen Metallarbeiter 31600 und den Kovodelnik 22200.

Die Lohnbewegung war im abgelaufenen Jahre eine sehr intensive. Die massenhaft ausgebrochenen Differenzen, die Forderungen nach Erhöhung der Löhne, besonders aber nach Verkürzung der Arbeitszeit zur Ursache hatten, wurden in den meisten Fällen durch Intervention des Verbandes und zum Teil auch des Bundes Österreichischer Industrieller durch den Abschluß von Werkstättenverträgen, ohne Streik mit Erfolg für die Arbeiter beigelegt. Erreicht wurde in den meisten Fällen eine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden täglich beziehungsweise 54 Stunden wöchentlich; in einzelnen Fällen sogar die 50stündige Arbeitswoche. Auch die Forderung nach dem „freien Samstagnachmittag" macht dank der Energie, mit der der Kampf um sie geführt wird, entscheidende Fortschritte. Nicht immer jedoch konnte auf gütlichem Wege eine Verständigung herbeigeführt werden. Ungefähr in 80 Fällen mußte den gerechten Forderungen der Arbeiter durch Streiks Nachdruck gegeben werden. Von den 80 Streiks waren 71 mit Erfolg, 7 ohne Erfolg und 2 blieben noch unentschieden. Der Streik der Firma Lenz, an dem 400 Personen beteiligt waren, war der bedeutendste Lohnkampf, seine Dauer währte 13 Wochen. Er ging verloren trotz Aufwendung vieler Mittel und Kraft und zwar deshalb, weil es Herrn Lenz gelang, insbesondere aus Oberungarn und den Gefilden der Wiener Christlich-Sozialen Streikbrecher zu werben. Die Wirkung dieses Streiks war allerdings, daß Herr Lenz den nicht mitstreikenden Arbeitern anstatt der monatlichen Auszahlung die wöchentliche und eine Lohnerhöhung bewilligte. Die Kosten für Unterstützung und Rechtschutz dieses Streiks belaufen sich auf rund 50000 Kr. Die Gesamtkosten aller Streiks im Jahre 1905 betrugen rund 150000 Kr., nicht eingerechnet jene Mittel, die zur Unterstützung von Streiks in anderen Branchen verwendet wurden (so zum Beispiel betrug die Unterstützung der ausgesperrten Tischler in Wien 21348 Kr.), die die Höhe von rund 30000 Kr. erreichten.

In vorstehenden Zeilen ist selbstverständlich nicht die ganze segensreiche Tätigkeit des Verbandes für seine Mitglieder — das ist zu wenig gesagt — für die Metallarbeiter des ganzen Landes erschöpft. Zoll um Zoll Bodens mußte er sich erringen und heute ist er eine einflußreiche und machtvolle Vereinigung, die den Arbeitern der Metallindustrie Schirm und Schutz bietet in ihren Kämpfen um die Verbesserung ihrer sozialen Lage.

Unsere Beitragskassierung.

Die Frage der Beitragskassierung wird für unseren Verband eine immer brennendere, was auch die fortgesetzten Anfragen an unsere Verwaltungsstelle beweisen. Es ist notwendig, diese Frage einmal im Verbandsorgan zur Sprache zu bringen. Seit 1899 haben wir in Hamburg die Beitragskassierung durch angestellte Beitragsammler geregelt, bis dahin wurden sie durch Kollegen im Nebenamt des Sonntags eingezogen. Mißstände verschiedener Art, fortwährender Wechsel unter den zahlreichen Bezirkskassierern, ungeeignete Personen, Unterschleife und verschiedenes andere mehr machten diese Art der Beitragseinziehung zu einer wahren Plage. Wir sahen uns deshalb zur Anstellung von Beitragsammlern gegen Monatsgehalt gezwungen.

Aber auch dieses System, das wir nun schon sieben Jahre haben, hat Mängel. Diese Mängel aufzuzeigen, zu diskutieren und andere Zahlstellen, die im Begriff sind, die Beitragskassierung durch Anstellung von Beitragsammlern zu regeln, vor Schaden zu bewahren, ist Zweck dieser Zeilen.

Die Beitragskassierung ist keineswegs, wie viele Kollegen glauben, eine leichte Beschäftigung. Da ist zunächst die oft unüberwindliche Abneigung der Frauen gegen das Zahlen der Beiträge für die Gewerkschaften, die dem betreffenden Kollegen fortwährenden Verdruß, manchmal auch noch mehr bereitet. Ferner ist es für die Kollegen in der Werkstatt ja so bequem, ihren etwaigen Beitragsrückstand oder gar ihr Ausscheiden aus dem Verband dem Kassierer in die Schuhe zu schieben. Wir haben zu unserem Bedauern oft sehen müssen, wie in der ersten Zeit tüchtige Kassierer infolge wiederholter unrichtigen Beschwerden — die von den Delegierten der Werkstatt mit Verve in gutem Glauben vorgetragen werden — in ihrem Eifer bedeutend nachgelassen haben.

Der Beitragsammler ist seiner ganzen Beschäftigung nach innerhalb der Organisation eine sehr selbständige Existenz, sein Tun und Lassen kann naturgemäß nicht so kontrolliert werden, wie das bei jedem anderen Angestellten der Fall ist. Wenn er nur seinen Bezirk bearbeitet, dann ist es gut. Wegen welcher Veranlassung er einen Teil der Mitglieder gestrichen hat, oder aus anderen Ursachen nicht mehr kassiert, kann nur in seltenen Fällen nachgeprüft werden.

Die Fluktuation im Verband ist eine große, diese Fluktuation zu vermindern, soll aber doch gerade der Zweck der Beitragskassierung sein. So sind zum Beispiel in Hamburg von den Neuaufgenommenen in den Jahren 1904/05 nur 30 Prozent dem Verband erhalten worden, trotzdem uns die Marke, wie aus einer Berechnung vom dritten Quartal 1905 hervorgeht, im Durchschnitt 4,2 Pf. kostete. Es ist eben ein großer Unterschied, ob die säumigen Zahler, und deren gibt es leider eine ganze Menge, mit acht Wochen nicht mehr kassiert werden, oder ob der Beitragsammler sich der Mühe unterzieht, das Mitglied persönlich zu treffen, um zu ergründen, welche Ursachen der Rückstand hat. Steht der Beitragsammler nun in Wochen- oder Monatlohn, wird er, je nach seinem Naturell, in dieser Richtung viel zu wünschen übrig lassen, ohne daß ihm ein Vorwurf daraus gemacht werden kann. Denn nach dem Statut ist er ja im Rechte und hat nicht nötig hinzugehen.

Ein anderer großer Fehler an diesem System soll nicht vergessen werden: es ist nicht ausbreitungsfähig, denn ehe sich eine Ortsverwaltung entschließt, einen weiteren Beitragsammler anzustellen, müssen die vorhandenen schon arg überlastet sein. Man wird die Anstellung verschieben, weil ja mit den Mitteln der Organisation sehr haushälterisch umgegangen werden muß. Auf der anderen Seite wird man bei dem überlasteten Sammler den Erfolg erzielen, daß er unter den Mitgliedern eine Musterung vornimmt und die abstößt, die zu halten gerade seine Aufgabe sein müßte, er wird die säumigen Zahler streichen. Dann hat wiederum die Verwaltung Recht, wenn sie sagt: Seht, es geht doch ohne Anstellung eines neuen. Die Reibungen und Mißverständnisse sind da und werden zum Schaden des Verbandes fortgesetzt. Wir können zum Beispiel die merkwürdige Tatsache konstatieren: je mehr neue Mitglieder wir aufnehmen, desto mehr verlieren wir wieder, ist die Aufnahme neuer Mitglieder gering, gehen auch wenige verloren, weil sich der Sammler um weniger eben besser kümmern kann. Aber die Mitglieder individuell und nicht schablonenmäßig zu behandeln, ist ja gerade Aufgabe der Hauskassierung, die mit so großen Opfern aufrechterhalten wird.

Nach allem Angeführten kommen wir zu dem Schlusse, daß zwar die Kassierung der Beiträge durch Angestellte des Verbandes zu geschehen hat, aber nach dem Prozentsystem. Dieses System hat den Vorteil, daß es viel oder wenig Mitglieder sein können, so bleibt der Kostenpunkt pro Mitglied immer derselbe, von ganz kleinen Abweichungen abgesehen, und der Sammler hat ein Interesse daran, die Mitglieder zu halten, da er ja sonst Gefahr läuft, in seinem Verdienst geschädigt zu werden. Natürlich darf dieses System nicht zur Lohndrückerei benützt werden. Das Schlagwort der Gegner dieses Systems: Das ist ja Akkordarbeit! ist in diesem Falle sehr deplaziert; möchten die Unternehmer nur diesen unseren Vorschlag nachahmen, die Kollegen würden damit zufrieden sein. Im kapitalistischen Sinne bedeutet Akkord soviel wie höchste Anspannung der Kräfte, um den Lohn zu drücken, wir wollen aber etwas ganz anderes. Die Prozente müssen so festgesetzt sein, daß der Sammler für die verwendete Zeit auf einen anständigen Verdienst kommt. Es müssen für ihn Ferien, mit einer seinem Verdienst entsprechenden Entschädigung, festgesetzt werden. Und stellt sich in der Praxis heraus, daß die Prozente zu niedrig sind, dann müssen sie erhöht werden. Bei diesem System ist eine Überlastung so gut wie ausgeschlossen, da, wenn bei einem plötzlichen Zuwachs, zum Beispiel bei einem großen Streik, eine Überlastung der Sammler droht, schnell ein Hilfsbezirk eingerichtet werden kann, ohne daß es der Organisation einen Pfennig mehr kostet. Zu dieser Arbeit würden sich in jeder Stadt Kollegen finden, die gern bereit sind, einen Verdienst von 15 bis 25 Mk., je nach Beschäftigung, zu erwerben.

Unter dem jetzigen System werden sich die verantwortlichen Leiter schwer dazu entschließen, einen besoldeten Posten zu schaffen, denn es entsteht die Frage: Werden uns die neugewonnenen Mitglieder auch bleiben? Wir erinnern uns, daß gelegentlich einer großen Bewegung in Hamburg durch den Strom der Neueingetretenen die Kassierung beinahe vollständig zum Stocken kam. Die Arbeit war eben nicht zu bewältigen; hätten wir da das in Vorschlag gebrachte System gehabt, hätte im Handumdrehen ein Hilfsbezirk gebildet werden können, und Hunderte von Kollegen wären meiner Überzeugung nach dem Verband erhalten worden, die uns so wieder verloren gingen.

Nach dem System der Besoldung in Wochen- oder Monatlohn wird alles von der Charaktereigenschaft des Angestellten abhängen, nach dem vorgeschlagenen System aber wird der zu erzielende Verdienst unter allen Umständen mit die Triebfeder sein, die eine sorgfältige Kassierung gewährleistet und damit auch dem Verband den meisten Nutzen bringt.

Hamburg. E. A.

Die Arbeitsverhältnisse in der chirurgischen Hartgummibranche.

Die gute Konjunktur, die im Jahre 1905 vorherrschend gewesen ist, konnte man auch in der chirurgischen Hartgummibranche mit wenig Ausnahmen wahrnehmen. Trotz der steigenden Tendenz, die der Rohgummimarkt im Verlauf des ganzen Jahres zeigte, haben die Jahresabschlüsse der verschiedenen Fabriken doch ein erfreulicheres Bild ergeben, als man nach den Jeremiaden der Arbeitgeberpresse hätte annehmen sollen. Daß es die Unternehmer verstehen, bei Eintritt der Krise den Arbeiter die Folgen der kapitalistischen Produktion doppelt hart empfinden zu lassen (Arbeitslosigkeit, Akkordreduzierungen), ist ja längst bekannt. Ebenso bekannt ist es aber auch, daß es den Unternehmern niemals einfällt, aus eigener Initiative die erfolgten Reduzierungen wieder auszugleichen, wenn das Geschäft besser geht. Die Kollegen unserer Branche wollten die gute Konjunktur ausnützen, um die vorgenommenen Reduzierungen wieder wett zu machen, leider war der Erfolg nicht derart, wie man dies erwartet hatte.

In Hamburg gelang es den Kollegen, neben einigen Lohnerhöhungen auch teilweise die 9stündige Arbeitszeit einzuführen. Es ist immerhin als ein Fortschritt zu verzeichnen, daß es möglich war, für Anfänger einen Anfangslohn von 24 Mk. und für Ausgelernte einen solchen von 21 Mk. zu erringen. In Berlin und in Leipzig war es unseren Kollegen nicht möglich, trotz heldenmütiger Ausdauer, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Aber, wenn auch unterlegen, dieser Mißerfolg wird sie nicht abhalten, das Geforderte sobald als möglich zu erreichen zu suchen. In Hannover gelang es den Kollegen, die 9stündige Arbeitszeit ohne Kampf durchzusetzen. Auch wurden einige Verschlechterungen abgewehrt.

Ging auch der Leipziger Kampf für die beteiligten Kollegen verloren, so hat er doch für die Branche etwas gutes gezeitigt. In Kassel erhielten mehrere Kollegen eine Lohnzulage, auch war es möglich, Verschlechterungen abzuwehren. Man hat sich da jedenfalls der Einsicht nicht verschließen können, daß es besser ist, mit den Arbeitern zu verhandeln, als das Damoklesschwert des Streiks über seinem Haupte baumeln zu lassen. So wird sich auch die Firma Evers & Pistor, wo sich unsere Kollegen jetzt im Ausstand befinden, dazu bequemen müssen, die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren anzuerkennen.

Unsere Unternehmer haben schon des öfteren Gelegenheit genommen, gegen den Minimallohn als eine „Prämie auf die Faulheit" zu Felde zu ziehen. Ist ein solcher Lohn in den letzten Kämpfen auch nicht erreicht, so ist doch immer hier ein Anfang dazu gemacht worden, indem, wie schon erwähnt, ein Anfangslohn von 24 und 21 Mk. errungen wurde. Man wird geneigt sein, dies als Minimallohn gelten zu lassen. Wäre dem so, so wäre dies eine Gleichstellung mit der Sicherung des Lohnes bei Akkordarbeit. Wenn zum Beispiel für einen Anfänger 24 Mk. Lohn festgesetzt sind und er würde nach etwa 6 Wochen in Akkord gestellt werden, so ist trotz des Anfangslohnes immer noch kein Riegel dafür vorgeschoben, daß der betreffende Kollege, statt in Lohn mit 24 Mk., nunmehr, weil in Akkord, mit 22 Mk. nach Hause gehen muß. Aber wie die Arbeiterschaft daran gewöhnt ist, etappenweise ihre Forderungen durchzubringen, so wird sie auch dies als einen weiteren Schritt zur Erringung ihrer Ziele betrachten.

Auch soll an dieser Stelle eine Mitteilung der Leipziger Gummifabrikanten anläßlich des dortigen Streiks etwas näher beleuchtet werden. Die Fabrikanten, die jede Verhandlung mit der Organisation ablehnten, erklärten sich jedoch bereit, mit ihren Arbeitern zu verhandeln, wenn dieselben Verhandlungen mit den Konkurrenzfabriken stattfinden würden. Nunmehr sollen also die Arbeiter die starke Konkurrenz beseitigen helfen. Immerhin ließe sich darüber ein Wort reden, wenn derartige Äußerungen der Unternehmer ernst zu nehmen wären. Es sei nun vor allem darauf hingewiesen, daß als starke Konkurrenz auch Berlin mit angeführt wurde. Wer aber nur eine geringe Ahnung von der Branche hat, weiß genau, daß umgekehrt ein Schuh daraus wird. Nicht Leipzig leidet unter der Berliner, sondern Berlin unter der Leipziger Konkurrenz. Ja, man hat den Arbeitern sein Erstaunen ausgedrückt, wie es möglich sei, für verschiedene Artikel noch einigermaßen anständige Preise zu bezahlen. Leider hat man dabei nicht in Betracht gezogen, daß man in Berlin von den Kollegen eine andere Arbeit verlangt als anderswo, trotzdem die Berliner Kollegen damit nicht viel besser gestellt sind wie die übrigen Kollegen. Es lag also für die Leipziger Fabrikanten nichts näher, als die Forderung unserer dortigen Kollegen zu bewilligen. Die Branche hätte keinen Schaden davon gehabt und die gefürchtete Konkurrenz wäre von ihren Arbeitern veranlaßt worden, dem Beispiel zu folgen. Statt dessen versendet man schwarze Listen und versucht auf diese Weise eine Einigung unter den Fabrikanten herbeizuführen. Gilt es doch „große Aufgaben" zu erfüllen — die Niederknüppelung „begehrlicher" Arbeiter! Ja, man läuft zum Kadi, wenn einer von den lieben Arbeitswilligen einmal schief angesehen wird. Auch damit noch nicht genug: selbst wenn der Kampf beigelegt, fordert das Kapital noch seine Opfer, indem man Arbeiter von ihrer früheren Arbeitsstätte ausschließt, sie dem Hunger überliefert.

Wie in allen Industrien darauf gesonnen wird, die Produktion intensiver zu gestalten, so kann man auch in der chirurgischen Hartgummibranche immer mehr die Wahrnehmung machen, daß sich ein großer Konkurrent unter den Kollegen breit macht — ein eiserner Kollege. Dieser eiserne Kollege ist ja keinesfalls eine neue Erscheinung, aber es waren bisher nur vereinzelte da. Gar mancher Fabrikant begnügte sich mit einer Spezialisierung der Produktionsmethode. Es wurde ein raffiniertes Teilarbeitssystem bis ins kleinste Detail eingeführt. Hierdurch wurde es möglich, daß einige Arbeiten für unsere Kollegen ganz ausfielen. Wenn das Produkt bis zu einer gewissen Grenze fertig war, so waren es männliche oder weibliche Hilfskräfte, die es fertigstellten. War es hierdurch schon möglich, die Produktionskosten zu verringern, so soll dies in noch höherem Maße durch Hilfsmaschinen bewerkstelligt werden. Die Bedienung der Maschinen soll ebenfalls, wo nur irgend möglich, durch Hilfsarbeiter geschehen.

Wir führten eingangs an, daß die Rohgummipreise eine fortgesetzt steigende Tendenz aufweisen. Wir nahmen besonders deshalb darauf Bezug, um unseren Kollegen zu veranschaulichen, wie es kommt, daß das zu verarbeitende Material immer schlechter wird. Da der Fabrikant mit dem Steigen der Rohmaterialien eine gleiche Steigerung der fertigen Produkte nicht will eintreten lassen, so sinnt man eben auf andere Mittel. Als das einfachste wird die Vermischung des Gummis mit minderwertigen Materialien erachtet. Gab die Verabreichung derartigen Materials den Kollegen schon manchmal Veranlassung, beim Fabrikanten vorstellig zu werden, so macht sich jetzt die Einführung von Maschinen als zweiter Faktor zur Verschlechterung ihrer Lage bemerkbar. Trotzdem liegt für uns kein Grund vor, mit Bangen in die Zukunft zu schauen. Wir haben trotz aller Hindernisse bisher Schritt für Schritt dem Unternehmertum Vorteile abgerungen. Die Kollegen werden sich auch diesen technischen Fortschritt zunutze machen.

E. S.-Kassel.

Hirsch-Duncker'iana.

An die Redaktion des Regulator.

Seit ich im Besitz von Nr. 8 des Regulator bin, bemühe ich mich krampfhaft, mich beleidigt zu fühlen. Aber bis zu dem Grade, um mich zu ärgern oder gar um mich veranlaßt zu fühlen, das heiße Verlangen des Herrn Gleichauf zu erfüllen, ihn vor den Kadi zu zitieren, habe ich es beim besten Willen nicht bringen können.

Doch zur Sache! Was hat den heißen Zorn der „hoch zu verehrenden" Redaktion entfesselt? Bald nach der Aussperrung im vorigen Herbst kam der Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, in der Annahme, jetzt blühe sein Weizen, mit den verschiedensten erfundenen Dingen her, um den Deutschen Metallarbeiter-Verband in den Augen der Berliner Metallarbeiter zu diskreditieren. Die Herren ließen in vielen Tausenden von Exemplaren ein Flugblatt los. Sie gingen in den verschiedensten Städten mit Versammlungen vor, in denen in der unglaublichsten Weise auf den Verband geschimpft wurde. Es war aber alles vergeblich. Das wird bewiesen durch die Tatsache, daß wir in Berlin nach der Aussperrung über 10000 Aufnahmen bis zum Jahresschluß hatten und von Neujahr bis zum 24. Februar über weitere 5000 Kollegen neu aufnahmen. Den Hirschen, die im Trüben fischen wollten, ist aber auch gehörig eingeheizt worden. Das steht fest: Mag es auch einmal innerhalb des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Meinungsverschiedenheiten geben, mögen im Deutschen Metallarbeiter-Verband die Gemüter sich noch so sehr erhitzen, für die Hirsche fällt doch nichts ab. Der Herr Gleichauf mußte erkennen und wird auch in Zukunft anerkennen müssen, daß sein Liebeswerben vollständig vergeblich ist.

Wie steht es nun mit der angeblich von mir gemachten Behauptung, daß der Gewerkverein dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 11000 Mk. schuldet? Die Sache ist folgendermaßen: Am 4. Februar war in Schwiebus eine vom Gewerkverein einberufene Versammlung, wo Herr Wolff aus Stettin erzählte, daß der Gewerkverein sehr finanzkräftig sei, während der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht zahlungsfähig sei. Das habe ich ihm gar nicht übel genommen, denn das ist ja die Aufgabe der Hirschagitatoren: den Deutschen Metallarbeiter-Verband herunterreißen und den Gewerk-

verein über den grünen Klee loben. In der Diskussion nun habe ich neben anderem den Mann ersucht, doch dafür Sorge tragen zu wollen, daß, wenn der Gewerkverein so sehr stark ist und der Verband so sehr arm, der Gewerkverein dem Verband die noch rückständigen 400 Mk. zahlt. Auf die Frage des Herrn Wolff, welche 400 Mk. denn gemeint seien, erklärte ich dem Mann: Bei der Aussperrung hatten sich die beteiligten Organisationen dahin verständigt, daß dem Verband der Maschinisten und Heizer die zu zahlende Streikunterstützung ersetzt werden sollte. Die übrigen Organisationen wollten, so wie die Generalunkosten der Aussperrung, auch die Streikunterstützung der Heizer und Maschinisten, im Verhältnis zur Zahl der beteiligten Mitglieder, tragen. Die Verrechnung sollte später vorgenommen werden, der Deutsche Metallarbeiter-Verband sollte die gesamte Summe zunächst auslegen. Soweit war alles in Ordnung. Im Laufe der Dinge nun erhielt der Verband der Maschinisten und Heizer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zweimal 3000 Mk. und dann noch 5000 Mk. Nachdem die zweiten 3000 Mk. bezahlt waren, erklärte der Vertreter des nach Aussage des Herrn Wolff so sehr starken Gewerkvereins, er müsse erst seinen Generalrat fragen, ob der noch weiter zahlen wolle. Der Generalrat hat auf die diesbezügliche Anfrage geantwortet, daß der Gewerkverein nur den prozentualen Teil übernehme, der aus den ersten beiden Zahlungen, mit zusammen 6000 Mk., erwachse, für den prozentualen Teil, der aus den weiter bezahlten oder noch zu zahlenden 5000 Mk. für den Gewerkverein entstehe, lehne er die Zahlung ab. Da der Gewerkverein mit etwa einem Zwölftel an der Aussperrung beteiligt war, machte der auf den Gewerkverein fallende Teil der 5000 Mk. eben rund 415 Mk. aus. Die im Streikkomitee sitzenden anderen Organisationsvertreter nahmen an, daß es dem Gewerkverein Schwierigkeiten macht, die 415 Mk. zu zahlen, und deshalb übernahmen die anderen Organisationen für den Gewerkverein die Zahlung der 415 Mk. an den Verband der Heizer und Maschinisten. Da aber so sehr mit dem finanzkräftigen Gewerkverein renommiert wird, ist es doch wohl begreiflich, daß ich den Vertreter des Gewerkvereins ersuchte, doch für die Zahlung der 415 Mk. zu sorgen.

Die Geschichte in Schwiebus ging aber noch weiter. Der Herr Wolff hat nämlich im Laufe der Versammlung auch erwähnt, daß bei der Aussperrung soviel nicht vollberechtigte Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beteiligt waren, während die Mitglieder des Gewerkvereins sämtlich bezugsberechtigt waren. Darauf bemerkte ich, daß **wir dann noch 828 Mk. vom Gewerkverein zu fordern hätten.**

Die Rechnung ist folgendermaßen: Die an der Aussperrung beteiligten Organisationen hatten sich dahin verständigt, die Unorganisierten auch zu unterstützen. Die Kosten sollten ebenfalls im Verhältnis zur Zahl der beteiligten Mitglieder auf die Organisationen verteilt werden. Die Verrechnung sollte nach der Aussperrung vorgenommen werden. Diese Verrechnung ist auch vorgenommen worden. Dabei stellte sich folgendes heraus: An Unorganisierte sowie für Streikunkosten (Inserate, Drucksachen rc.) wurden bezahlt:

Deutscher Metallarbeiter-Verband	57 180,50 Mk.
Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verband	960,— „
Gewerkverein der Metallarbeiter	828,— „
Metallarbeiter-Gewerkschaft	636,— „
Maler- und Lackierer-Verband	372,— „
Transportarbeiter-Verband	254,— „
Summa:	60 230,50 Mk.

Es sind zu zahlen vom Gewerkverein 844 × 3,50 =	2954,— Mk.
Es sind bereits bezahlt	828,— „
Verbleiben demnach:	2126,— Mk.

Diese verbleibenden 2126 Mk., die nach Berechnung des Streikkomitees der Gewerkverein noch zu zahlen hatte, sind vor einigen Wochen an uns eingezahlt worden. Wenn aber die Aussage des Herrn Wolff stimmt, dann hat der Gewerkverein die angeblich an Unorganisierte bezahlten 828 Mk. in Wirklichkeit an **bezugsberechtigte Mitglieder** des Gewerkvereins bezahlt. Ist das letztere der Fall, dann hat der Gewerkverein von seiner Kasse 828 Mk. abgewälzt und der gemeinsamen Kasse aufgehalst. Also in aller Form eine **Schiebung.** Nun stehen die Dinge so, daß entweder der Herr Wolff in Schwiebus die Unwahrheit gesagt hat, oder der Gewerkverein hat uns in Berlin hintergangen. Ist das letzte der Fall, dann müßte uns der Gewerkverein ein Zwölftel der 5000 Mk. = rund 415 Mk. und die 828 Mk., zusammen also 1243 Mk. noch zahlen.

Was der Regulator sonst noch schreibt, ist nichts als Wut über den fehlgegangenen Feldzug. Wenn ich mich in einer Versammlung darüber lustig mache, daß Herr Gleichauf in dem bewußten Flugblatt die deutsche Sprache mißhandelt, so ist das mein gutes Recht. Behauptungen, wie sie im Regulator stehen, habe ich nie aufgestellt. So wie im Vorstehenden geschildert, habe ich in Schwiebus und später auf Anfrage des Sekretärs Klaran auch in einer Berliner Versammlung ausgeführt.

Berlin. **Adolf Cohen.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 11. März der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. März bis 16. März 1906 fällig ist.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle **Köthen 10 Pf. pro Monat.**

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 8 a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

Der Dreher **Heinrich Monte,** geboren am 2. April 1887 zu Spandau, Buch-Nr. ?;

der Dreher **Lorenz Paneck,** geb. am 4. August 1863 zu Mappa, Buch-Nr. 469468, beide wegen Sperrebruch;

der Dreher **Wilhelm Pileidis,** geb. am 21. Dezember 1866 zu Schwargert, Buch-Nr. 419557, wegen Streikbruch;

der Former **Wilhelm Hannemann,** geb. am 26. April 1874 zu Stadt, Buch-Nr. 758367, wegen Streikbruch;

der Gürtler **Adolf Kreiderweiß,** geb. am 28. April 1874 zu Rixdorf, Buch-Nr. 676948, wegen Unterschlagung;

der Gürtler **Richard Preßler,** geb. am 17. August 1880 zu Rixdorf, Buch-Nr. 650926, wegen Nichteinhaltung gefaßter Werkstattbeschlüsse;

der Klempner **Oskar Kritzel,** geb. am 13. Juni 1881 zu Thorn, Buch-Nr. 739025, wegen Sperrebruch;

der Mechaniker **Eugen Gerstel,** geb. am 2. Januar 1880 zu Berlin, Buch-Nr. ?, wegen Sperrebruch;

der Mechaniker **Hugo Hellwig,** geb. am 6. November 1880 zu Berlin, Buch-Nr. 682659, wegen Streikbruch;

der Schleifer **Wilhelm Heyer,** geb. am 1. August 1885 zu Leimbach, Buch-Nr. 829069, wegen Nichteinhaltung gefaßter Werkstattbeschlüsse;

der Schleifer **Max Türk,** geb. am 7. Dezember 1879 zu Berlin, Buch-Nr. 898151, wegen unkollegialen Verhaltens und Preisdrückerei;

der Schleifer **Hermann Blume,** geb. am 18. Januar 1879 zu Schönau, Buch-Nr. 849144;

der Schlosser **Rudolf Burzin,** geb. am 12. März 1884 zu Danzig, Buch-Nr. 548737, beide wegen Nichteinhaltung von Werkstattbeschlüssen und Schädigung des Verbandes;

der Schlosser **Paul Gründel,** geb. am 15. August 1886 zu Berlin, Buch-Nr. 765887;

der Schlosser **Wilhelm Hoffmann,** geb. am 7. April 1882 zu Neu-Trebbin, Buch-Nr. 540809, beide wegen Sperrebruch;

der Schlosser **Willi Jung,** geb. am 18. Juni 1880 zu Berlin, Buch-Nr. 844684, wegen Nichteinhaltung gefaßter Werkstattbeschlüsse;

der Schlosser **Friedr. Langphal,** geb. am 20. Juli 1858 zu Kl.-Rebrau, Buch-Nr. 764017, wegen Sperrebruch;

der Schlosser **Paul Schröder,** geb. am 1. Mai 1886 zu Oberhof, Buch-Nr. 724166, wegen Nichteinhaltung gefaßter Werkstattbeschlüsse und Schädigung des Verbandes;

der Schlosser **Max Wittig,** geb. am 9. Oktober 1885 zu Rauschenthal, Buch-Nr. 646418;

der Schlosser **Otto Zeige,** geb. am 20. September 1886 zu Alt-Stansdorf, Buch-Nr. 761656;

der Schlosser **Paul Zimmermann,** geb. am 4 Juli 1879 zu Berlin, Buch-Nr. 754498, sämtliche wegen Sperrebruch;

der Schmied **Karl Brandenburg,** geb. am 3. Dezember 1870 zu Berlin, Buch-Nr. 677294;

der Schmied **Julius Schewitz,** geb. am 22. Juli 1869 zu Juknaten, Buch-Nr. 757010;

der Uhrmacher **Otto Selchow,** geb. am 20. Oktober 1868 zu Beeskow, Buch-Nr. 851366, sämtliche wegen Nichteinhaltung gefaßter Werkstattbeschlüsse;

die Arbeiterin **Auguste Gutta,** geb. am 29. April 1880 zu Deutsch-Eila, Buch-Nr. 574531, wegen Denunziation.

* * *

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

Der Dreher **Alfred Maisch,** geb. am 3. September 1867 zu Magdeburg, Buch-Nr. 756919, wegen unkollegialem Verhalten;

der Dreher **Emil Feist,** geb. am 9. Juni 1878 zu Beberröhrsdorf, Buch-Nr. 764028;

der Fräser **Karl Heinze,** geb. am 27. Mai 1872 zu Grünberg i. Schl., Buch-Nr. 762782, beide wegen Nichteinhaltung gefaßter Werkstattbeschlüsse;

der Fräser **Otto Tempel,** geb. am 15. Juli 1874 zu Bernau, Buch-Nr. 651981, nach § 3 Abs. 8c des Statuts.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Breslau:

Der Bohrer **Gustav Thiel,** geb. am 28. September 1875 zu Gräbschen, Buch-Nr. 708599, wegen Betrug;

der Dreher **Otto Wegner,** geb. am 4. November 1874 zu Waldenburg, Buch-Nr. 695085, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern;

der Feilenhauer **Josef Großauer,** geb. am 19. August 1873 zu Steyr, Buch-Nr. 878382, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gevelsberg:

Der Schleifer **Paul Kuhl,** geb. am 2. Februar 1876 zu Sorno;

der Schleifer **Josef Schwill,** geb. am 11. März 1876 in Czersk, wegen Nichteinhaltung gefaßter Werkstattbeschlüsse.

* * *

Öffentlich gerügt werden:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

Die Mitglieder **Emil Bauch, Wilhelm Ehlke, Karl Krüger, Karl Salomo** und **Johann Wleznk,** sämtliche wegen Nichteinhaltung von Werkstattbeschlüssen.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Vegesack:

Das Mitglied **Heinrich Hilke,** wegen Aufstellung und Verbreitung von Unwahrheiten über die dortige Verwaltung, die geeignet waren, das Ansehen derselben zu schädigen.

* * *

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Furtwangen:

Der Mechaniker **Alb. Dold.**

* * *

Gewarnt wird:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Meißen:

Vor dem Dreher **Arthur Kühnel,** geb. am 6. Dezember 1881 in Koswig i. Sa. Derselbe denunzierte in seiner letzten Stellung zwei Kollegen, wodurch letztere gezwungen waren, ihre Arbeit aufzugeben. Kühnel versucht jetzt dem Verband beizutreten, seine Aufnahme ist jedoch abzulehnen.

* * *

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16b

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Quittung

über die vom 1. bis 28. Februar 1906 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Aachen Mk. 2300. Altenburg 2000. Altwasser 290. Amberg 100. Aschersleben 800. Aue 2400. Augsburg 2150. Bautzen 600. Bergedorf 400. Bernburg 300. Blankenburg a. H. 300. Bockwitz 100. Bremen 6000. Bremerhaven 2800. Burgstädt 550. Chemnitz 10000. Crimmitschau 400. Danzig 200. Dassel 100. Dessau 800. Döbeln 1100. Dortmund 1550. Dresden 9000. Düsseldorf 2000. Durlach 1600. Eilenburg 400. Eisenach 700. Elbing 350. Elsterwerda 150. Emden 570. Erfurt 1600. Essen 5000. Erlangen 200. Fechenheim 192. Feuerbach 500. Flensburg 1600. Forst 100. Frankenberg 100. Frankfurt a. M. 10000. Fürstenwalde 500. Gelsenkirchen 350. Gießen 500. Glauchau 200. Gmünd 800. Gassen 100. Göppingen 600. Görlitz 2500. Gößnitz 350. Göttingen 200. Greiz 200. Groitzsch 300. Grüna 300. Hagen 2000. Halle a. S. 5000. Hamburg 15000. Hanau 2300. Hannover 10000. Harburg a. E. 1600. Hirschberg 200. Höchst a. M. 400. Hohenlimburg 350. Iserlohn 500. Itzehoe 355. Jauer 150. Jena 600. Jena, Maschinisten 500. Kaiserslautern 1000. Kiel 11000. Köln a. Rh. 1700. Köslin 200. Koswig 200. Kronenberg 200. Kulmbach 150. Lambrecht 200. Landshut 200. Limbach 400. Lollar 400. Lübeck 1600. Luckenwalde 500. Lüdenscheid 300. Ludwigshafen 2300. Magdeburg 20000. Mainz 3000. Marktredwitz 250. Meerane 500. Merseburg 1200. Mittweida 200. Mülheim a. Rh. 1200. Mülheim a. Ruhr 500. Münster 300. Mundenheim 300. Naumburg 150. Neisse 100. Neugersdorf 300. Neumarkt (O.-Pf.) 100. Neumünster 300. Neustadt a. Orla 100. Nordhausen 400. Nowawes-Neuendorf 600. Nürnberg 49450. Norden 250. Oberroden 500. Oberstein 200. Oberursel 200. Offenbach a. M. 1900. Oggersheim 300. Oschersleben 150. Osterholz-Scharmbeck 400. Oschatz 160. Pasewalk 100. Peine 200. Penig 450. Pinneberg 100. Plauen 300. Pries 600. Quedlinburg 800. Rathenow 800. Ratingen 150. Ravensburg 100. Reichenbach i. S. 400. Rosenheim 200. Roßlau 350. Rastenburg 70. Salzungen 70. Sangerhausen 250. Senftenberg 150. Siegmar 600. Suhl und Umgegend 700. Sonderburg 24,25. Schleswig 100. Schmiedeberg 400. Schmölln 150. Schneeberg 400. Schweidnitz 400. Schweinfurt 450. Schwenningen 600. Schwerin 200. Straßburg 1600. Stargard 246,12. Stuttgart 5000. Tönning 750. Tangerhütte 1000. Triberg 200. Uetersen 100. Ulm a. D. 700. Vegesack 1600. Velbert 1500. Weißenfels 300. Wiesbaden 1400. Wismar 300. Wolgast 200. Worms 250. Wetzlar 350. Zeitz 800. Zerbst 200. Zittau 1400. Zwickau 1000. Einzelmitglieder der Hauptkasse 270. Für Ersatzbücher 30. Freiwillig bezahlte Schuld: Marktoldenburg 10. Lichtenthal-Mülheim a. Rh. 30. Zinsen von angelegten Geldern 6357,60. Für Protokolle der 7. Generalversammlung 652,60, der Frauenkonferenz 201,25. Für Dietzsche Verlagswerke 354,45. Für diverse Bücher 8,60. Für Goldarbeiter-Zeitung 62,19.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch **dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen,** und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. **Der Vorstand.**

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drehern, Drückern, Gießern, Gürtlern, Polierern, Monteuren, Schleifern u. Ziseleuren** nach Erfurt-Ilversgehofen (Töbelmann & Grimm) Mi.; nach Turg-Vogelsang, Kanton Argau, Schweiz (Firma Egloff & Cie.) D.; nach **Zürich** und **Hochdorf,** Schweiz (Firma Stranick) M.;

von **Flaschnern (Spenglern)** und **Installateuren** nach **Konstanz** i. B.; nach Karlsbad und Fischern in Böhmen;

von **Formern, Eisengießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Elbing (Firma Kunnick, Maschinenfabrik) L.; nach Küstrin (Firma Wagner) St.; nach Offenbach (Firma Fredenhagen) St.; nach Osnabrück (H. W. Ortmann); nach Ronsdorf bei Remscheid (Firma W. Thöing) St.; nach Solingen; nach Stettin;

von **Bauklempnern** nach Berlin (Firma Pietschmann und Firma Seeger) D.;

von **Klempnern, Blechemballagearbeitern** und **-Arbeiterinnen** nach Breslau (Gasmesserfabrik Pintsch) D.; nach Öhringen bei Heilbronn (Hohenlohsche Blechemballagefabrik Schütt) M.;

von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Aussig i. Böhmen (Firma Schäffer & Budenberg) D.; nach Baden, Schweiz (Brown, Boweri & Co.); nach Basel, Schweiz St.; nach Bischheim b. Straßburg (Firma Stoll & Co.) M.; nach Brandenburg a. H. (Firma Reichstein) A.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Maschinenfabrik Müller & Co.); nach Darmstadt (Eckert & Haßlinger) M.; nach Eberswalde (Radiatorenwerke) St.; nach Essen a. d. R. (Union) Mi.; nach Frauenfeld, Schweiz (Automobilfabrik Martini & Co.); nach Genf (Firma Platz); nach Halle a. S. (Armaturen- und Maschinenfabriken von Breitkopf, Dicker & Werneburg, Andreas Hassengier); nach Kassel (Evers & Pistor, chirurgische Instrumentenfabrik) Mi.; nach Leer und Norden i. Ostfr. A.; nach **Meißen i. Sa.** (Firma Biesold & Locke) St.; nach Olten, Schweiz (Automobilfabr. Wyß) St.; nach Pritzwalk bei Neu-Ruppin (Maschinenfabrik Ewald) D.; nach Rellinghausen bei Essen (Firma R. W. Dinnendahl, Aktiengesellschaft) M.; nach Rostock (Neptunwerft); nach Solingen; nach St. Blaise, Schweiz, (Automobilfabrik A.-G. vormals Martini & Co.); nach **Straßburg i. Els.** (Firma Stoll & Co. in Bischheim) M.;

von **Schlägereiarbeitern** nach Solingen St.;

von **Schlossern** nach Zürich (Firmen Kassen-Bauer, Kassen-Schwyzer, Schäppi-Schweizer und Pünter & Cie., Ofenfabrik);

von **Schmieden, Kesselschmieden** und **Maschinenbauern** nach Hamburg-Ottensen (Lange & Gehrkens, Friedensallee 11) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Former.

Mannheim. Auf die in Nr. 7 dieser Zeitung bekanntgegebenen Forderungen wurden durch gegenseitige Verhandlungen mit der Firma Aktiengesellschaft für Eisen- und Bronzegießerei, vormals Karl Flink, nachfolgende Vereinbarungen getroffen: 1. Es wird für die Gießerei eine viergliedrige Kommission gebildet, und zwar je ein Mann aus den Großformern, Mittelformern, Kleinformern und Metallformern. Bereits bestehende und neu vorkommende Akkorde werden in ein neues Buch eingetragen und im Zweifelsfalle kann jeder Former davon Einsicht nehmen. Bei neuen in Arbeit zu vergebenden Stücken wird der Akkord vom Meister festgesetzt. Falls zwischen dem Meister und dem Former eine Einigung über den Akkord nicht erzielt wird, kann von beiden Seiten die Kommission, jedoch nur der betreffende Spezialist der Abteilung, zur Begutachtung in Anspruch genommen werden. Wenn die Verhandlungen zu keiner befriedigenden Lösung führen, entscheidet die Direktion. 2. Akkordabänderungen werden auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen vorgenommen und in dem Falle, daß eine Einigung nicht erzielt wird, treten dieselben Verhandlungen wie bei Position 1 in Kraft. 3. Bei Übernahme von Akkordarbeit wird jedem Arbeiter ein Akkordzettel, worauf der Preis verzeichnet ist, eingehändigt. 4. Überstunden, einschließlich derer, die zum Ausmauern der Trockenöfen erforderlich sind, werden künftig im ganzen Betrieb mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeiten mit 50 Prozent Zuschlag vergütet. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr. Die Überstunden und Nachtarbeit, die durch Reparaturen zur Aufrechterhaltung des Betriebs nötig sind und die während des Betriebs unmöglich ausgeführt werden können, mit Ausnahme des Ausmauerns der Trockenöfen, werden mit einem Aufschlag von 15 Prozent beziehungsweise 30 Prozent bezahlt. Für jede nicht voll beschäftigte Stunde tritt eine Vergütung nicht ein. Besondere Vergütung durch Verakkordierung einer Arbeit und dergleichen bleibt, wie seither, vorbehalten. Für Akkordarbeiter tritt für Überstunden eine Extravergütung von 10 Pf. beziehungsweise für Nacht- und Sonntagsarbeit von 20 Pf. ein. 5. Sämtliche Gießerhilfsarbeiter über 21 Jahre erhalten von nun ab nicht unter 35 Pf., unter 21 Jahre nicht unter 32 Pf. Stundenlohn. Ausgenommen hiervon sind jugendliche und invalide Arbeiter. Gußputzer erhalten ebenfalls nicht unter 35 Pf. pro Stunde vergütet, wenn der Durchschnittsverdienst von zwei Lohnperioden eines Gußputzers weniger ergeben sollte. 6. Die Kernmacher erhalten künftig 40 Pf. Minimalstundenlohn. 7. Bei entsprechender Leistung erhalten Former bis zum 20. Lebensjahre nicht unter 40 Pf., über 20 Jahre nicht unter 45 Pf. pro Stunde. 8. Für genügende Ventilation und Beleuchtung wird nach wie vor in weitestgehendem Maße gesorgt, soweit die lokalen Verhältnisse keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten. 9. Kleiderschränke werden, soweit nötig, noch in genügender Anzahl angeschafft. Wünsche in dieser Beziehung, sowie auch in Bezug auf Position 8, sind durch den Arbeiterausschuß vorzubringen, die, soweit wie irgend möglich, auch in Zukunft berücksichtigt werden. — Mit diesen Abmachungen gab man sich vorerst zufrieden, um das, was hier festgelegt worden ist, auch in den übrigen Gießereien nachzuholen. Dieses kann auch geschehen, wenn sich alle Former und Gießereiarbeiter **nur im Deutschen Metallarbeiter-Verband** organisieren.

Offenbach. Die Firma **Fredenhagen** will jetzt, wie es scheint, gegenüber den nun bereits die sechste Woche ausständigen Formern eine andere Kampftaktik befolgen. Sie hat nun auch sämtlichen Gießerhilfsarbeitern und Gußputzern gekündigt. Sie will wohl damit den Anschein erwecken, als ob ihre Gießerei für die Zukunft geschlossen werden soll. Die Streikenden sind nicht ängstlich. Wie notwendig die Firma nämlich Guß gebraucht, zeigen ihre verzweifelten Anstrengungen, Guß auswärts anfertigen zu lassen. Die Kollegen anderwärts, Herr Fredenhagen, sind ja auch organisiert und werden Streikarbeit verweigern, wie das auch tatsächlich schon in Wurmbach bei Frankfurt a. M. geschehen ist und wie das noch anderwärts geschehen wird. Darauf kann sich die

Firma verlassen. Die Streikenden sind guten Muts und beweisen durch ihre entschiedene Haltung, daß sich organisierte Arbeiter diktatorischen Gelüsten des Unternehmers nicht fügen.

Solingen. Noch immer reisen hier Former zu, trotzdem die Sperre für Metallarbeiter aller Branchen über Solingen verhängt ist. Auch muß gerügt werden, daß einzelne Kollegen umschauen. Wenn noch weiterhin Kollegen so handeln, werden wir ihren Ausschluß beantragen.

Zeulenroda. In der Gießerei von Homberg & Külz sind wegen Maßregelungen Differenzen ausgebrochen. Zuzug streng fernhalten.

Klempner.

Nürnberg. Zwischen der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft und den dort beschäftigten Installateuren brachen Differenzen aus, die ihre Erledigung durch die Anerkennung des für die Nürnberger Flaschner und Installateure bestehenden Tarifs durch die genannte Firma fanden. Die Firma beschäftigt gegenwärtig vierzig bis fünfzig Installateure.

Stuttgart. Der Streik bei der Firma Braun & Co., Württembergische Gasmesserfabrik, ist durch Verhandlung zwischen der Firma und den Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beendigt, der bestehende Lohntarif wurde von der Organisation unterzeichnet und gilt daher als mit dieser abgeschlossen.

Metallarbeiter.

Aachen. Zuzug von Drehern, Hoblern, Fräsern und Bohrern ist vom Hüttenwerk Rote Erde bei Aachen fernzuhalten. Es wurde ein Lohntarif eingereicht.

Brandenburg a. H. Der Ausstand bei Reichstein ist für beendet erklärt worden, nachdem die Firma Zugeständnisse gemacht hat. Ausführlicher Bericht folgt.

Durlach. Unter dem 14. Februar lesen wir im Durlacher Wochenblatt folgendes: „Die Bilanz der Maschinenfabrik Gritzner, Aktiengesellschaft, Durlach weist pro 31. Dezember 1905 einen Reingewinn von 706002,67 Mk. gegen 628823,41 Mk. im Vorjahr aus. Der Aufsichtsrat beschloß, der auf 5. April dieses Jahres einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, **14 Prozent** (gegen 12 Prozent im Vorjahr! Der Verf.) Dividende zu verteilen, 100000 Mk. für Extraabschreibungen zu verwenden, 10000 Mk. für Unterstützungskonto, 10000 Mk. auf Konto für Wohlfahrtszwecke zu überweisen und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen. Der Umsatz hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich erhöht und waren Ende Dezember 1905 3109 Personen gegen 2971 im Vorjahr beschäftigt." Die Maschinenfabrik Gritzner hat also, wir konstatieren das mit Genugtuung, im vergangenen Jahre brillant abgeschnitten. Die Herren Aktionäre bekommen erhöhte Dividende, dito Tantiemen die Herren Aufsichtsräte, selbstredend entsprechende Gratifikationen an die in Betracht kommenden Beamten; die übrigen Beamten bekommen zum Teil Gehaltserhöhung u. s. w. Wie sieht es nun mit den Arbeitern? Ja, da sieht die Sache etwas anders aus. Die Direktion der Gritznerschen Fabrik weiß ganz genau, daß Durlach, was die Lebensmittelpreise anbelangt, mit an höchster Stelle rangiert. Sie weiß ganz genau, daß Fleisch, Brot, Milch, überhaupt fast sämtliche notwendigen Lebensmittel unheimlich im Preise gestiegen sind und daß das dicke Ende erst nach dem 1. März dieses Jahres kommen wird. Die Direktion weiß auch — sie muß es wenigstens wissen —, daß die Hausbesitzer von Durlach drauf und dran sind, die Hausmiete wegen des in Aussicht stehenden Bahnhofneubaus sehr erheblich zu steigern. Weil dies alles die Direktion weiß, deshalb möchten wir nachstehendes der Vergessenheit entreißen. Eine im Herbst vergangenen Jahres abgehaltene Mitgliederversammlung beauftragte den Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle, sich brieflich an die Direktion der Gritznerschen Fabrik zu wenden und ihr nahezulegen, sie möchte doch für Überstunden einen Zuschlag gewähren. Die Arbeiter erhielten damals keinen Lohnzuschlag, wohl aber wurde dem Bevollmächtigten von dritter Seite mitgeteilt, daß die Direktion laut Statut des Industriellen-Verbandes (natürlich! Der Verf.) nicht in der Lage sei, mit dem Bevollmächtigten zu unterhandeln. Es wurden damals in der Woche 8 bis 12 Überstunden geleistet. Die Überarbeit dauerte 13 bis 17 Wochen. Der Bilanzabschluß pro 1905 hat aber auf das deutlichste bewiesen, daß die Firma sehr wohl in der Lage gewesen wäre, für Überstunden ein paar Pfennige zu gewähren, ohne daß die Dividende darunter gelitten hätte. Man „kann" aber nicht, weil man den guten Willen nicht dazu hat und man hat den guten Willen nicht, weil die Jagd nach Profit, nach möglichst hohen Dividenden, ja immer das hehre Ziel einer Aktiengesellschaft ist und bleibt. Doch nun zu einem anderen Kapitel. Die Nichtbezahlung der Überstunden wäre am letzten Ende noch nicht das Schlimmste, wenn nur nicht das ganze Jahr die „Abzugsmaschinerie" in Tätigkeit wäre. Fast alle 14 Tage kommen aus einer anderen Abteilung die Mitteilungen, daß schon wieder abgezogen ist. In der Abteilung Vorrisch hält man es in manchen Fällen nicht einmal der Mühe wert, die Abzüge rechtzeitig bekannt zu machen. Am Zahltag fehlt einfach das Geld und nur bei ganz energischem Auftreten gelingt es, daß der Arbeiter das Geld „noch einmal" bekommt. Welche Humanität! Ganz erhebliche Abzüge wurden aus der Nähmaschinenschleiferei gemeldet. Die arbeitswilligen Schleifer sollen anscheinend jetzt die Streikbruchprämie wieder retourberappen. Ob diesen die Augen jetzt so langsam aufgehen werden?! Auch in der Selectamontierung wurde wieder abgezogen. Nirgends vielleicht so ungerecht wie hier, weil man doch den Arbeiter nicht dafür verantwortlich machen kann, wenn Maschinenteile jetzt gehärtet zur Verarbeitung gelangen sollen und dieses Härten eine weitere Behandlung durch Schleifen notwendig macht. Die Selectamaschine wird übrigens jetzt in zwei Abteilungen fabriziert. Die Arbeiter befürchten, daß die neue Montierung eine Präparierstation für einen „großen Fischzug" werden soll — oder sie es vielleicht schon ist. In dieser Abteilung macht besonders ein Herr Ege in letzter Zeit viel von sich reden, was schon zu Polemiken in der hiesigen Parteipresse geführt hat. Dem Saalmeister B. könnten wir empfehlen, etwas selbständiger zu sein, damit den Arbeitern mehr das Bewußtsein kommt, daß Herr B. und nicht der Untermeister der Abteilungsleiter ist. Sonderbare Verhältnisse scheinen im Motorenbau zu herrschen. Vor nicht allzu langer Zeit wurden dort einem Arbeiter für einen fehlerhaften Motor **8 Mk.** abgezogen. Dieser Motor wurde aber später wieder in ein anderes Rad montiert und war — brauchbar. Aus ähnlichem Anlaß wurde ein anderer Arbeiter mit **3 Mk.** Strafe bedacht. Die Arbeiter versichern aber, sie trügen keine Schuld an den defekten Apparaten. Man kann sich der Ansicht nicht erwehren, daß die Arbeiter für die Fehler anderer technischer Größen die Kosten bezahlen sollen. Haben die Arbeiter einmal Gelegenheit, den leitenden Faktoren ihre Meinung zu sagen, dann wird unter tausenderlei schönen Worten dargelegt, daß trotz der Abzüge die Löhne fortgesetzt „steigen" Ja, ihr werten Herren, stellt euch einmal in unsere Reihen. Schuften Sie einmal darauf los und verdienen einigermaßen. Dann lassen Sie sich wieder abziehen. Dann arbeiten Sie wieder unter Anstrengung aller Kräfte und dann lassen Sie sich wieder abziehen. Fristen Sie dann einmal ihr Dasein mit einem Arbeitereinkommen, dann wollen wir sehen, wie Ihnen zumute ist. Ihrer Intelligenz trauen wir es zu, daß Sie dann zehnmal revolutionärer würden als es der radikalste Arbeiter nur sein kann. Denn, daß es nicht die dummsten und ungeschicktesten Arbeiter sind, die um bessere Lebenshaltung kämpfen, werden Sie wohl schon begriffen haben. Zu Weihnachten vergangenen Jahres machte die Firma Gritzner recht ansehnliche Zuwendungen für Kleinkinderschule, Krankenhaus, Rettungsanstalt u. s. w. Gewiß wäre es unrecht, hieran zu kritteln. Welche Logik steckt aber darin, wenn man auf der einen Seite der öffentlichen Wohltätigkeit — der Allgemeinheit — Zuwendungen macht und diese dann auf der anderen Seite den Arbeitern — der Allgemeinheit — wieder abzieht? Vergegenwärtigt man sich nun noch die vielgepriesenen Wohlfahrtseinrichtungen, so muß das sehr wunderliche Gefühle erwecken. Dem Unterstützungskonto steht das Gros der Arbeiterschaft sehr skeptisch gegenüber. Die Arbeiter sind der Meinung, daß hier eine von der Firma und Arbeiterschaft hälftig zu bestimmende Kommission eingesetzt werden könnte. Diese Kommission hätte dann Gesuche um Unterstützung entgegenzunehmen, zu prüfen und, soweit Mittel vorhanden sind, Unterstützung zu gewähren. Es würden dann die Äußerungen unterbleiben, bei Gewährung von Unterstützung spielten vielfach ganz andere Motive mit als die Notlage. Der neuerrichteten Badeanstalt versagen wir nicht unsere Anerkennung. Wenn jedoch einzelne Beamte meinen, die Arbeiter müßten in Dankbarkeit überfließen, dann beweisen sie eben, wie wenig sie gelernt haben, den Arbeiter als gleichberechtigt anzuerkennen. Der allen Wert schaffende Arbeiter hat aber das Recht, die Früchte seines Fleißes zu genießen, ohne daß er in Dankbarkeit dabei erstirbt. Die Arbeiterorganisationen haben eben ernstere Ziele als manche Bezirksvereine des Werkmeister-Verbandes. „Hauskapellen" und dergleichen Firlefanz gibt es da nicht. Wie die Firma gegen die Vertrauensleute unserer Organisation vorgeht, mag folgendes beweisen: Der in der Firma beschäftigte Kartellvorsitzende erlaubte sich, einen halben Tag von der Arbeit fortzubleiben. Am anderen Tage wurde er entlassen. Ein „Sänger" aber, ein gewisser Sch., der fast jede Woche einen oder zwei Tage „blau" machte, wurde noch lange nicht entlassen. Erst nachdem der „Sänger" eine volle Woche ohne Erlaubnis der Arbeit fernblieb, schritt man zu seiner Entlassung. Hervorgehoben wurde hierbei, daß das ja nicht ginge; was sollten denn die „anderen" davon denken. Zweifelhaft ist aber immer noch, ob der „Sänger" nicht wieder eingestellt wird wegen seiner geradezu harmonischen Übereinstimmung mit der Stimmpfeife. Wir wären der Direktion dankbar, wenn der „Verein" aus der Fabrik verschwindet. Den Organisierten hat man das Einkassieren der Beiträge schon längst verboten, doch haben diese eine Einrichtung zu treffen verstanden, für die die Nasen verschiedener Meister zu kurz sind, besonders die des Herrn Ege. Dieser ist nämlich — oder er hat es vielmehr zu sein — Urkundsperson beim Auszahlen des Verdienstes. Kaum haben aber drei Mann ihr Geld, dann rennt er schon wie besessen in der Werkstatt herum, anstatt gefälligst auf seinem hinteren Körperteil sitzen zu bleiben. Die Einkassierung für den „Verein" geht aber lustig weiter. Dagegen lehnt sich kein Meister auf. Wir möchten es den Meistern aber auch nicht raten. Auch erfolgen sämtliche Bekanntmachungen des Vorstandes des „Vereins" durch Anschlag in der Fabrik. Es wird gewiß angebracht sein, wenn wir darum ersuchen, nicht mit zweierlei Maß zu messen. Den Arbeitern aber rufen wir erneut zu: Organisiert euch, schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an und man wird und muß eure gerechte Ansprüche anerkennen.

Erbach. Zu der Mitteilung in Nr. 8 schreibt uns die Firma Reubold in Michelstadt „... daß zwei Arbeiter nach vorausgegangener vierzehntägiger Kündigung ordnungsgemäß ihre Entlassung erhielten, weil die Betreffenden glaubten, die neuen Akkordsätze, die übrigens bei nur einigermaßen gutem Willen einen täglichen Verdienst bei zehnstündiger Arbeitszeit von 5 Mk. gewährleisteten, nicht annehmen zu können. Der dritte Arbeiter wurde von den vorerwähnten zwei Arbeitern gezwungen, die Arbeit einzustellen. Wir ließen ihn ohne weiteres ziehen, obgleich derselbe sich eines Kontraktbruches schuldig machte, indem er ohne Kündigung die Arbeit niederlegte. Weder von einer Aussperrung der Arbeiter noch von geringem Arbeitsverdienst kann die Rede sein." (Wir kommen auf diese Berichtigung noch zurück. Die Redaktion.)

Essen. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, das Organ der Schleifstein- und Couponarbeiter, versucht unter dem Titel: „Arbeiterschaft und Proletariertum" die Wohlfahrt und das „paradiesische" Leben der Arbeiter der Firma Krupp nach ihrer Anschauung zu zeichnen. Der Schreiber des Artikels, dem jegliches Verständnis über das Leben und Treiben der Arbeiter bei der Firma Krupp fehlt, der aber seine Leistungen wider besseres Wissen gut bezahlt bekommt, leistet sich folgenden Erguß: „25 Millionen Mark, genau 25164596 Mk., betragen die Depositen der Werkangehörigen der Firma Friedr. Krupp, Aktiengesellschaft, nach dem Geschäftsbericht 1904/05 und seit dem Vorjahr sind über zwei Millionen Mark hinzugekommen." „Es erklärt," so bemerkt dazu die deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz, „diese Erscheinung die häufigen Angriffe, die die Sozialdemokratie gegen die Firma richtet. Dort geht es nämlich den Arbeitern gut und sie haben Vertrauen zu ihrer Firma, sind also nicht leicht zu proletarisieren und ihrer 25 Millionen Ersparnisse zu berauben, die man in der Partei so gut brauchen könnte. Die Krupp-Arbeiter sind also im ganzen vermögende Arbeiter und ihre Existenz beweist, daß gegenwärtig der Industriearbeiter es sehr wohl zu Ersparnissen bringen kann, wenn er will und wenn er nicht auf die Einflüsterungen der sozialdemokratischen Agitatoren und Führer hört, die dahin gehen: Besitz ist Diebstahl, Geld ist Besitz, also — gib uns. Aber aus dem Geschäftsbericht der Firma geht noch weiteres hervor. In dem Zentralblatt der deutschen Sozialdemokratie wird von Zeit zu Zeit mit großem Zahlenaufwand versucht, den Arbeitern weiszumachen, daß eigentlich sie alle die Wohlfahrtseinrichtungen selber bezahlten. In dem Bericht steht nur: ‚Wohlfahrtsausgaben 3891099 Mk.', also fast vier Millionen, zu denen die Arbeiter natürlich keinen Pfennig gaben. Und weiter: ‚Außerordentlicher Zuschuß an die Pensions- und Unterstützungskassen eine Million Mark.' An Arbeiterversicherungen wurden von der Firma 2643321 Mk. 1904/05 bezahlt. An diesen Summen kann kein nörgelnder Arbeiter, der, wer weiß, aus welchen Gründen, aus den Betrieben herausgeworfen ist, rütteln, und es bedarf sehr krummer Wege, um der Kruppschen Arbeiterschaft einzuimpfen, daß sie sich eigentlich höchst unglücklich fühlen müßte, sich in schrecklicher Sklaverei befinde, entrechtet dastehe und danach streben müsse, sich von den Banden frei zu machen, im Anschluß an die Sozialdemokratie vor allen Dingen aber ihre 25 Millionen herauszugeben hätte. Wie viele Arbeiter, die höher bezahlt werden als die von Krupp, könnten sich die dortigen Verhältnisse zur Lehre nehmen. Sie würden rasch vorwärts kommen, wenn sie den Agitatoren Ohr, Türe und Portemonnaie verschließen wollten." — Schrum! Den übrigen Erguß schenken wir dem Stribisax. Die Hauptsache ist, daß die Kruppschen Arbeiter — Millionäre sind, denn 25 Millionen Mark haben die Arbeiter auf der Sparkasse bei der Firma liegen. Nehmen wir an, in der Fabrik arbeiten 25000 Arbeiter, so besäße jeder Arbeiter ein Vermögen von 1000 Mk. Freut euch, ihr Kruppschen Arbeiter, schafft euch beizeiten eine Couponschere an, damit ihr in die edle Zunft der Couponarbeiter eintreten könnt. Betrachten wir uns einmal die Sache genauer, so wird es sich herausstellen, daß diese 25 Millionen Mark erstens zu einem sehr großen Teil nicht von Arbeitern, sondern von Beamten der Firma zusammengekratzt sind. Zweitens sind das nicht allein Gelder, die vom Verdienst bei der Firma herrühren, sondern auch Gelder, die durch Erbschaft oder sonstige Glücksfälle erworben sind. Da die Firma 5 Prozent Zinsen bezahlt, aber sicherlich mit 10 Prozent arbeitet, so hat sie bei dieser Art Wohlfahrt den größten Nutzen, wie bei allen ihren Wohlfahrtseinrichtungen. Aus diesen Tatsachen aber den Schluß zu ziehen, die Arbeiter der Firma Krupp seien nicht zu proletarisieren, es ginge ihnen gut, bringt auch nur die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung fertig. Auf Wohlfahrtsausgaben fallen rund 4 Millionen Mark, zu denen die Arbeiter keinen Pfennig gegeben haben, so schreibt unser Stribisax. Da uns die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung nicht aufklärt, zu welchen Wohlfahrten diese 4 Millionen verbraucht sind, müssen wir schon ein wenig nachprüfen. Da finden wir die Kruppschen Arbeiterwohnungen, die ja einen großen Bestand der Wohlfahrtseinrichtungen bilden, und da werden wohl die 4 Millionen untergebracht sein, wozu die Arbeiter „keinen Pfennig bezahlen". Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? **Die Firma kann ihre Gelder gar nicht besser anlegen als im Wohnungsbau.** Den Arbeitern wird an jedem Lohntag die Miete abgezogen; mancher Hauswirt beneidet die Firma um diese Art Wohlfahrt. Doch nicht allein der Zweck ist maßgebend, die Kapitalien zinstragend anzulegen, sondern: die Arbeiter in solchen Kolonien unter der Fuchtel der Unternehmung zu halten. Denn mit dem Ausscheiden aus der Fabrik hört auch das Wohnen in der Werkwohnung auf. Dieses Geld wird also nicht aus Liebe zu den Arbeitern verwendet, sondern um gute Zinsen, wie es jeder Hauswirt macht, zu ziehen und die Arbeiter in einem Hörigkeitsverhältnis zu halten. Dieses bedeutet für die Firma eine Wohlfahrtseinrichtung, niemals aber für die Arbeiter. Eine Million Mark hat die Firma als außerordentlichen Zuschuß an die Pensions- und Unterstützungskassen bezahlt, 2643321 Mk. für die Versicherungen. Frohlockend ruft der Stribisax aus: „An diesen Summen kann kein nörgelnder Arbeiter, der, wer weiß aus welchen Gründen, aus dem Betrieb herausgeworfen ist, rütteln." Wir verstehen, liebe Arbeitgeber-Zeitung, doch das Rütteln wollen wir nicht unterlassen. Wir stellen fest, daß diese Millionen in Wirklichkeit die Firma gar nicht bezahlt, sondern der Konsument. Die Leitung der Firma Krupp wird doch so viel Geschäftssinn besitzen, daß sie bei den Bestellungen im Kostenanschlag diese Gelder mit vorsieht, oder nicht? Wenn die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung die Firma für so dumm ansieht, ist es ihre Sache, wir rütteln nicht allein an diesen sogenannten Wohlfahrten, sondern erklären die Schreiberei der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung als sehr naiv, oder wenn sie will, betrügerisch. Mit einer dieser beiden Eigenschaften mag sie sich abfinden. Da dieses Wohlfahrtsthema einmal angeschnitten ist, so wollen wir versuchen, an der Hand von Tatsachen, nicht für die Couponarbeiter, sondern für die Metallarbeiter den Faden weiter zu spinnen. Nehmen wir in erster Linie die Pensionskasse an. Tausende von Menschen, die bei der Firma im Laufe der Jahre zu- und abgegangen sind, haben Tausende und abermals Tausende von Mark hineinbezahlt, ohne jemals etwas davon wieder zu sehen. Man kann sagen, sie sind um ihre Einzahlung und um die regelmäßig an jedem Lohntag abgezogenen Beiträge zu dieser Wohlfahrtskasse betrogen worden. Jede Kasse, die Anspruch auf Anständigkeit macht, zahlt wenigstens beim Ausscheiden eines Mitglieds einen Teilbetrag aus, doch die Kruppsche Pensionskasse kennt nur einen Grundsatz und der heißt: Seliger ist nehmen denn geben. Noch eine andere Wohlfahrtseigenschaft, für die Firma natürlich, hat die Pensionskasse. Wenn Arbeiter nach langjähriger Tätigkeit siech und schwach werden, aber der Arzt noch etwas Lebenskraft in solch einem Menschen findet, so wird derselbe zum Nachtwächterdienst bestimmt und bekommt nur eine Teilpension. Die Firma hat dadurch eine billige Wachtmannschaft und spart am Lohne. Hier ist es die Pensionskasse, wo die Arbeiter ihre schweren Beiträge zahlen müssen, die der Firma Krupp hilft, am Lohne zu sparen. Für die Kruppschen Arbeiter wäre das die größte Wohlfahrt, wenn die Firma ihre sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen für sich behielte, die Arbeiter aber damit verschonte und ihnen einen ordentlichen Verdienst ermöglichte. Auch wäre es besser, sie gäbe ihren Beamten die Weisung, die Arbeiter anständig zu behandeln. Das wäre Wohlfahrt, alles andere bezeichnen wir als Humbug! Dieses ist die Anschauung eines alten Kruppschen Arbeiters, der die Wohlfahrten am eigenen Leibe gespürt hat und ihnen noch nie einen Geschmack abgewonnen hat. Den Nutzen der ganzen sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen zieht die Firma Krupp, die Arbeiter sind stets die Betrogenen.

Frankenthal. Durch die fortwährenden Akkordabzüge bei der Firma Klein, Schanzlin & Becker und die teueren Wohn- und Lebensmittelpreise am Orte, die mit den Löhnen nicht gleichen Schritt gehalten haben, fühlten sich die Arbeiter genannter Firma veranlaßt, folgende Forderungen der Direktion zu unterbreiten: 1. Wir beantragen, daß die gegenwärtigen sowie die geplanten Abzüge zurückgenommen werden. 2. Wir beantragen, daß die gegenwärtigen Akkordpreise auf mindestens zwei Jahre bestehen bleiben, ausgenommen, wenn technische Verbesserungen eingeführt werden. 3. Bei Streitigkeiten infolge solcher Abzüge ist das zuständige Arbeiterausschußmitglied zur Begutachtung hinzuzuziehen. 4. Festsetzung eines Mindestlohnes wie in den anderen hiesigen Fabriken. 5. Regelung des Lehrlingswesens. Nachdem der Arbeiterausschuß die gestellten Forderungen der Direktion wiederholt unterbreitet hatte, diese aber in den Verhandlungen einen ablehnenden Standpunkt einnahm, wurde in einer stark besuchten Fabrikversammlung beschlossen, das weitere den verschiedenen in Betracht kommenden Gewerkschaften zu überlassen. Hierauf fand eine von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einberufene überaus zahlreich besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der beschlossen wurde, über obengenannte Firma die Sperre zu verhängen. Der Arbeiterausschuß wurde jedoch nochmals beauftragt, den Beschluß dieser Versammlung der Direktion zu unterbreiten und auf dessen Folgen aufmerksam zu machen. Hierauf willigte die Direktion in die zwei Hauptforderungen, wie Festsetzung der Akkordsätze auf ein Jahr und Einführung eines Minimallohnes ein. Die hierauf ebenfalls zahlreich besuchte Fabrikversammlung gab sich mit dem Erreichten vorläufig zufrieden und von der Verhängung der Sperre wurde Abstand genommen. Hieraus ist zu ersehen, daß nur eine gut organisierte Arbeiterschaft in der Lage ist, dem Profit der Fabrikanten ein Stück nach dem anderen abzureißen, deshalb ersuchen wir die noch fernstehenden Kollegen hier am Orte, sich unverzüglich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Göppingen. Die Firma Märklin & Cie. hat sich im Verlauf von zehn Jahren aus den kleinsten Anfängen heraus zu einem der bedeutendsten Geschäfte der Spielwarenbranche emporgearbeitet. Schon seit Jahren sucht die Fabrikleitung in auswärtigen Zeitungen, namentlich im badischen Schwarzwald und in Nürnberg, Feinmechaniker und Flaschner hierher zu ziehen, unter Lohnversprechungen, die keineswegs auf die Dauer eingehalten zu werden pflegen. Löhne von 20 bis 25 Mk. in 120 Stunden gehören nicht zu den Seltenheiten, und sie werden von Arbeitern bezogen, die früher in ähnlichen Geschäften das Doppelte verdienten. Die Folge davon ist, daß in verschiedenen Abteilungen, hauptsächlich in der Feinmechanik und in der Flaschnerei, ein Wechsel des Personals vorherrscht, der seinesgleichen sucht. Statt nun durch vorteilhaftere Einteilung der Arbeit und durch Vermehrung von Maschinen — deren Zahl für einen modernen Betrieb sehr zu wünschen übrig läßt — diesem Zustand zu begegnen, glaubt ein Teil der Meister ihn durch immer größere Antreibung zur Arbeit und durch vermehrte Überstunden beseitigen zu können. Der Lohn, der trotz der vielen Überzeitarbeit herausspringt, genügt kaum zur Bestreitung des Lebensunterhaltes, denn Göppingen ist für die Arbeiter ein ziemlich teures Pflaster. Nicht einmal ein Stundenlohn von 23 Pf. ist den Arbeitern der betreffenden Abteilungen garantiert. Die maßgebenden Personen scheinen anzunehmen, daß die Einbuße von mehreren Arbeitsstunden zwischen Abgabe einer fertigen und dem Beginn einer neuen Arbeit 2c. zur Erhöhung des Lohnes beitragen. Wenn ein Arbeiter zeitweise im Stundenlohn beschäftigt wird, hat er sich aber bei Anfang und Ende seiner Arbeit sofort seinem Meister zu stellen, da darf dann keine Minute verloren gehen! Einigen Meistern, die früher ebenfalls unter dem Joche des Kapitalismus seufzten, möchten wir empfehlen, sich des Spruches zu erinnern: „Denk in Glück und Herrlichkeit, stets auch der vergangnen Zeit." Sie werden sich dann vielleicht einer anderen Behandlung ihrer jetzigen „Untergebenen" befleißigen. — Auf die Firma Bellier, Emaillier- und Stanzwerk hier, trifft das vorstehend Gesagte mindestens ebensogut zu wie auf die erstgenannte Firma. — Auch hier in Göppingen muß festgestellt werden, daß die Arbeiter zum größten Teil selber die Schuld tragen an ihrem so überaus traurigen Lose; statt sich der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung anzuschließen, laufen sie Klimbimvereinen nach, die ihnen viel teurer zu stehen kommen als die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft oder zur Partei, in denen sie aber ihre freie Zeit gedankenlos totschlagen können, ohne von ihren denkenden Kollegen als ernste Mahner belästigt zu werden. Dies trifft besonders auf unsere sogenannten „Herrenarbeiter" zu, deren Zahl eine beträchtliche ist und für die dann die Minderheit die Kastanien aus dem Feuer holen soll, während sie selbst skrupellos an den durch die modernen Gewerkschaften errungenen Vorteilen teilnehmen. Wir möchten nicht schließen, ohne den uns noch fernstehenden Göppinger Arbeitern zuzurufen: Laßt euch nicht beschämen von euren Arbeitsbrüdern in ganz Deutschland; schließt euch eurer Berufsorganisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, und ihr werdet es nicht bereuen! Den Metallarbeitern allerorts aber empfehlen wir, bei Annahme von Arbeit am hiesigen Platze recht vorsichtig zu sein, denn schon viele Kollegen haben schwer enttäuscht unserer Stadt wieder den Rücken gekehrt.

Hamburg. In der Maschinenfabrik und Kesselschmiede von Lange & Gehrkens in Ottensen, Friedensallee Nr. 11, hatten sich die dort beschäftigten Arbeiter schon seit längerer Zeit mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Eine Regelung war auch

von dem Inhaber der Firma zugesagt und deswegen fanden seit längerer Zeit Verhandlungen zwischen diesem und dem in dem Betrieb bestehenden Arbeiterausschuß statt. Zum Abschluß kamen diese Verhandlungen leider nicht; während sie noch schwebten, wurden von dem Inhaber der Firma in auswärtigen Zeitungen Arbeiter gesucht. Den auf diese Weise Angeworbenen wurde hoher Verdienst versprochen. Zugleich mit dieser Suche nach anderen Arbeitskräften wurde älteren, in der Fabrik beschäftigten Arbeitern erklärt, daß **keine Arbeit mehr vorhanden** sei, sie müßten also aussetzen oder andere Arbeiten verrichten, die dann aber nicht teurer werden dürften als wenn sie von Helfern ausgeführt werden. Es bedeutete dieses für diese Arbeiter, die einen Wochenlohn von 30 Mk. hatten, eine Einbuße von 6 Mk. Darauf gingen die Arbeiter nicht ein, sondern versuchten dem Firmeninhaber klarzumachen, daß eine solche Reduzierung des Lohnes unmöglich angängig ist. Eine Verständigung war jedoch nicht möglich und so blieb den in dem Betrieb beschäftigten Schmieden, Kesselschmieden und Maschinenbauern nichts weiter übrig, als einmütig die Arbeit einzustellen. Von den 82 in Betracht kommenden Arbeitern sind 79 organisiert, wovon 38 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören. Es ist nicht das erste Mal, daß Differenzen zwischen dieser Firma und ihren Arbeitern entstanden sind, erst vor zwei Jahren führte ein ähnlicher Anlaß zur Arbeitseinstellung. Die auswärtigen Kollegen mögen sich also hierdurch warnen lassen und nicht auf die in den Zeitungen erlassenen Angebote oder auf die Lockungen von Agenten hereinfallen.

Hannover-Linden. Nach dem vorjährigen Streik bei der Firma **Wohlenberg** machte sich sowohl bei der Firma als auch bei den Arbeitern das Bestreben bemerkbar, durch gegenseitige Verhandlungen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betrieb zu regeln. Auf Grund solcher Verhandlungen wurden Abmachungen in bezug auf Mindestlöhne getroffen, deren Erneuerung jetzt mit bedeutenden Verbesserungen stattgefunden hat. Jedenfalls kann solch **einsichtsvolles Verhalten** der Firma allen denen zur Nachahmung empfohlen werden, die da glauben, daß durch derartige Verhandlungen die Autorität der Arbeitgeber in die Brüche gehe und deshalb bei jeder Gelegenheit den Standpunkt des Herrn im Hause hervorkehren. Die für die rund hundert Arbeiter in der Schlosserei geltenden Bestimmungen haben folgenden Wortlaut: „Um die Schlosser, auch wenn sie in Lohn arbeiten, wenigstens annähernd im Verdienst den Drehern 2c. gleichzustellen, sollen in Zukunft folgende Normen bei der Lohnfestsetzung beobachtet werden, da ich mich überzeugt habe, daß der Lohnsatz der einzelnen Leute ohne Grund zu verschieden ist. Es sollen diese Normen selbstredend nur für tüchtige Schlosser gelten. Solche, die den gestellten Anforderungen nicht entsprechen, würden die betreffenden Lohnsätze nicht erhalten und eventuell entlassen werden müssen. Ausgelernte Schlosser, die 18 Jahre alt sind, erhalten pro Stunde 29 Pf., nach drei Monaten 30 Pf. pro Stunde. Schlosser, die 21 Jahre alt sind, erhalten nicht unter 34 Pf.; Schlosser, die 25 Jahre alt sind, erhalten nicht unter 39 Pf.; Schlosser, die 30 Jahre alt sind, erhalten nicht unter 44 Pf. Ältere Schlosser, eventuell auch jüngere, die besonders tüchtig sind und tadellos selbständig arbeiten können, erhalten bis 50 Pf. Mit den oben angegebenen Normalsätzen werden neue Schlosser eingestellt; sollten sie den Anforderungen nicht entsprechen, so werden sie wieder entlassen. Hilfsarbeiter erhalten 30 Pf. und je nach der Art der Arbeit und der Zeit ihrer Beschäftigung im Werke bis 35 Pf. Lohn. Eingestellt werden neue Hilfsarbeiter mit 30 Pf. Die Sätze beginnen mit der am 22. Februar beginnenden Lohnwoche."

Heidelberg. Dem Jahresbericht ist nachstehendes zu entnehmen: Eine sehr erfreuliche Tatsache ist es, daß der Mitgliederbestand von 150 zu Ende des Jahres 1904 auf zirka 350 gestiegen ist. Um dieses günstige Resultat zu erzielen, war eine kräftige Agitationsarbeit notwendig. Es hätte aber noch bedeutend besser sein können, wenn jeder Kollege seine Pflicht bezüglich Agitation getan hätte. Eine Spenglerbewegung im Sommer nahm einen befriedigenden Verlauf. Es wurde auf gütlichem Wege am 5. August ein Tarif mit der Innung abgeschlossen. Damit sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt. Mehrere Bauschlosserversammlungen hatten leider nicht das gewünschte Resultat. Es ist kaum glaublich, mit was für Schundlöhnen die Bauschlosser heimgeschickt werden. Auch wurden in der Fuchsschen Waggonfabrik zwei Versammlungen abgehalten. Es ist dort gelungen, festen Fuß zu fassen; ist doch der größte Prozentsatz der dortigen Metallarbeiter unter die Fahne des Verbandes geeilt. Leider konnte zur Abwehr einer Lohnreduzierung keine durchgreifende Bewegung vorgenommen werden, da eine sehr große Anzahl der dort Beschäftigten noch nicht eingesehen hatte, daß zu einer guten Bewegung auch Schulung, Disziplin und Opfer notwendig sind. Erst säen, dann ernten, heißt das Sprichwort. In verschiedenen Fabriken als Hamm, Maquet, [illegible], fanden Versammlungen statt, zum Teile mit Erfolg. Wie schon gesagt, die Früchte der Arbeit blieben nicht aus, wurden doch im Jahre 1905 an Mitgliedern 317 gewonnen. Es fanden 26 Mitgliederversammlungen sowie 14 Sitzungen der Ortsverwaltung statt. In den Mitgliederversammlungen wurde durch Vorträge u. s. w. dem Wissen der Mitglieder Rechnung getragen, leider muß gesagt werden, daß in bezug auf Versammlungsbesuch traurige Zustände herrschen und viele Kollegen meinen, mit Bezahlung ihrer Beiträge genügend für den Verband geleistet zu haben. Dies muß besser werden, Kollegen! Ohne Zweifel ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Es könnte weit günstiger sein, wenn jeder seine Pflicht erfüllt hätte. Deshalb mehr agitiert im einzelnen, die Versammlungen besucht, und das Jahr 1906 wird eine glänzende Vorwärtsbewegung zu verzeichnen haben. Darum vorwärts zum Siege unserer gerechten Sache!

Heidelberg. In der Nagelfabrik von **Helmreich & Co.** in Wieblingen herrschen noch traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Sie können auch nicht anders sein, da die dort beschäftigten Arbeiter noch zu sehr im Banne der Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit liegen. Dies zeigten auch die in letzter Zeit vom Deutschen Metallarbeiter-Verband anberaumten zwei Versammlungen. Die erste war sehr mäßig besucht, in der vom 19. Februar waren von zirka 190 Beschäftigten 60 bis 70 anwesend. Mit vollem Rechte betonte der Referent der letzten Versammlung, daß nur durch den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband die trostlosen Verhältnisse gebessert werden können. War es bis dato doch der Fall, daß auch kaum ein einziger den Wert einer starken Organisation erkannte. Von den 190 Beschäftigten hat weitaus der größte Teil einen Stundenlohn von 19 (sage und schreibe **neunzehn**) Pfennig, eine Minderheit 19 bis 22 und den Höchstlohn hat der Werkführer mit 37 Pf. Bei den dort beschäftigten weiblichen Personen ist selbstverständlich der Lohn noch geringer. Stundenlöhne von 7, 8 und 9 Pf. sind gang und gäbe. Dabei werden sie obendrein noch als Lastträger benutzt, indem sie Kisten u. s. w. im Gewicht von 1 bis 2 Zentner schleppen müssen. Einigermaßen geregelt sind die Lohnverhältnisse der Nietenschmiede durch ein allerdings niedriges Minimum, das ihnen ermöglicht, einen Stundenlohn von 22 bis 32 Pf. zu verdienen. Für Überstunden wird nicht mehr bezahlt, dabei kommt es vor, daß bei gutem Geschäftsgang fast jeden Tag solche gemacht werden. Während doch schon in allen Fabrikbetrieben von Heidelberg und Umgegend die Arbeitszeit 9½ und 10 Stunden beträgt, ist sie in diesem Musterbetrieb noch auf 11 Stunden festgesetzt. Auch soll die Behandlung durch die Vorgesetzten noch viel zu wünschen übrig lassen. Hygienische Einrichtungen fehlen fast ebenfalls gänzlich, deshalb sollte die **Fabrikinspektion** diesen Betrieb einmal näher in Augenschein nehmen. In den letzten Tagen haben eine Anzahl der dort Beschäftigten erkannt, daß ihre Verhältnisse nur durch gemeinsamen Zusammenschluß innerhalb des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gebessert werden können. Der Anfang ist gemacht, nun aber vorwärts, Arbeiter der Nagelfabrik, damit der gestreute Samen auch gute Früchte trägt, denn nur durch die Macht einer Gewerkschaftsbewegung können die schlechten Verhältnisse gebessert werden. Deshalb hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Solingen. Die Gründung eines **Industriearbeiterverbandes** für die Solinger Arbeiterschaft als „Konkurrenzorganisation" gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, wie sie von den führenden Geistern des Messerschleifervereins betrieben wurde, ist als gescheitert zu betrachten. Damit sind die Unternehmer wieder um eine Hoffnung ärmer geworden. Der mit Hilfe der Unternehmer zustande gekommene Entwurf des Statuts hat den einzelnen Fachvereinen an einem Tage zur Begutachtung vorgelegen. Der 12. Februar, wo der Beschluß fiel, wird deshalb wohl vielen Solinger Arbeitern im Gedächtnis haften bleiben. Nur zwei Vereine brachten es fertig, eine Majorität für Annahme zustande zu bringen. Und selbst da noch begegnen wir einem Teile, der sich nicht mit der Neugründung befreunden konnte. Aber nicht nur das. Es hat sich langsam, aber sicher ein Stamm von Lokalisten gebildet, die den gegenwärtigen Kampf der Schlägereiarbeiter mit anderen Augen ansehen als die Arbeiterführer, die mit einer „Streikbrecherorganisation" gemeinsame Sache machen. Diese Situation führte zu einer Versammlung, wo die Gegensätze zum Austrag kamen. Der von uns schon öfter genannte Federmesserreider **Schallbruch** referierte über das Thema: „Welche Wirkung üben die gegenwärtigen Streitigkeiten auf die Gesamtarbeiterschaft aus und wie ist es zu verhindern, daß die Arbeiterschaft in ihrem weiteren Fortkommen Schaden leidet?" und ferner: „Wie denkt die Arbeiterschaft über die Gründung des Industriearbeiterverbandes?" Schallbruch führte aus: Um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, müsse er vorausschicken, daß er nicht, wie vielfach angenommen würde, die Triebfeder zur Einberufung der Versammlung gewesen sei, sondern daß er dem heutigen Rufe lediglich deshalb gefolgt sei, weil es an der Zeit wäre, daß die Streitigkeiten nun einmal beseitigt würden. Die früheren **politischen** Zerwürfnisse hätten zur Folge gehabt, daß ein Gegner der Arbeiterschaft ins Parlament gewählt wurde. Ein ganzes Jahrzehnt haben sich diese Streitigkeiten hingezogen und ihm wären schon Andeutungen gemacht worden, als wenn auch in diesem Falle das Schauspiel der Uneinigkeit und des Bruderzwistes in erneuter Auflage geboten werden sollte zum Gaudium der Gegner. Nach dem Friedensschluß sei das Zentralkomitee der Solinger Gewerkschaften (Gewerkschaftskartell) gegründet worden, das auch mit Erfolg gearbeitet hätte. Die Erfolge der lokalen Vereine und der Zentralorganisationen betrachte er gesondert und so müsse denn festgestellt werden, daß die Erfolge der Zentralorganisationen bedeutender seien als die der lokalen Vereine. Das komme davon, daß die lokalen Vereine nicht mehr modern, sondern in jeder Art und Weise reformbedürftig seien. Der Hammesfahrsche Streik (von lokalistischer Seite allein geführt), sei schon verloren gewesen, noch ehe er begonnen wurde. Wohl gebe er zu, daß mit Hilfe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf kurze Zeit die Differenzen mit der Firma hätten beigelegt werden können, **jedoch wäre die Forderung der Messerschleifer auf die Dauer nicht durchzuführen.** Daß man gegen die Metallarbeiter, gegen die Schläger, die „Aler" als Streikbrecher ausgespielt und daß darüber noch organisierte Arbeiter Freude empfunden, sogar diese Einrichtung noch befürwortet hätten, sei bedauerlich genug. Früher wäre es immer üblich gewesen, daß man die Kämpfenden nicht allein stehen gelassen habe, daß man sie unterstützt habe, hier jedoch habe man es daran mangeln lassen. Die Arbeiter würden alle den Schaden davon zu tragen haben, die Unternehmer den Nutzen daraus ziehen. Das wäre eine Rückständigkeit, wie sie noch nie dagewesen sei in unserem Kreise. Bedauerlich sei es ferner, daß Arbeiter mit Unternehmern Rücksprache nehmen und diese bei solchen Gelegenheiten immer den Kollegen Sendler als Ursache der Streitigkeiten unter den Arbeitern hinstellen. Solches geschehe nur, um die Arbeiter zu entzweien. Man solle dessen eingedenk sein, daß die Fabrikanten die Gegner seien und nicht die Metallarbeiter. Man hat es auch nicht unterlassen, die Friedenskommission, die die Gegensätze ausmerzen sollte, herunter zu würdigen. Man sollte bald glauben, **es gäbe Elemente, die von den Unternehmern bezahlt würden, um Zwietracht unter die Arbeiterschaft zu säen.** Redner betont, daß er stets agitatorisch für die Metallarbeiter eingetreten sei, dadurch aber auch die Interessen der Lokalorganisation gewahrt habe, denn vorteilhaft sei es für diese, wenn die Fabrikarbeiter organisiert seien. Die Bekämpfung habe keinen Zweck, ein engerer Zusammenschluß müsse erstrebt werden. Der Übertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband sei jetzt nicht zu empfehlen, der Anschluß müsse vielmehr später im ganzen erfolgen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband bekämpfe die Auswüchse der Heimarbeit, aber nicht diese selbst und das mit vollem Rechte. Ein Tor ist der, der behauptet, die Selbständigkeit sei durch die Metallarbeiter bedroht. Wir sind selbst die Bekämpfer der Selbständigkeit. Teilweise sei die Heimarbeit billiger als die Arbeit in der Fabrik. In dem Moment, wo die selbständigen Arbeiter für die Verbesserung ihrer Lage eintreten, bekämpfe man sich schon selbst, weil infolgedessen die Unternehmer mehr und mehr zur Fabrikarbeit übergehen. Vielen Kollegen passe die alte Form der Organisation nicht mehr, man wolle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. Damit ist dem Verband nicht gedient. Man solle danach trachten, Reformen in den Lokalorganisationen herbeizuführen und dann später dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. Das Statut des Industriearbeiterverbandes hätte er anders erwartet und zwar auf zentraler Grundlage, ähnlich wie beim Deutschen Metallarbeiter-Verband. Es solle eine Organisation aller „selbständigen Arbeiter" als Ziel ausersehen sein, sämtliche Vereine zu einem Verband verschmolzen werden, mit einer Leitung, einer Kasse, einer Geschäftsführung, nicht so, daß jeder einzelne Beruf für sich dastehe. In dieser Beziehung weise das Statut anstatt einer Verbesserung eine Verschlechterung auf. Durch die Einteilung in selbständige Berufsgruppen sei auch die Einholung der Beiträge erschwert. Die Arbeiter würden nicht näher zusammengeführt. Jetzt, wo der Schleiferberuf eine Rückentwicklung zur Heimarbeit durchmacht, sei es doppelt notwendig, alles unter einen Hut zu bringen. Wir können ganz gut neben dem Deutschen Metallarbeiter-Verband existieren. Wenn die Lokalorganisationen so weiter wursteln, dann wird es dahin kommen, daß ein Teil der Lokalorganisierten vom Deutschen Metallarbeiter-Verband als Unternehmer bekämpft würden. Geschlossen gegen die Unternehmer hätten die Solinger Arbeiter zu marschieren, die Fabrikarbeiter als Brüder zu betrachten, und sich nicht von denen betören zu lassen, die keinen anderen Ruf kennen wollen als „Tod dem Deutschen Metallarbeiter-Verband". — Diese Ausführungen eines alten erfahrenen Führers der Lokalorganisierten zeigen wohl mit aller Deutlichkeit, wie die Dinge im Kreise Solingen liegen. Die Quittung für das Referat bemühte sich sofort die bürgerliche Presse auszustellen, die in Solingen zu allem fähig ist, wenn es gegen die Arbeiter geht. Ein Wutanfall begleitet jeden Satz der Berichterstattung von jener Seite. Man weiß, daß mit diesem Referat die Position der Metallarbeiter in ihrem augenblicklichen Kampfe erneut gestärkt worden ist, daß damit das Signal gegeben ist, den Metallarbeitern in ihrem Kampfe beizustehen. — Wie gegen diese von „lokalistischer Seite" einberufene Versammlung gearbeitet worden ist, mag folgendes Inserat der „führenden Geister der Messerschleifer" beleuchten. Es lautet in wunderschönem Deutsch:

Messerschleifer-Verein.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, von der am nächsten Dienstag im Kaisersaal einberufenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung fernzubleiben, da die Einberufung weder im Auftrag der Gewerkschaften, noch der am Freitag stattgefundenen Industriekommission geschehen ist.

Der Vorstand.

In ähnlicher Weise ging der Gabelschleiferverein vor, respektive dessen Vorsitzender, ohne die Mitglieder auch nur gehört zu haben. — Trotzdem war die Versammlung stark besucht. Sie stellte sich im allgemeinen auf den Standpunkt, dem Zerwürfnis in Solingen ein Ende dadurch zu bereiten, daß in weiteren Versammlungen im ganzen Kreise Aufklärung geschaffen werden soll. Erwähnt mag noch werden, daß auch der Geschäftsführer des Federvereins, Genosse **Bosamé**, sowie der Reider **Doodt** und sogar ein Messerschleifer die rückständigen Ansichten verurteilten, die gegenwärtig ein gemeinsames Arbeiten in Solingen unmöglich machen. An der Versammlung und an der Debatte nahmen auch der Geschäftsführer **Sendler** und der Bezirksleiter **Spiegel** vom Deutschen Metallarbeiter-Verband teil. Dabei zeigte sich, daß trotz der Meinungsunterschiede ein Einverständnis erzielt werden kann. Die Erstgenannten waren es, die den Anschauungen Schallbruchs insoweit entgegentraten, als sie erklärten, daß das Ziel des Kollegen Schallbruch wohl ganz schön sei, daß aber angesichts der Zustände in den Lokalgewerkschaften an diese Vereinigung zum Zwecke der Überführung in den Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht zu denken sei, weil man auf gewisser Seite ja schon ausgesprochen habe, man wolle dann lieber die Lokalvereine in Vergnügungsvereine umwandeln. Dann sei es aber auch zwecklos, weil diese Einrichtung, die man wünsche, ja schon vorhanden sei, besser als sie in einem lokalen Industriearbeiterverband geschaffen werden könne. Hinzufügen müssen wir noch, daß man im Industriearbeiterverband (als dessen Grundlage **die streikbrechenden Messerschläger** von den Messerschleiferführern ausersehen worden sind), auch dann die Zeit gekommen glaubt, Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu finden. Wo solche Zustände vorhanden sind, wird es wahrscheinlich die Kollegen in Deutschland nicht mehr wundern, wenn zu all dem tollen Zeug, das bisher schon von Solingen gemeldet wurde, noch tollere Sachen geliefert werden. Den Spruch: „Durch Schaden anderer wird der Weise klug, ein Narr kaum durch seinen eigenen", wird man erst begreifen, wenn — es zu spät sein wird.

Schmiede.

Düsseldorf. Eine gut besuchte öffentliche Schmiedeversammlung fand am Sonntag den 18. Februar statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schmiede und Zuschläger Düsseldorfs nach den statistischen Erhebungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Welche Maßnahmen ergreifen wir, um sie zu verbessern?" In einem einstündigen Referat beleuchtete Kollege **Rudolf Wallbrecht** (Bezirksleiter) die von der Sektion der Schmiede gemachten Erhebungen. Er zeigte den Anwesenden, daß in unserem Beruf hier am Orte vollständige Regellosigkeit herrscht. Besonders im Kleinbetrieb, bei den Huf- und Wagenschmieden, herrschen Zustände, die an das Mittelalter erinnern. Diese Kollegen sind zum größten Teil beim Meister in Kost und Logis. Löhne von 8 bis 9 Mk., höchstens 11 Mk. sind die Regel bei einer Arbeitszeit von meistenteils 11 bis 12 Stunden. Dabei stehen diese Kollegen in der Blütezeit ihres Lebens. Die Statistik weist ein Durchschnittsalter von 23 Jahren nach. Schuld an diesen Verhältnissen ist die mangelhafte Organisation. Hier müsse der Hebel angesetzt werden, um diesen Kollegen aus dem Sumpfe herauszuhelfen. Nunmehr ging der Referent zu den Kollegen über, die in Baugeschäften tätig sind, und zeigte, daß dort die elfstündige Arbeitszeit herrsche, die Löhne viel zu wünschen übrig lassen und viel Überstunden gemacht werden müssen (in einer Werkstatt bis zu zehn Stunden wöchentlich). Redner kam nun zu den Spezialarbeitern, den Fittingschmieden. Diese haben noch die besten Löhne. Wenn nun für den Uneingeweihten die Löhne bestechend scheinen, so muß dabei gesagt werden, daß diese Kollegen im Akkord arbeiten und sich alle im besten Mannesalter befinden. Alte Leute findet man dort nicht. In 10 bis 15 Jahren ist die Arbeitskraft dieser Kollegen verbraucht, was selbst von den Unternehmern bestätigt wird. Die Arbeitszeit in diesen Werken beträgt zehn Stunden. Dann ging der Referent zu den anderen Fabriken über und zeigte an der Hand von reichhaltigem Material, daß auch dort Mißstände über Mißstände zu finden und auch die Lohnverhältnisse, besonders bei den Zuschlägern, vollständig ungenügend sind. In zwei Werken (**Conix- und Oberbilker Stahlwerk**) herrscht sogar noch die elfstündige Arbeitszeit. Wenn derartige Zustände jetzt zur Zeit guter Geschäftskonjunktur vorhanden sind, wie soll es erst dann zur Zeit des Niederganges werden? Warten wir die Wirkungen des Zolltarifs ab, dann werden wir sehen, wie uns alle Lebensmittel verteuert werden, genau so wie die Miete im letzten Jahrzehnt unerhört gestiegen ist. Die Kollegen hätten alle Ursache, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Dieser sei in der Lage, durch seine starke Mitgliederzahl die Interessen der organisierten Metallarbeiter — und dazu gehören auch die Schmiede — zu vertreten. Der reiche Beifall am Schlusse des Referats bewies, daß es Kollege Wallbrecht treffend verstanden hatte, die unwürdigen Verhältnisse zu schildern, unter denen wir gezwungen sind zu arbeiten. Die nachfolgende Diskussion war eine rege. Es wurden die Ausführungen des Referenten bestätigt und noch ergänzt. Auch ein Gewerkvereinler glaubte die Kollegen ermahnen zu müssen, daß die Kollegen sich einig sein und eine geschlossene Macht bilden müßten, genau wie es die Unternehmer machen. Es meldeten sich darauf 16 Kollegen zum Beitritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Zum Schlusse gab der Referent seine Freude kund, so viel Schmiede versammelt zu sehen. Er hätte am Orte schon verschiedenen Schmiedeversammlungen beigewohnt, aber niemals sei ein derartiger Besuch zu verzeichnen gewesen. Dies sei ein Zeichen, daß auch die Schmiede jetzt erkannt hätten, wohin sie gehörten, nämlich in die Organisation. — Kollegen, diese Versammlung hat gezeigt, daß auch bei den Schmieden und Zuschlägern der Organisationsgedanke immer mehr Fuß faßt. Zirka 200 Kollegen haben sich hier dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen. Sache dieser Kollegen muß es sein, jetzt noch mehr als bisher für unsere Sache zu wirken, immer mehr Kollegen dem Verband zuzuführen. Besonders müssen sie auch die Branchenversammlungen besuchen. Diese finden statt jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, im Restaurant Piel, Breitestraße 15. Wenn jeder Kollege seiner Pflicht dem Verband gegenüber nachkommt, werden wir bald in die Lage kommen, diese unwürdigen Zustände abzuschaffen. Bemerken möchten wir noch, daß die Statistik, die wir in diesem Bericht nicht ausführlich wiedergegeben haben, in nächster Zeit an dieser Stelle veröffentlicht werden wird.

Stuttgart. Unangenehm war der Schmiedezeitung offenbar der Artikel in Nr. 6 unseres Organs. Beinnahe anderthalb Spalten des Blattes füllt die Antwort verbunden mit der vom Kollegen **Ritter** aus. Die Redaktion glaubt mit Witzen und Verdrehungen über die Vorgänge während der Stuttgarter Lohnbewegung hinwegzukommen, während Kollege Ritter es für unter seiner Würde hält, auf angebliche Verleumdungen und Verdächtigungen einzugehen. Ich glaube gern, daß die angeführten Tatsachen gegen Kollege Ritter nicht zu widerlegen sind, da durch Zeugen, zu denen auch Kollege Braun zählt, alles genau bewiesen werden kann. Bestätigt wird in der Schmiedezeitung nun, daß der **Zentralverband der Schmiede die Ursache war**, daß die zwischen beiden Organisationen getroffenen Vereinbarungen hintergangen wurden. Die Mitglieder des Schmiede-Verbandes erkannten, daß in den Händen der Metallarbeiter die Bewegung am besten aufgehoben war. Der Zentralvorstand der Schmiede verlangte aber: unsere Leute müssen die Bewegung leiten. Kollege Ritter hat seine Unfähigkeit bewiesen und Braun war noch nie aktiv an einer Bewegung beteiligt. Etwas Größenwahn muß bei der Redaktion vermutet werden, weil sie Braun zum unbeschränkten Herrscher der Schmiede in Stuttgart erklärt. Wenn ich hoch annehme, bei 80 Mitgliedern des Schmiedeverbandes gegenüber 226 Schmieden des Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart kann von Alleinherrscher noch lange keine Rede sein. Was die gegen mich von Ritter angeführten Anklagen betrifft, bemerke zur ersten: Es ist **unverantwortlich**, mit Sätzen, die **aus dem Zusammenhang** gerissen worden sind, jemand unlauterer Agitation zu beschuldigen. Zur zweiten: Wer behauptet, ich hätte gesagt: „Dem Schmiede-Verband müssen wir das Wasser abgraben", der lügt. Zum dritten kann ich nur wiederholen, wie in Nr. 6, **dieser Ausspruch ist in der Versammlung nicht gefallen.** Ich betrachte den Raum unseres Blattes für zu kostbar, weitere Ausführungen in der Sache zu machen. Ich ersuche nun die Kollegen des Schmiede-Verbandes, besonders Kollegen Ritter, wenn sie glauben, es sei ihnen Unrecht geschehen, oder das von mir Angeführte sei nicht richtig, Gelegenheit zu nehmen, in einer Versammlung oder einer Sitzung die Sache zu erledigen. Dem Kollegen Ritter will ich noch bemerken, daß **nicht ich, sondern er** sich wie die Katze um den heißen Brei herumdrückt. Wenn er ferner die Konstatierung von Tatsachen als eine gemeine Anrempelung betrachtet, sogar als Verdächtigung und Verleumdung bezeichnet, ist er noch weit davon entfernt, als Gauleiter einer freien Gewerkschaft angesehen oder ernstgenommen zu werden.

Otto Hosenthien.

Rundschau.

Reichstag.

(27. Februar bis 3. März). Einige Tage Ferien, die der Reichstag machte, weil im Berliner Königsschloß höfische Feste gefeiert wurden, holte man durch eine doppelt angeregte, ja stellenweis erregte Diskussion wieder nach. Der Schwerinstag dieser Woche (Mittwoch) galt den Kriegsinvaliden, denen der Reichstag, trotz allen Klagen der Regierung, schon seit Jahren die Bezüge aufbessern möchte. Auch diesmal waren wieder alle Parteien des Hauses darin einig, daß es eine Schande für das Reich sei, sich bei den Kriegskrüppeln auf den fatalistischen Standpunkt zu stellen: „Laß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind.“ Allem Jammern des Finanzbureaukraten von Stengel über die „unerträgliche“ Belastung des Reichssäckels durch die Invalidenfürsorge halten wir die eine Tatsache entgegen, daß das deutsche Volk jährlich zirka vierzig Millionen für die diversen „Landesväter“ aufzubringen hat. Da wird doch auch noch das Geld für die Versorgung der Männer aufzubringen sein, die mit ihren Knochen die Throne und Thrönchen stützen helfen mußten!

Den Rest der Woche füllte die Erörterung über die Klassenjustiz in Deutschland aus. Wir Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung erkennen klar ihre Wurzeln und ihr Wachsen. Aber darum müssen wir sie doch nicht minder energisch bekämpfen. Wiederholt wiesen wir schon darauf hin, daß gerade auf dem Gebiet des Gewerkschaftsrechtes die Klassenjustiz in Erscheinung tritt. Das hob namentlich der Abgeordnete Heine in mehrfachen glänzenden Reden kräftig hervor.

Das vorzügliche agitatorische Material dieser Justizdebatten sollte man in den Arbeiterorganisationen an der Hand der sehr billig zu beschaffenden stenographischen Berichte einmal gründlich durcharbeiten.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer im Lithographie- und Steindruckgewerbe Deutschlands sind gescheitert.

Zwischen den streikenden Schauerleuten in Hamburg und den Unternehmern wurde am 26. Februar eine völlige Einigung erzielt. Der Taglohn wird von 4,50 Mk. auf 4,80 Mk. und für Nacht- und Feiertagsarbeit von 5,70 auf 6,20 Mk. erhöht; der neue Tarif tritt am 11. März in Kraft.

Der Ausstand bei der Leipziger Baumwollspinnerei ist beendet. Die Direktion gewährte vom 1. April ab zehneinhalbstündige Arbeitszeit und wird die Frage weiterer Verkürzung nach der reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitstags prüfen. Eine Lohnerhöhung wurde abgelehnt.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen erläßt einen Aufruf zu gunsten der am 12. Februar in Sonthofen (Oberallgäu, Bayern) ausgesperrten siebzig Salzer und Lagerarbeiter der vereinigten Käsegroßhändler, weil die Arbeiter den Unternehmern einen Tarifentwurf unterbreitet hatten, der folgende Wünsche enthielt: 1. Festsetzung der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden. 2. Zahlung eines Lohnes an Vollarbeiter für Weichkäse 21 Mk. pro Woche, für Rundkäse 22 Mk.; an Obersalzer für Weichkäse 25 Mk., für Rundkäse 26 Mk.; an Aushilfsarbeiter für Rundkäse 3,80 Mk. pro Tag, für Weichkäse 4 Mk. 3. Für jugendliche Arbeiter von dreizehn bis zwanzig Jahren 14 bis 20 Mk. pro Woche. 4. Für Über- respektive Sonntagsarbeit 40 bis 60 Pf. pro Stunde. Als Vollarbeiter gelten die über zwanzig Jahre alten Arbeiter, die mindestens zwei Jahre in derartigen Betrieben tätig und mit allen vorkommenden Kellerarbeiten vertraut sind. Verhandlungen über den Entwurf wurden von den Unternehmern brüsk zurückgewiesen. Statt einer Antwort erklärten sie: „Ihr zieht euren Tarifentwurf zurück. Wer am Montag den 12. Februar noch im Verband ist, wird ohne Kündigung entlassen.“ Diese Drohung wurde wahr gemacht. Unter den Ausgesperrten befinden sich solche, die fünfzehn bis zwanzig Jahre in diesen Betrieben tätig waren. Ausgesperrt haben folgende Firmen: Gustav Scherr, Gebrüder Herz in Immenstadt; Ottomar Herz jun., Ottomar Herz sen., Ottomar Herz III, Speiser & Hang, Suiter & Hartmann und Notz in Sonthofen. Solidarisch mit diesen Firmen erklärten sich die gesamten Unternehmer im Allgäu und in Schwaben. Es versteht sich von selbst, daß es Pflicht der Arbeiter ist, dieser Solidarität der Unternehmer die der Arbeiter gegenüberzustellen und solange die Fabrikate der genannten Firmen zu meiden, bis die Differenzen geregelt sind.

In Hamburg haben die Maler und Lackierer einen Tarif abgeschlossen, der folgende Hauptbestimmungen enthält: Die Arbeitszeit dauert neun Stunden täglich. Im Winter soll die Arbeitszeit längstens dauern in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. November 8 Stunden, in der Zeit vom 16. November bis 31. Januar 6½ Stunden, in der Zeit vom 1. Februar bis ultimo Februar 8 Stunden. Der Lohn beträgt ab 1. April 1906 65 Pf. pro Stunde. Überstunden werden mit 10 Pf., Nacht-, Sonn- und Feiertagsstunden mit 50 Prozent, Überstunden an Sonn- und Feiertagen mit 100 Prozent Aufschlag auf den vereinbarten Lohne berechnet. Mit einem geringeren als dem vorstehenden Lohn darf kein Gehilfe und auch kein mit Maler- und Anstreicherarbeiten fast ausschließlich beschäftigter Arbeiter entlohnt werden. Der Tarif tritt am 1. April 1906 in Kraft und gilt bis 31. Dezember 1908.

In Wilhelmshaven streiken etwa 1000 Arbeiter der Firma Holzmann in Frankfurt, die unter Benutzung von Taucherglocken eine Hafeneinfahrt baut.

In Mülhausen (Elsaß) sind 150 Arbeiter der Baumwollspinnerei von Frey & Co. am 22. Februar in den Streik getreten. Die Firma sperrte darauf die übrigen 550 Arbeiter und Arbeiterinnen aus.

Bei der Firma J. D. Gruschwitz & Söhne in Glogau (Schlesien) sind 800 Spinner und Spinnerinnen in den Ausstand getreten. Sie verlangen höhere Stundenlöhne, eine geregelte Arbeitszeit und Wiedereinstellung der Arbeiter, die wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband gemaßregelt worden sind.

In den Streik traten gegen 400 Walzwerkarbeiter der Marthahütte in Kattowitz, weil ihnen am letzten Lohntag für Bruch Abzüge bis zu 14 Mk. gemacht worden sind.

In zwei Mainzer Schuhfabriken sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten, in fünf weiteren Fabriken reichten sämtliche Arbeiter die Kündigung ein.

Unter den Schaffnern und Fahrern der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft bestand seit einiger Zeit eine Gärung wegen der Maßregelung von acht Angestellten. Diese Maßnahme wird als Bruch des von der Direktion gegebenen Versprechens angesehen, das Koalitionsrecht nicht anzutasten. Eine am 26. Februar abgehaltene Protestversammlung beschloß, vorläufig von einem Streik abzusehen. Wegen der Maßregelung soll der Transportarbeiter-Verband beim Aufsichtsrat vorstellig werden.

Einen achtundvierzigstündigen Demonstrationsstreik haben die Berliner Droschkenkutscher und Kraftdroschkenfahrer während der Feier der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars durchgeführt. Veranlaßt wurde dieses Vorgehen durch die vielen Polizeiverordnungen, die sich für die in Frage kommenden Arbeiter teilweise als Hindernisse bei ihrer Arbeit erwiesen haben und ferner das von der Berliner Polizei gehandhabte rigorose Strafsystem. Der Beschluß wurde nahezu vollständig durchgeführt.

Ein Opfer des Klassenkampfes.

Kollege Fenske, der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Hannover-Linden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, hat am 28. Februar auf fünf Monate das Gefängnis beziehen müssen. Die Strafe wurde ihm bekanntlich am 11. November von der Berufungskammer des Landgerichtes Hannover zuerkannt wegen angeblicher Beleidigung eines Rechtsanwaltes und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, welcher Straftaten er sich anläßlich des vorjährigen 15wöchigen Streiks in der Waggonfabrik am Fischerhof schuldig gemacht haben soll. Das Schöffengericht als erste Instanz hatte auf Freisprechung erkannt. Wir wünschen dem wackeren Kollegen, daß er den Aufenthalt hinter Kerkermauern verhältnismäßig gut überstehe, ohne an seiner Gesundheit nennenswerten Schaden zu erleiden.

Das Eintreten für die Interessen der Arbeiterschaft erfordert nun einmal in unserer Klassenherrschaft Opfer, und Kollege Fenske wird nicht der letzte sein, der für dieses Eintreten hinter schwedischen Gardinen der „deutschen Freiheit“ entzogen wird. Mögen die Arbeiter diese fortgesetzten Opfer damit lohnen, indem sie sich anschließen und fester zusammenschließen in den Reihen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Das wäre auch dem Genossen Fenske eine Entschädigung für seine fünfmonatige Haft!

Gewerbegerichtliches.

Kann ein festgesetzter Lohn ohne Zustimmung des Arbeiters geändert werden? Über diese Frage hatte das Gewerbegericht Magdeburg am 12. Februar 1906 in der Klagesache des Arbeiters Fischer gegen die Buckauer Maschinenfabrik zu entscheiden. Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde. Fischer, der Kläger, ist vom Oberingenieur der Maschinenfabrik Buckau für einen Stundenlohn von 35 Pf. in Arbeit genommen, hat auch bei der ersten Zahlung den Lohnsatz ausbezahlt erhalten, für die übrige Zeit bis zu seiner Entlassung sind ihm aber für 165 Stunden nur 32 Pf. Lohn pro Stunde bezahlt worden. Er beansprucht nun, daß ihm die 3 Pf. nachbezahlt werden. Außer diesen 4,95 Mk. verlangt Kläger 4,20 Mk. Entschädigung dafür, daß ihm seine Entlassung nicht nach Beendigung der Schicht, sondern erst bei Beginn der nächsten Schicht mitgeteilt ist. Die Papiere hat Kläger durch eigenes Verschulden erst am nächsten Tage erhalten. Der Vertreter der Beklagten, Grassow, will sich auf einen Vergleich nicht einlassen, da er der Ansicht ist, daß die Mitteilung des Meisters an den Kläger, er bekomme nur 32 Pf. Stundenlohn, maßgebend sein müsse, ganz gleich, ob Kläger damit einverstanden war oder nicht. Auch habe Kläger nicht als Zuschläger, sondern als Hilfsarbeiter Beschäftigung gehabt. Das Gewerbegericht erkennt für Recht, daß dem Kläger der versprochene Lohn auszuzahlen ist, auch dann, wenn derselbe nicht zu der Arbeit verwendet wurde, zu der er angenommen war. Bezüglich der weiteren Klage um 4,20 Mk. Entschädigung wird Kläger abgewiesen; die Kosten werden beiden Parteien zu gleichen Teilen auferlegt. Das Gewerbegericht nahm bei der Entschädigungsklage den unerklärlichen Standpunkt ein, daß Arbeiter, die keine Kündigung haben, jederzeit ohne Entschädigung entlassen werden können. In analogen Fällen waren die Entscheidungen anders und wurden damit begründet, daß Arbeiter ohne Kündigung nur am Schlusse des Arbeitstags, nicht aber zu Beginn entlassen werden können, andernfalls der Arbeitgeber einen Taglohn als Entschädigung zu zahlen habe; ausgenommen davon waren Fälle, in denen durch grobes Verschulden des Arbeiters die sofortige Entlassung geboten war oder gar kein festes Arbeitsverhältnis bestand.

Ist Singen während der Arbeit ein Entlassungsgrund? Mit dieser Frage beschäftigte sich kürzlich das Gewerbegericht Leipzig. Ein Bäckergeselle war von seinem Meister ohne Kündigung entlassen worden, weil er trotz dessen wiederholter Ermahnung während der Arbeit gesungen hatte. Der Entlassene klagte daraufhin beim Gewerbegericht gegen den Meister auf Lohn-, Kost- und Wohnungsentschädigung. Der Meister wies darauf hin, daß die Hausleute und die Nachbarschaft sich über den lauten Gesang beschwert haben und daß Singen bei ernsthafter Arbeit überhaupt unstatthaft sei. Der Kläger war gegenteiliger Ansicht und erklärte, daß Gesang die Arbeit fördere, ebenso wie die Regimentsmusik den Soldaten mehr Kraft und Ausdauer zum Marsche gebe. Der Richter wies die Klage des Gehilfen mit folgender Begründung ab: Wiederholtes Singen während der Arbeit trotz mehrmaliger Verbote des Meisters ist eine beharrliche Vernachlässigung der dem Gehilfen nach dem Arbeitsvertrag obliegenden Pflicht, die Verbote des Meisters, die in den bestehenden Verhältnissen begründet sind, zu befolgen. Der Kläger durfte daher, da er sich wiederholt gegen das Singverbot vergangen hat, sofort entlassen werden und kann deshalb keine Lohnentschädigungsansprüche für die Kündigungsfrist beanspruchen.

Aus Unternehmerverbänden.

Uriasbriefe (neue Serie). Von dem ausgiebigen Gebrauch, den das Unternehmertum von der Verrufserklärung macht, zumal kein Gericht sie daran hindert, kann man sich einen Begriff bilden, wenn man sieht, wie viele davon so in der Luft umherfliegen, so daß sie sich schließlich auf unseren Redaktionstisch verirren. Da haben wir wieder ein paar eingefangen.

Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

J.-Nr. 75. Berlin, den 13. Februar 1906.

Rundschreiben Nr. 11 pro 1906.

Bei der Firma
Julius Meyer & Co. in Norden
hat ein Teil der Former, Schlosser, Schleifer und Vernickler, Tagelöhner und Emaillierer gekündigt, um am Sonnabend den 17. Februar 1906 in einen unberechtigten Ausstand zu treten.

Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller bitten wir, die von der genannten Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

J.-Nr. 92. Berlin, den 16. Februar 1906.

Rundschreiben Nr. 14 pro 1906.

Bei der Firma
Leerer Eisengießerei „Gnom“ Johann Friedr. Meese
in Leer (Ostfriesland)
hat ein Teil der Former, Schlosser und Arbeiter gekündigt, um am Montag den 19. Februar 1906 in einen unberechtigten Ausstand zu treten.

Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller bitten wir, die von der genannten Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

J.-Nr. 101. Berlin, den 21. Februar 1906.

Rundschreiben Nr. 17 pro 1906.

Bei der Firma
A. Schreiber in Leer (Ostfriesland)
ist infolge des bei der Firma Julius Meyer & Co. in Norden ausgebrochenen Streiks (laut Rundschreiben Nr. 11 vom 13. Februar 1907) ein Teil der Former, Schlosser, Putzer und Tagelöhner ausgesperrt werden.

Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller ersuchen wir, diese von der genannten Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

* * *

Im Anschluß daran bringen wir noch zwei solcher lieblichen Schriftstücke, die der Bergischen Arbeiterstimme auf den Redaktionstisch geflogen sind:

J.-Nr. 93. Berlin, den 16. Februar 1906.

Rundschreiben Nr. 12 pro 1906.

Der Streik bei der Firma
W. Fredenhagen in Offenbach a. M.
ist beendet.

Auf Antrag unseres Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller heben wir die mit Rundschreiben Nr. 4 vom 19. Januar 1906 verhängte Sperre hiermit auf.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

J.-Nr. 93. Berlin, den 16. Februar 1906.

Rundschreiben Nr. 13 pro 1906.

Bei der Firma
Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft
„Vulkan“ in Bredow-Stettin
sind die Verstemmer in einen unberechtigten Ausstand getreten.

Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller bitten wir, die von der genannten Firma kommenden Arbeiter mit Entlassungsschein nach dem 15. Februar 1906 bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

* * *

Ein gefallener Engel. Die Deutsche Bergwerks-Zeitung, das Organ des Bergbaulichen Vereins, teilt mit, daß der Vorstand dieses Vereins beschlossen habe, seinen bisherigen Geschäftsführer, Bergmeister Engel, vom Amte zu suspendieren. Die Entlassung wird auf schwerwiegende Differenzen im Vorstand des Bergbaulichen Vereins zurückgeführt, die im engsten Zusammenhang mit dem vorjährigen Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier stehen. Man macht nämlich für die unverhohlene Mißstimmung der gesamten öffentlichen Meinung gegen das Grubenkapital während und nach diesem Streik die Art und Weise, wie Bergmeister Engel die Interessen der Bergwerksbesitzer vertreten habe, verantwortlich. Darob ist es zu Auseinandersetzungen zwischen Engel und dem Vorsitzenden des Vereins, Krabler, gekommen, in deren Folge letzterer zurücktrat. Bei der Neugestaltung des Anstellungsvertrags sollten nun die weitgehenden Befugnisse des Herrn Engel eingeschränkt werden, eine Zumutung, die dieser als unvereinbar mit der Würde seiner Stellung ablehnte. Die Antwort erhielt er durch seine Entlassung. Man darf wohl annehmen, daß Engels Stellung bereits durch den Ausgang des Essener Prozesses, in dem seine Wahrheitsliebe ins rechte Licht gerückt war, erschüttert worden ist. Trotzdem ist die Rücksichtslosigkeit, mit der das Grubenkapital gegen den Vertreter seiner Interessen vorging, charakteristisch genug. Die Stinnes, Thyssen hätten ihre Sache kaum besser geführt und ihr sicher keine größeren Sympathien zugewendet. Sie jagen aber den bezahlten Sekretär, der doch sonst völlig nach ihrem Herzen war, zum Teufel, weil er das Publikum nicht von der Arbeiterfreundlichkeit der Grubenbesitzer zu überzeugen verstand. Das vermögen aber selbst Engelszungen nicht mehr. —

Die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Stahlindustrieller hat am 25. Februar einstimmig beschlossen: „Die Nordwestliche Gruppe hat die vom Reichstag empfohlene Erhebung betreffend die Verhältnisse der Arbeiter in der deutschen Großeisenindustrie in keiner Weise zu scheuen. Eine solche Erhebung würde zweifellos klarstellen, daß die von seiten der Sozialdemokraten behaupteten Mißstände in der niederrheinisch-westfälischen Großindustrie nicht existieren und dazu beitragen, die offenbar von jener Seite gewollte Irreführung der öffentlichen Meinung zu verhindern, die gelegentlich des niederrheinisch-westfälischen Bergarbeiterausstandes zum Schaden der deutschen Industrie in so großem Umfang gelungen ist. Die niederrheinisch-westfälische Großeisenindustrie sieht der genannten Erhebung im Hinblick auf die hier herrschenden geordneten Arbeiterverhältnisse mit voller Ruhe entgegen.“ — Es bedurfte nicht erst dieser Probe, um festzustellen, daß die Herren starkes Talent haben, große Worte machen zu können. Jedenfalls wird ihnen genügend auf die Finger gesehen werden, damit die Erhebungen nicht in der Weise geschehen können wie die bei dem Bergarbeiterstreik. —

Das Zentralblatt der Hütten- und Walzwerke meldet lakonisch: „Verein deutscher Eisengießereien. Die linksrheinische Gruppe des Vereins macht durch Rundschreiben bekannt, daß die Preise sämtlicher Handelsgußwaren mit dem 10. Februar um 1 Mk. für 100 Kilogramm erhöht worden sind. Für Artikel, die nach Stückpreisen berechnet werden, tritt ein entsprechender Aufschlag in Kraft.“ — Wenn die Unternehmer etwas für sich herausschinden wollen, wissen sie die Sache mit der größten Gemütlichkeit zu deichseln. Wenn aber die Arbeiter den Wunsch haben, ein wenig an dem Extraprofit teilzunehmen, — ja, Bauer, das ist ganz 'was anderes!

Der Direktor der Kaiserlichen Werft zu Kiel und die Arbeitswilligen.

Bei der Speditionsfirma Ihms & Graf in Kiel streiken seit einigen Wochen die Kohlenarbeiter. Da die Firma vielfach Kohlentransporte für die Kaiserliche Werft auszuführen hat, die durch den Streik natürlich ins Stocken kamen, wurden dort die Kohlenvorräte knapp. Darauf wurden Arbeiter der Werft kurzerhand zum Kohlentransport kommandiert. Ein Handlanger, der sich nicht zum Streikbrecher degradieren lassen wollte, wurde wegen Arbeitsverweigerung entlassen. Weiter ist angeordnet worden, daß Arbeiter, die zu diesem Streikbruch kommandiert werden und sich krank melden, von einem Stabsarzt untersucht werden sollen. Auf dem Kohlenhof Holtenau sind schon Marinemannschaften zum Kohlentransport für die Firma verwendet worden. Eine Intervention der Lohnkommission wurde vom Oberwerftdirektor Admiral v. Usedom schroff zurückgewiesen. Telegraphische Beschwerde beim Reichsmarineamt blieb erfolglos. In Kiel und Umgebung findet sich kein Streikbrecher, weshalb die Firma Arbeitswillige aus Schlesien, Österreich-Ungarn ꝛc. kommen läßt und auf den kaiserlichen Kohlenhöfen einquartiert. Damit keiner entweicht, patrouillieren Militärposten mit scharf geladenem Gewehr (wörtlich zu nehmen!). In der Waldenburger Gegend (Schlesien) haben Streikbrecheragenten Arbeitswillige unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zum Kontraktbruch verleitet und aus fester Arbeit herausgelockt. Das Interessanteste bei der ganzen Sache ist, daß es Ausländern — und wären sie auch noch so anständige und harmlose Leute — streng verboten ist, das Terrain der Kaiserlichen Werft zu betreten. Wenn sie aber Arbeitswillige sind, scheint Herr v. Usedom eine Ausnahme machen zu dürfen. Wirklich sehr interessant! Es erscheint dringend notwendig, bei der Beratung des Marineetats im Reichstag dem Herrn einmal ein Licht aufzustecken.

Wie in Preußen Eisenbahnangestellte behandelt werden,

zeigt drastisch folgender Vorfall: In Erfurt hielten die Arbeiterausschüsse es für unbedingt notwendig, daß den Arbeitern eine kleine Lohnaufbesserung zuteil werde. Sie wendeten sich deswegen direkt an den Minister, was in Preußen bekanntlich als sehr schweres Verbrechen gilt. Sie empfingen auch bald eine „Belehrung“. Am 2. Februar ließ der Vorsteher der Eisenbahnbetriebswerkstätten die Arbeiterausschüsse (11 Mann) zu sich befehlen. In hochoffiziellem Autoritätsstil las er ihnen das Verbot vor, das gegen eine geplante Versammlung der Arbeiterausschüsse in Elberfeld von hoher Stelle erlassen worden war. Nach Verlesung des Ukases empfahl der Vorsteher, daß alle Mann ein Schriftstück unterschreiben, worin sie bestätigen, dieses Verbot gehört und verstanden zu haben. Ein Arbeiter erbat sich hierauf die Erlaubnis, eine Stelle aus der Rede seines „höchsten Vorgesetzten“, des Ministers v. Budde, vorlesen zu dürfen, die dieser im preußischen Landtag im März 1905 gehalten hatte. Der Arbeiter las nun aus der Rede, deren Wortlaut er sich im Notizbuch sorgfältig aufgehoben hatte, folgendes: v. Budde: „Geschieht einem Arbeiter Unrecht, so kann er sich bei den höchsten Stellen und bei mir beschweren.“ Und weiter: v. Budde: „Ich muß verlangen, daß die Männer, die als Eisenbahnarbeiter bei uns arbeiten, brave und ehrliche Männer sind, die frei heraussagen, was sie wollen; dazu sind die Arbeiterausschüsse da.“ — Abgeordneter Goldschmidt: „Dann werden sie bestraft.“ — v. Budde: „Nein, Herr Goldschmidt, dann werden die Arbeiter nicht bestraft.“ — Nach diesen unerwarteten Feststellungen folgte zunächst ein peinliches Schweigen, das der Betriebschef mit folgenden famosen „Erläuterungen“ brach: „Ach was! In einer Rede sagt man wohl manches und sonst etwas, was einem nachher gereut, oder was man sich nicht gleich überlegt hat.“ — Die Audienz war beendet, die Arbeiterausschüsse belehrt. So wird den Arbeitern die „Kompottschüssel“ gefüllt. Übrigens ein feiner Beamter, der so an seines höchsten Vorgesetzten Worten zu drehen und zu deuteln wagt.

Vom Ausland.

Schweiz.

Die Aussperrung im Walzwerk Boillat in Reconvillier. Vor etwa drei Wochen traten die Arbeiter des Walzwerkes Boillat in eine Lohnbewegung ein. Sie verlangten eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und eine Lohnerhöhung von insgesamt — mit eingerechnet die Verkürzung der Arbeitszeit — 19 Prozent. Die Schmelzer, die öfters 13 bis 14 Stunden täglich sehr angestrengt arbeiten müssen, verzichteten aus technischen Gründen auf Verkürzung der Arbeitszeit, verlangten aber dafür einen Taglohn von 6 Fr. Der Unternehmer erklärte, mit den Arbeitern keinen Streit haben zu wollen; er bewilligte die Forderungen, kündigte aber zugleich allen Arbeitern auf den 21. Februar. Dem mehrfachen Millionär Boillat kam es also nicht darauf an, die 70 bis 80 Fr. pro Tag mehr an Löhnen auszuzahlen; er erklärte den Arbeitern während der Kündigungszeit, daß er alle ihre Forderungen bewillige, wenn sie nur aus dem Verband austreten. Er wollte ihnen sogar Mittel zur Verfügung stellen, damit sie eine Lokalorganisation gründen könnten. Auch bot er ihnen Geld an zur Gründung einer Krankenkasse. In diesem Sinne ließ er die Arbeiter beeinflussen, agitierte sogar selbst für die „gute" Sache und bewirkte, daß die Arbeiter in einer Versammlung mit 30 gegen 24 Stimmen bei 30 Stimmenthaltungen tatsächlich beschlossen, eine solche „Organisation" nach dem Geschmack des Herrn Boillat zu gründen und aus dem Metallarbeiter-Verband auszutreten. Auf Intervention der Vertreter des Verbandes machten die Arbeiter diesen Beschluß rückgängig. Als nun Herr Boillat seinen famosen Plan scheitern sah, entschloß er sich zur Aussperrung. An dieser sind 125 Mann, meist Verheiratete, beteiligt.

Schwarze Listen beginnen auch in der freien Schweiz sich einzubürgern. In der Gießerei **Merz** in **Basel** hatte kürzlich ein Arbeiter kurz vor Ausbruch eines Streiks in diesem Betrieb ein Krankenhaus aufsuchen müssen. Nach seiner Wiederherstellung kehrte er natürlich nicht zur Firma Merz, wo die Kollegen streikten, zurück, sondern er suchte und fand in einer anderen Fabrik Arbeit. Aber nur für wenige Tage. Man ließ ihn auf das Bureau kommen, fragte ihn, ob er nicht vorher bei Merz gearbeitet habe und bedeutete ihm, als er die Frage bejaht hatte, daß seines Bleibens hier nicht länger sein könne. Der Arbeiter mußte also sein Bündel schnüren und gehen. Da der Metallarbeiter-Verband dem Arbeiter die Klage ermöglicht, wird die Probe auf das Exempel gemacht werden, ob die Baseler Gerichte diesen Arbeitswilligen schützen werden.

Ungarn.

Eine glänzende Entwicklung hat die ungarische Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren durchgemacht. Nach schweren Kämpfen gegen die Willkür der Behörden war es endlich vor zwei Jahren gelungen, die Genehmigung von Landesverbänden durchzusetzen. Von da an begann ein riesenhafter Aufschwung. Am 1. Januar 1903 betrug die gesamte Mitgliederzahl erst 15270; am 1. Januar 1904 war ihre Zahl auf 41138 und am 1. Januar 1905 auf 53169 gestiegen, um Ende des verflossenen Jahres annähernd die Zahl von 80000 zu erreichen. Dieser Aufschwung steigerte in entsprechendem Maße die Leistungsfähigkeit, die im Kassenwesen zum Ausdruck kommt. Im Jahre 1904 betrugen die Einnahmen der Organisationen im ganzen 846820 Kronen, die Ausgaben beliefen sich auf 706520 Kronen. Die stärkste Organisation ist die der Bauarbeiter; sie zählte im Jahre 1905 188 Ortsgruppen und fünf Fachsektionen mit 22000 Mitgliedern. Ihr zunächst stehen die Metallarbeiter mit etwa 18000 und die Holzarbeiter mit zirka 10000 Mitgliedern.

Italien.

Die Flucht vor der Aufklärung. Die italienischen Textilfabrikanten verlegen mehr und mehr ihre Betriebe aus Oberitalien, wo eine tüchtige, aufgeklärte Arbeiterschaft existiert, nach dem Süden, wo eine zurückgebliebene Bevölkerung willigere und billigere Ausbeutungsobjekte liefert.

England.

Welchen Wert man in England der wöchentlichen Lohnzahlung beilegt, geht aus folgendem hervor: Der soeben erschienene 28. Vierteljahresbericht der General Federation of Trade Unions enthält das Protokoll einer Konferenz zwischen Delegierten der Nordwestlichen Maschinenbauunternehmergesellschaft, der Clyde-Schiffbauergesellschaft (auch Unternehmer), ferner der Allgemeinen Föderation der Gewerkschaften und der Föderation der Maschinenbau- und Schiffbaugewerbe (Arbeiterorganisationen), die am 6. Dezember 1905 in Glasgow tagte. Die Verhandlungen darüber, ob den Arbeitern in Zukunft der Lohn wie bisher alle vierzehn Tage oder wöchentlich auszuzahlen ist, wurden in sehr höflichen, aber auch sehr bestimmten Ausdrücken geführt. Die Unternehmer weigerten sich, eine Änderung eintreten zu lassen, so daß die Verhandlungen abgebrochen wurden. Darauf hielten die an der Sache interessierten Gewerkschaften am 22. Dezember in Glasgow eine zweite Konferenz ab, wo beschlossen wurde, eine **Urabstimmung** unter den in Frage kommenden Arbeitern darüber vorzunehmen, ob sie gewillt sind, **in den Streik zu treten, um die wöchentliche Lohnzahlung zu erzwingen.**

Literarisches.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, herausgegeben von Dr. Albert Südekum. Der in diesen Tagen ausgegebenen Nr. 9 der Kommunalen Praxis ist das Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1905 der Zeitschrift beigefügt. Ein Blick in die acht eng bedruckten Seiten dieses Registers lehrt, welche ungeheure Masse von kommunalpolitischem Stoff im Laufe eines Jahres von der Wochenschrift zusammengetragen und für den Gebrauch unserer Gemeindevertreter durchgearbeitet wird. Ein genaues Ortsverzeichnis, das jeden im Texte erwähnten Ortsnamen aufführt, erleichtert den agitatorischen Wert der Kommunalen Praxis erheblich, weil es die Handhabe zu einem Überblick über die kommunalpolitische Tätigkeit der einzelnen Gemeinden bietet. Auch die vorliegende Nummer ist wieder sehr reichhaltig; wir machen besonders auf den gehaltvollen Leitartikel Lindemanns über Quarcks neue Schulbroschüre aufmerksam. Probenummern kann man kostenlos vom Verlag der Kommunalen Praxis, Berlin W 15, beziehen.

Von der **Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift,** Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert), ist soeben das 9. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glossen: Der Reichstag gegen das allgemeine Wahlrecht. — Die Einigung des Liberalismus. — Die Berliner Handelskammer und die Heimarbeit. — Dienstmädchen, organisiert euch! — Moralpfaffen. — Silbermyrten. — Undankbare Freitischler. — Adolf Braun: Die neue Ära. — August Müller: Sprechende Zahlen. — Karl Leuthner: Die Zertrümmerung des ungarischen Parlaments. — Edward R. Pease: Der Sozialismus im britischen Parlament. — Mascha Siémon: Kunstgewerbe fürs Volk. — Georg Zepler: Segen der Arbeit.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29 Hamburg).

Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1906.

Einnahmen:

Von: Asseln 100. Albenrade 200. Alfeld 198,05. Altbuseck 20. Alten-Essen 100. Altenhunden-Kickenbach 60. Alte-Neustadt-Magdeburg 100. Altwasser 50. Annen 250. Annweiler 100. Apolda 50. Arnstadt 50. Aschaffenburg 200. Aschersleben 100. Baden-Baden 200. Baumschulenweg 100. Bayenthal 100. Bergeborbeck 100. Bergedorf 150. Berlin II 1200. Berlin V 500. Berlin VI 600. Berlin VII 400. Berlin X 300. Bettenhausen 50. Betzingen 100. Bieber 400. Bielefeld 450. Böblingen 50. Böhle 100. Borsigwalde 89,37. Brackwede 200. Brake a. d. W. 70. Brandenburg a. d. H. 350. Bremen 100. Bruchsal 100. Buckau 500. Büdelsdorf 250. Bunzlau 50. Burbach-Malstatt 100. Cannstatt 300. Cöln-Süd 300. Cöpenick 200. Conweiler 30. Coswig 250. Dahl 50. Dahlhausen 70. Darmstadt 150. Diemitz 100. Dietrichsdorf 500. Dingelstädt 25. Dinslaken 300. Döhren 150. Dormagen 50. Dresden-Neustadt 200. Dresden-Löbtau 400. Dresden-Plauen 150. Dresden-Striesen 280. Dresden-Trachau 350. Dresden-Übigau 300. Duisburg 300. Düren 100. Dürrwitz 89,50. Düsseldorf 250. Edenkoben 120. Eibelstadt 130. Eilpe 300. Eisenach 175. Eislingen 50. Elberfeld 150. Ellerbeck 280. Elsterwerda 100. Eningen 100. Entheim 100. Eppenhausen 100. Erlangen 180. Eßlingen 100. Ettlingen 50. Fautenbach 100. Feuerbach 100. Frankenberg 50. Frankenthal 400. Frankfurt a. d. O. 70. Freising 100. Freudenberg 70. Friedrichsberg 200. Friedrichsort 200. Friedrichstadt-Magdeburg 100. Frohnhausen 150. Fröndenberg 50. Fulda 180. Furtwangen 70. Gaarden 500. Gaggenau 500. Gassen-Sommerfeld 50. Geestemünde 100. Gelsenkirchen 150. Gera 80. Ginnheim 100. Glösa 120. Gmünd Schwäb. 150. Godesberg 50. Göppingen 100. Göttingen 50. Grimma 40. Groitzsch 98,05. Groß-Königsdorf 120. Groß-Ottersleben 85. Grünwettersbach 200. Grünwinkel 100. Güstrow 50. Gummersbach 100. Hagen i. W. 800. Hall Schwäb. 30. Halle a. d. S. 400. Hamburg-Billwärder 50. Hamm i. W. 200. Hammer i. Pom. 89,81. Harburg 200. Hattingen 100. Heidelberg 100. Heidelsheim 100. Heidingsfeld 100. Hemer 125. Hersfeld 100. Heßheim 150. Hilden 200. Hildesheim 100. Hörde 200. Hof 25. Holzen 70. Horchheim 95. Humboldt-Kolonie 150. Immendingen 140. Immigrath 125. Iserlohn 250. Itter 100. Itzehoe 100. Kaiserslautern 300. Katzwang 120. Kempten 100. Kiel 300. Kitzingen 50. Königsberg 400. Körtingsdorf 300. Konstanz 200. Kray 147. Lahr i. B. 70. Landshut 80. Langendreer 200. Leipzig-Eutritzsch 300. Leisnig 80. Leutkirch 50. Liegnitz 200. Limmer 75. Linden 400. Lippstadt 50. Lollar 140. Mainaschaff 35. Mainbernheim 100. Mainz 350. Mannheim-Lindenhof 200. Mannheim-Neckar-Vorstadt 400. Markranstädt 50. Meerane 60. Meggen 80. Meiderich I 100. Memel 37,33. Memmingen 100. Merseburg 50. Mettmann 37,46. Mörsch a. F. 50. Mühlhausen i. Thür. 550. Mülheim a. Rh. 100. München-Gladbach 100. Münster i. W. 60. Neinstedt 150. Neuenrade 300. Neu-Isenburg 150. Neustadt an der Haardt 37,25. Neuwied 75. Niefern 120. Niehl 100. Nürnberg 1800. Obertshausen 200. Oberau 50. Öhringen 75. Olde 50. Ostersheim 100. Ohle 90. Oldenburg 100. Oschersleben 30. Osterholz-Scharmbeck 70. Owen 100. Pegnitz 100. Pforzheim 297,22. Plagwitz 500. Plauen i. Vogtl. 80. Plettenberg 300. Poll 100. Prenzlau 60. Rabenau 150. Radeberg 300. Randersacker 100. Rastatt 300. Ratingen 100. Rauxel 80. Ravensburg 200. Reinickendorf-Ost 100. Reppen 27,32. Riesa 50. Roßwein 90. Roth a. S. 150. Rothenburg a. T. 200. Rott 100. Roxheim 30. Rückersdorf 100. Rüppurr 100. Saarbrücken 300. Saargemünd 80. Schmandbruch 150. Schöllbronn 7,66. Schönebeck 200. Schoneberg 300. Schorndorf 50. Schramberg 300. Schweidnitz 30. Schweinfurt 400. Schwerin 50. Schwerte 400. Siegburg 200. Siegen II 150. Sohlen 40. Sonnborn 100,50. Spandau 1000. Speldorf 50. Speyer 100. Stettin 100. Stetzsch 100. Straßdorf 45. Striegau 118. Stupferich 100. Tempelhof 150. Thurn 40. Tirschenreuth 100. Triberg 50. Troisdorf 150. Unterboihingen 20. Vegesack 60. Villingen 170. Vingst 150. Vörde 140. Wald 100. Waldbüttelbrunn 150. Warnstedt 50. Warstein 100. Wehringhausen 400. Weiden i. B. 150. Weiden b. C. 50. Weilbach 100. Weimar 150. Weingarten b. K. 100. Weißenburg 50. Westerhausen 90. Wetter 300. Wildau 150. Wolfenbüttel 80. Worms 60. Wössingen 50. Würzburg 300. Zeitz 150. Zeulenroda 100. Zirndorf 400. Zweibrücken 92. Beiträge von Einzelmitgliedern 1273,50. Von Berufsgenossenschaften 762,17. Zinsen 10823,90. Von der Frauen-Sterbekasse für Verwaltung 800. Für Miete, Beleuchtung und Heizung 100. Sonstige Einnahmen 298,26. Summa 59064,35 Mk.

Ausgaben:

Nach: Adlershof 75. Bamberg 200. Bayreuth 80. Beeck 200. Bischofsheim 100. Bockenheim 300. Brieg 100. Bruckhausen 150. Brühl 50. Busendorf 200. Döbeln 60. Edigheim 100. Fechenheim 100. Friedrichsfeld 220. Fürth 300. Godorf 30. Gotha 100. Grevenbroich 200. Hamburg i. Stadt 100. Harleshausen 100. Hestert-Haspe 100. Kirchditmold 50. Kirchheim u. T. 100. Kostheim 50. Landsberg a. d. W. 100. Leipzig-Süd 100. Lindenthal 50. Lörrach 50. Loschwitz 100. Meschenich 30. Mümling-Grumbach 40. Neckarelz 50. Neheim 175. Neumünster 50. Obertürkheim 50. Reutlingen 100. Rheydt 200. Rodenkirchen 100. Ruhrort 250. Solingen 60. Spöck 200. Torgelow 100. Untergrombach 100. Unterliederbach 50. Urberach 160. Veitshöchheim 50. Viernheim 100. Vohwinkel 200. Waldprechtsweier 40. Welper 60. Wersten 50. Wilhelmstadt-Magdeburg 200. Worringen 40. Würzburg 200. Krankengeld I. Klasse 878,85. Krankengeld II. Klasse 355,25. Krankengeld III. Klasse 139,75. Beerdigungsgeld I. Klasse 120. Verwaltungskosten: a) persönliche 1978,70; b) sächliche 578,30. Sonstige Ausgaben 199,80. Summa 10370,65 Mk.

Bilanz:

Einnahmen	59064,35	Mk.
Ausgaben	10370,65	„
Überschuß	48693,70	Mk.
Bestand am 1. Januar 1906 .	1712420,01	„
Bestand am 31. Januar 1906 .	1761113,71	Mk.

Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, bei Geldsendungen an die Hauptkasse nur von der Hauptkasse bezogene Postanweisungen zu benutzen und auf den Coupon derselben immer anzugeben, ob der Betrag für die Krankenkasse oder für die Frauen-Sterbekasse bestimmt ist. Wenn für beide Kassen, dann auch wieviel für jede derselben.

C. Butenuth, Hauptkassierer.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 10. März:
Altenburg. Tivoli, halb 9 Uhr.
Baden-Baden. [illegible], 9.
Emmendingen. Fuchs, halb 9 Uhr.
Hall. Schwäb. Germania, 8 Uhr.
Heidenheim. Krone, 8 Uhr.
Metzingen. Brühl, halb 9 Uhr.
Neumarkt (Oberpf.). Gr. Baum, ½9.
Offenburg. Zum Schützen, 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], ½9.
Schönebeck a. E. Reichshalle, halb 9.

Sonntag, 11. März:
Berlin (Elektromonteure). [illegible] 30, vorm. 10 Uhr.
Essen (Klempner). Thomas, vorm. 11.
Essen-Altendorf. [illegible], abds. 6.
Essen-Werden. [illegible], n. 5.
Hameln. Gewerkschaftshaus, n. ¼4.
Hannover-W. [illegible], 10.
Hannov.-W. [illegible], 10.
Lechhausen. Zur Kirche.
Ratingen. Kaiser, abends 6 Uhr.
Stendal. Wendt.
Tangerhütte. Zimmer u. Werner.
Triberg. Zu Rob, nachm. 2 Uhr.
[illegible]. [illegible], nachm. 4 Uhr.

Montag, 12. März:
Hanau (Schlosser rc.). Saalbau, 8.
[illegible]. [illegible], 6.
Offenbach a. M. Gewerkschaftsh., ½9.
Stendal. Wendt.
Tangerhütte. Zimmer u. Werner.

Mittwoch, 14. März:
Köln a. Rh. (Klempner). Volkshaus, 9.
Lübeck. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
Stettin I. Brüggemann, halb 9 Uhr.
Wismar. [illegible], 8 Uhr.

Donnerstag, 15. März:
[illegible], halb 9.
[illegible], ½9.

Freitag, 16. März:
[illegible], ½9.
Essen-Altenessen. [illegible], 8 Uhr.
[illegible], 9.
Flensburg. [illegible], halb 9 Uhr.

Samstag, 17. März:
Aachen. Neue Welt, ½9 Uhr.
Aschaffenburg. Bayr. Hof, halb 9.
Aschersleben. Müller, halb 9 Uhr.
Augsburg. Drei König, 8 Uhr.
Bamberg. Blaue Glocke, 8 Uhr.
Bayreuth. [illegible], Kreuz 13, 8 Uhr.
Biberach a. d. R. Schützen, halb 9.
Bonn a. Rh. [illegible], 9 Uhr.
Bremen ([illegible]) Hansahalle, 9.
Bruchsal. Einhorn, halb 9 Uhr.
Bunzlau. Drei Kronen, halb 9 Uhr.
Colmar i. E. Goldener Adler, halb 9.
Darmstadt. Crämers Bierhalle, ½9.
Delmenhorst. [illegible], halb 9 Uhr.
Dessau. Burgkeller, Amalienstr., ½9.
Dortmund. Steinmann, halb 9 Uhr.
Driesen. [illegible], 8 Uhr.
Emden. Bellevue, halb 9 Uhr.
Erfurt. Tivoli, halb 9 Uhr.
Euskirchen. [illegible], 9 Uhr.
Finsterwalde. [illegible], halb 9 Uhr.
Frankenberg. Tunnel, 9 Uhr.
Freiburg i. B. Stadt Belfort, halb 9.
Furtwangen. [illegible], 8 Uhr.
Geislingen a. St. Hirsch, 8 Uhr.
Gevelsberg-Milspe. [illegible], halb 9.
Gera. [illegible], halb 9 Uhr.
Guben. [illegible], halb 9 Uhr.
Güstrow. [illegible], halb 9 Uhr.
Hanau. [illegible], halb 9 Uhr.
Heidelberg. Goldener [illegible], halb 9.
Kaiserslautern. Zur Burg, halb 9.
Karlsruhe. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], 9 Uhr.
Kirchheim u. Teck. Schützen, 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], 9.
[illegible]. [illegible], 9.
Köln a. Rh.-[illegible]. [illegible], 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], ½9.
[illegible]. [illegible], halb 9.
[illegible]. [illegible], halb 9.
[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
Minden. [illegible], 8 Uhr.
[illegible] i. Th. [illegible], ½9.
[illegible] a. d. H. [illegible], halb 9.
[illegible] i. E. [illegible], ½9.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
Straßburg i. E. [illegible], halb 9.
Zeitz. [illegible], 8, halb 9.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.

Sonntag, 18. März:
[illegible], vorm. halb 10.
[illegible], n. 11.
[illegible]. [illegible], vorm. halb 11.
[illegible] i. E. [illegible], nachm. ½3.
[illegible]. [illegible], vorm. 10.
Köln a. Rh.-[illegible]. [illegible], n. 5.
[illegible]. [illegible], halb 10.
[illegible] 10.
Mülhausen i. E. Sonne, vorm. 9.
[illegible] 11.
Mülh. a. R.-Styrum. [illegible], n. ½3.
Rathenow (Klempner) [illegible], vorm. 10.
Stettin. Grabower Schützenhaus, n. 2.
Suhl. [illegible], nachm. 3.
Witten. Lange, Oberstr., vorm. 10.
Wolfenbüttel. [illegible], 11 Uhr.
Zweibrücken. Goldener Stern, n. ½3.

Montag, 19. März:
Rathenow. Schützenplatz, halb 9.

Dienstag, 20. März:
[illegible]

Mittwoch, 21. März:
Bremen-[illegible]. [illegible], ½9.
Vegesack (Former). Schäfer, halb 9.

Freitag, 23. März:
Leipzig. Volkshaus, Zeitzer 32, halb 9. Vortrag des Genossen [illegible] über Trusts u. Unternehmerkartelle.

Sonntag, 25. März:
Bochum. Schäfer, [illegible], nachm. ½4. Am 18. März keine Versammlung.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen rc.

Augsburg. Arbeitsnachweis für Feilenhauer beim Koll. [illegible], [illegible] 11. Es werden sofort zwei Feilenhauer auf mittlere und einer auf grobe Arbeit gesucht. Kollegen mögen sich sogleich melden.

Berlin. Branchenversammlungen. — Gürtler. Mittwoch, 21. März, abds. halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus. — Schlosser. Außerordentliche am Donnerstag, 22. März, abends halb 9 Uhr, [illegible] 18.

Berlin. Der Arbeitsnachweis der Bandagisten und der Arbeitsnachweis der Instrumentenmacher und Messerschmiede sind zusammengelegt, die gemeinsame Adresse ist jetzt Joseph Meißner, K., [illegible] 15.

Bochum. Der Hilfsarbeiter Josef [illegible], Haupt-Nr. 84271, geboren zu [illegible], eingetreten 29. Nov. 1905 in Bochum, ist aus Solingen abgereist und hat seine Familie in hilfloser Lage zurückgelassen. Die Kollegen, die seine Adresse wissen, werden gebeten, sie an Karl [illegible], [illegible] 14, gelangen zu lassen.

Darmstadt. Unsere Geschäftsstelle befindet sich jetzt Bleichstr. 17, Hths. p. Adresse: Herm. Haacer, Bleichstraße 17. Reisegeld wird nur Werktags von 5—6 Uhr abends ausbezahlt. Sonntags ist das Bureau geschlossen.

Gießen. Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten oder Kollegen, die den Aufenthalt des Formers Georg Pfaff aus Odenhausen, Hauptnummer 592260, geb. 19. Juli 1885, eingetreten 20. Aug. 1903 in Gießen, wissen, werden gebeten, seine Adresse an die hiesige Verwaltungsstelle gelangen zu lassen.

Itzehoe. Der Schlosser Hinrich Petersen aus Kopenhagen, Buch-Nr. 175881, eingetr. 28. Mai 1905 zu Rendsburg, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen seinen früheren Logiswirt nachzukommen.

Mannheim. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer ist bei Franz Winreiter, Luisenstraße 58/4, von 12 bis 1 Uhr mittags und von 6 bis 7 Uhr abends. Umschauen ist streng verboten.

Merseburg a. S. Das Umschauen am Orte ist verboten. Die Lokalunterstützung wird von 12 bis 1 Uhr mittags und von 7 bis 8 Uhr abends ausbezahlt.

Quedlinburg. Das Bureau befindet sich vom 10. März ab Steinweg 39 und ist geöffnet von vormittags 8—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr. Reiseunterstützung 12—1 Uhr und 5—6 Uhr, Sonntags 11—12 Uhr.

Schw. Gmünd. Wir ersuchen die Kollegen, die über den Aufenthalt des Gürtlers Max Sibner, geb. 15. Dez. 1878 zu Chemnitz, unterrichtet sind, uns seine Adresse umgehend zugehen zu lassen.

Schweinfurt. Die Adresse des Bevollmächtigten ist Paul Gillert, Breitestr. 27.

Zwickau. Wir ersuchen den Dreher Karl Oskar Neumann, geb. 16. April 1884 zu Oelsnitz, uns seine Adresse zuzusenden, damit wir ihm sein Mitgliedsbuch zustellen können. O. Heriel, [illegible] 10.

Gestorben.

Chemnitz. Paul Schubert, Schlosser, 25 Jahre.
Freiberg. Heinr. Gärtner, Former, 65 Jahre.

Privat-Anzeigen.

Tüchtiger Vorarbeiter in größ. **Bau- und Kunstschlosserei** gesucht. Dauernde Stellung. Off. mit Zeugn. u. Angabe der Gehaltsansprüche unt. **S. B. 580** an den Verl. ds. Bl. [580

Mehrere tüchtige **Mechanikar** finden gut bezahlte dauernde Stellung. Nur solche, die an ein durchaus selbständiges und zuverlässiges Arbeiten gewöhnt sind, wollen sich unter Beifügung von Zeugnisabschr. nebst Angabe der Lohnansprüche sowie ihres Alters wenden an die [583
Magnetzünder-Gesellschaft Unterberg & Cie., Karlsruhe-Mühlburg.

10 tüchtige Former für dauernde Beschäftigung gesucht.
Eisenwerk Neubrandenburg
Wilhelm Rahn. [579

2 tüchtige Maschinenhauer auf Frowein'sche Maschinen gesucht.
— **Staßfurter Feilenfabrik** —
Müller & Greif. [581

582] Den jetzigen Aufenthaltsort des früher in Leipzig wohnhaft und bei der Firma Gebr. Körting, Filiale Leipzig, beschäftigt gewesenen Monteurs **Busch** wünscht zu erfahren der Unterzeichnete, der Erstattung der Auslagen zusichert. Rechtsanwalt Dr. jur. **Höfer, Altenburg, S.-A.**

Im Verlag von Alexander Schlicke & Cie, Stuttgart, Rötestr. 16b sind vorrätig:

Protokoll der 7. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 35 Pf. Durch den Buchhandel bezogen 1,60 Mk. inkl. Porto. Versand bis 10 Exempl. nur gegen Voreinsendung des Betrags.

Die Gold- und Silberarbeiter, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nach stat. Erhebungen zusammengestellt u. herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 50 Pf. Durch den Buchhandel bezogen 1,60 Mk. inkl. Porto. Einzelbestellungen werden nur zum Buchhändlerpreis und gegen Voreinsendung des angegebenen Betrags ausgeführt.

Folgende Werke können von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu **aussergewöhnlich billigem Preise** erworben werden:

Rogers – Die Geschichte der englischen Arbeit.

Sidney und Beatrice Webb – Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine (Band I und II).

Für Bibliotheken der Verwaltungsstellen unentbehrlich.

Auskunft über die Bezugsbedingungen erteilen und Bestellungen nehmen entgegen die Ortsverwaltungen und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die Lieferungen erfolgen nur gegen Voreinsendung des Betrags oder gegen Nachnahme.

Alexander Schlicke & Cie., Druckerei und Verlag, Stuttgart
Rötestrasse 16 b.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötestraße 16 B.